SSW

Damit das Leben im Norden bezahlbar bleibt.

Wahlprogramm des SSW

zur Landtagswahl

am 8. Mai 2022

Vorgestellt auf der Sitzung des Hauptausschusses am 15.02.2022
Beschlossen auf dem Landesparteitag am 05.03.2022

Inhalt

1. Unabhängig, sozial und skandinavisch: Der SSW setzt sich für die Menschen in Schleswig-Holstein ein 3

2. Die Forderungen des SSW zur Landtagswahl 5

2.1 Unsere Minderheitenpolitik: Kulturelle Vielfalt als Recht der nationalen Minderheiten und Bereicherung der Mehrheit 5

2.2 Unsere Finanz- und Steuerpolitik: Gerecht, sozialverträglich, zukunftsorientiert 9

2.3 Unsere Politik für das Grenzland und die Metropolregion Hamburg: Barrieren abbauen, deutsch-dänisches Zusammenleben weiterentwickeln, Nordstaat verhindern 17

2.4 Unsere Klimaschutzpolitik: Energiewende gemeinsam voranbringen und gestalten 21

2.5 Unsere Sozialpolitik: Füreinander einstehen 26

2.6 Unsere Verkehrspolitik: Verkehrswende, ohne Mobilität einzuschränken 36

2.7 Unsere Bildungspolitik: Chancengleichheit für alle 41

2.8 Unsere Europapolitik: Schleswig-Holstein als Teil des europäischen Nordens 48

2.9 Unsere Gleichstellungspolitik: Gleichstellung endlich verwirklichen 55

2.10 Unsere Innen- und Rechtspolitik: Die Rechte der Menschen in den Mittelpunkt stellen 58

2.11 Unsere Integrationspolitik: Die Menschen müssen im Mittelpunkt stehen 65

2.12 Unsere Kulturpolitik: Kultur muss gefördert werden 67

2.13 Unsere Landwirtschaftspolitik: Landwirtschaft gemeinsam weiterbringen 73

2.14 Unsere Umweltpolitik: Konsequenter Schutz für Mensch und Natur 77

2.15 Unsere Wirtschaftspolitik: Starke Unternehmen und gute Arbeit in allen Regionen des Landes 80

3. Deine Zweitstimme: Für die Minderheiten und für die Region 85

1. Unabhängig, sozial und skandinavisch: Der SSW setzt sich für die Menschen in Schleswig-Holstein ein

Der SSW kämpft für alle Schleswig-Holsteiner:innen

Nicht erst die Bundestagswahl 2021 hat gezeigt, dass der SSW für viele Menschen in Schleswig-Holstein eine echte politische Alternative ist. Denn die Partei der dänischen Minderheit und der nationalen Fries:innen setzt sich seit jeher nicht nur für die Belange der Minderheiten ein, sondern kämpft unabhängig und geprägt vom skandinavischen Wohlfahrtsstaat für die Interessen aller Schleswig-Holsteiner:innen.

Das beweisen wir seit über 70 Jahren im Schleswig-Holsteinischen Landtag, in dem wir derzeit mit drei Landtagsmandaten konstruktive und kritische Opposition sind. Wir arbeiten für ein Schleswig-Holstein, in dem man gut leben und vernünftig bezahlt arbeiten kann. Wir wollen ein Schleswig-Holstein, das auf unsere schöne Natur und Umwelt Rücksicht und den Klimaschutz sehr ernst nimmt. Das schulden wir den kommenden Generationen.

Die Fassade bröckelt

Auf dem Papier steht unser Bundesland hervorragend da. Ob bei den erneuerbaren Energien, bei der E-Mobilität oder beim Ausbau von Bioanbauflächen: Schleswig-Holstein startet durch in die Zukunft, und die Jamaika-Koalition lässt keine Gelegenheit aus, sich dafür öffentlichkeitswirksam auf die Schulter zu klopfen. Doch die Fassade bröckelt.

Denn von dieser Zukunft profitieren vor allem Wohlhabende. Jenseits gläserner Smart-Home-Fassaden und teurer Elektro-Sportwagen gibt es ein Schleswig-Holstein, in dem die Menschen zunehmend um ihre Zukunft bangen: Wohnraum wird knapp und teuer, und steigende Preise für Lebensmittel, Strom und Kraftstoffe engen die Handlungsspielräume der Familien ein. Die Mittelschicht schmilzt ab und das Armutsrisiko steigt.

Die Coronapandemie hat diese Entwicklung noch beschleunigt. Trotzdem hat die Jamaika-Regierung nahezu nichts unternommen, um diese Not zu lindern.

Im Gegenteil: Durch die Abschaffung der Mietpreisbremse und des Tariftreuegesetzes hat die Jamaika-Koalition die Situation sogar verschärft. Gute und wichtige SSW-Initiativen – ob armutsfester Mindestlohn, elternunabhängiges Bafög oder Wohnraumschutzgesetz – scheiterten am Widerstand von CDU, FDP und Grünen.

Wir brauchen einen Paradigmenwechsel

Die Jamaika-Koalition ist eine Koalition der Besserverdiener. Sie hinterlässt ein Land, in dem die reichsten drei Prozent der Bevölkerung 20 Prozent der landesweiten Einkünfte erzielen.

Besonders deutlich wird dies bei der Energiewende. Denn obwohl klimafreundliche Technologien eine hohe Akzeptanz erfahren, profitieren von ihnen bisher nur Besserverdienende. Wer sich E-Auto und Smart Home leisten kann, dem wird großzügig mit Subventionen und Infrastruktur unter die Arme gegriffen. Mieterhaushalte, besonders mit schwächerem Einkommen, profitieren hingegen kaum von der Energiewende, müssen sie aber über steigende Steuern und Energiepreise mitfinanzieren.

Das ist nicht nur ungerecht, sondern auch kontraproduktiv. Denn Klimaneutralität erreichen wir nur durch eine flächendeckende Energiewende, an der alle Menschen teilhaben können.

Bei der kommenden Landtagswahl wird es mehr denn je darauf ankommen, welche Partei die politischen Weichen so stellt, dass alle Menschen gut durch die Krise kommen, nicht nur jene mit dem größten Geldbeutel.

Wir vom SSW wollen, dass alle Menschen es sich leisten können, in unserem schönen Bundesland zu leben. Unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Bildung und ihrem Einkommen. Dafür brauchen wir einen Paradigmenwechsel. Dafür kämpft der SSW bei dieser Landtagswahl.

Der SSW gibt regionale Antworten auf die vielen Krisen unserer Zeit

Die Themen Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind weiterhin von überragender Wichtigkeit für die Bürger:innen in Schleswig-Holstein, wie auch die Fridays-for-Future-Bewegung zeigt. Doch es gibt weitere besorgniserregende Entwicklungen. Die Weltgemeinschaft befindet sich in einem Dauerkrisenmodus, von dem die Bürger:innen in Schleswig-Holstein ebenso betroffen sind. Neben der Umweltkrise sind dies unter anderem die Armutskrise, die Hungerkrise, eine Verteilungskrise, die Finanz- und Eurokrise und nicht zuletzt die Krise der Artenvielfalt. Sie alle haben ihren Ursprung in einer fehlgeleiteten Entwicklung des wirtschaftlichen Systems. Für viele dieser Herausforderungen müssen die Weichen auf Bundes- und europäischer Ebene anders gestellt werden.

Als regionale Minderheitenpartei mit einem sozialen und umweltbewussten Anspruch haben wir schon lange versucht, Antworten auf diese Krisen zu finden und unsere Vision einer besseren Welt darzulegen.

Wir setzen uns für die Umsetzung der 17 UN-Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) ein. Die Gemeinwohlökonomie bietet einen ganzheitlichen Ansatz, der auf diesem Weg unterstützen kann. Die Auseinandersetzung mit Gemeinwohlbilanzen ist ein möglicher, wertebasierter Weg, die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Dabei geht es nicht zuletzt darum, nicht die reine Profitorientierung in den Mittelpunkt zu stellen, sondern das Wohl von Mensch und Umwelt wieder in den Fokus des ökonomischen Handelns zu rücken. Werte der Gemeinwohl-Ökonomie wie Menschenwürde, Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, Transparenz und Demokratie sind seit jeher die Grundpfeiler verlässlicher SSW-Politik.

Auf dieser Grundlage wollen wir regionale Antworten auf die vielen Herausforderungen geben, die wir in den kommenden Jahren in Schleswig-Holstein gemeinsam meistern müssen. Mit unserem Wahlprogramm zur Landtagswahl 2022 adressieren wir umfangreich alle 17 UN-Ziele für eine nachhaltige Entwicklung.

Ein starker SSW für den Norden

Auch wenn die Partei der Minderheiten von der Fünfprozenthürde befreit ist, brauchen wir jede Zweitstimme, um so stark wie möglich in neuen Landtag vertreten zu sein. Nur ein starker SSW kann dazu beitragen, dass sich in unserem Land etwas ändert.

Auf den folgenden Seiten legen wir unsere Ideen dar, wie Schleswig-Holstein gestärkt durch diese schwierigen Zeiten kommen kann, ohne dabei Menschen auf der Strecke zu lassen.

Dies kann jedoch nur gelingen, wenn Du uns am 8. Mai mit Deiner Zweitstimme unterstützt. Damit aus guten Ideen Wirklichkeit wird.

Lars Harms	Christian Dirschauer
SSW-Spitzenkandidat	SSW-Landesvorsitzender

2. Die Forderungen des SSW zur Landtagswahl 2022

2.1 Unsere Minderheitenpolitik: Kulturelle Vielfalt als Recht der nationalen Minderheiten und Bereicherung der Mehrheit

Der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) wurde 1948 als Partei der dänischen Minderheit und der nationalen Fries:innen in Schleswig-Holstein gegründet. Der SSW ist als Minderheitenpartei fest im Landesteil Schleswig und den dort beheimateten Minderheiten – den Dän:innen und Fries:innen – verankert. Diese kulturelle Vielfalt ist ein echter Standortfaktor, den Schleswig-Holstein deutlich stärker für sich nutzen muss.

Das Nebeneinander von dänischer, friesischer und deutscher Kultur sowie der Kultur der Sinti:zze und Rom:nja ist ein Reichtum für das gesamte Bundesland. Die Angehörigen unserer Minderheiten leben hier seit Jahrhunderten, sind deutsche Staatsbürger:innen und haben dieselben Pflichten und Rechte wie die Mehrheitsbevölkerung. Für uns als Partei der dänischen Minderheit und der nationalen Fries:innen hat die Gleichbehandlung der Minderheiten in Schleswig-Holstein einen unverändert hohen Stellenwert.

Die Minderheitenpolitik ist ein herausragendes Alleinstellungsmerkmal unseres Landes. Nirgendwo anders in Deutschland leben drei anerkannte Minderheiten. An wenigen Stellen in Europa werden vier Sprachen (Deutsch, Dänisch, Friesisch und Romanes) und zwei Regionalsprachen (Plattdeutsch und Sønderjysk) nebeneinander gesprochen. Wir verkörpern dieses Miteinander auf Augenhöhe und die gegenseitige Bereicherung der Kulturen und Sprachen in unserem Land. Diese Vielfalt gibt unserem Land nicht nur eine ganz besondere Lebensqualität, sie ist auch ein Wirtschaftsfaktor, der allen Schleswig-Holsteiner:innen zugutekommt.

Ein friedliches und fruchtbares Zusammenleben von Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung setzt voraus, dass alle in ihrer Heimat mit der jeweils eigenen Sprache und Kultur leben können. Die Sprache ist eine Grundlage von Minderheitenidentität und Kulturträger Nummer eins. Die Nutzung der eigenen Sprache ist ein Menschenrecht.

Das wollen wir erreichen:

Unsere Minderheiten- und Regionalsprachen weiter stärken

Wir setzen uns für eine aktive Sprachenpolitik für Schleswig-Holstein ein und haben bereits durchgesetzt, dass das Land sich aktiv zur Mehrsprachigkeit bekennt, diese gezielt fördert und verstärkt sichtbar macht. Diese Mehrsprachigkeit und das Bekenntnis zu ihr kommt allen zugute: Den Minderheiten, weil sie ihre Sprache verstehen, lesen, schreiben und nutzen können. Der Mehrheitsbevölkerung, weil diese Vielfalt nicht nur eine kulturelle Bereicherung ist, sondern unserem Land auch ein unverwechselbares Profil verleiht, das für Tourist:innen sowie Unternehmen aus dem Ausland attraktiv ist.

Eine wirkliche Mehrsprachigkeit setzt voraus, dass die dänische Minderheit und die friesische Volksgruppe einen faktischen Anspruch darauf haben, dass ihre Sprachen im Alltag sichtbar und nutzbar sind. Wir wollen eine aktive Sprachenpolitik, die dafür sorgt, dass die Minderheiten- und Regionalsprachen im öffentlichen Raum, in den Medien und im Bildungswesen offensiv gefördert werden. Hier haben wir in den letzten Jahren zwar schon einiges erreicht, aber diese Erfolge wollen wir weiter ausbauen.

Im Unterschied zur dänischen Minderheit betreibt die friesische Volksgruppe keine eigenen Bildungseinrichtungen. Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, dass das Land in den öffentlichen Einrichtungen den Erhalt der friesischen Sprache und Kultur fördert.

- Wir wollen, dass das Land die Vorgaben der Europäischen Sprachencharta erfüllt und geeignete Maßnahmen ergreift, um die **Präsenz der dänischen und friesischen Sprache in den Medien** zu erhöhen. Dem öffentlich-rechtlichen NDR kommt dabei in Radio und Fernsehen eine besondere Verantwortung zu.

- Wir wollen mehr **zweisprachige Schilder, Wegweiser und Informationstafeln** – je nach Region auf Deutsch/Dänisch, Deutsch/Friesisch oder Deutsch/Plattdeutsch. Dies gilt insbesondere an öffentlichen Gebäuden, Landesämtern, Denkmalen und öffentlich geförderten Gebäuden, aber auch an Autobahnen.

- Wir wollen, dass **Minderheitensprachen** in Zukunft auch **vor Gericht** genutzt werden können, ohne dass Kosten oder andere Nachteile für die Verfahrensbeteiligten entstehen.

- Wir wollen, dass die **Minderheiten im Rundfunkrat** des NDR vertreten sind.

- Wir wollen, dass Bund und Land die Forderungen der **Minority-SafePack-Initiative** der europäischen Minderheitenorganisationen umsetzen. Untätigkeit oder eine Verwässerung unserer Forderungen werden wir nicht hinnehmen.

- Wir wollen, dass das **Schulfach Friesisch** rechtlich anderen Sprachangeboten gleichgestellt und der Friesischunterricht an den Schulen Nordfrieslands und auf Helgoland ausgeweitet wird. Auf Sylt, Föhr, dem nördlichen nordfriesischen Festland und Helgoland soll Friesisch durchgehend in allen Klassen unterrichtet werden. Das gleiche gilt für die Kindergärten in diesen Regionen.

- Wir wollen eine **Jobgarantie für Friesischlehrer:innen**. Absolvent:innen des Lehramtsstudiums mit Zertifikat Friesisch muss ein Referendariatsplatz an einer Schule in Nordfriesland oder auf Helgoland angeboten werden. Danach müssen ihnen Planstellen an Schulen mit Friesischlehrer:innen-Bedarf offenstehen. Außerdem muss Friesischlehrer:innen eine Zulage analog zu jener für Lehrkräfte in weniger nachgefragten Regionen gewährt werden.

- Wir wollen **Friesisch** als reguläres Fach **an Grundschulen** einrichten, nicht mehr nur als AG.

- Wir wollen **kostenloses Unterrichtsmaterial für den Friesischunterricht** in Kindergärten, an Schulen und in der Erwachsenenbildung. Dieses muss nicht nur fortlaufend aktualisiert werden, sondern auch für jede Klassenstufe und jede angebotene friesische Sprachform vorliegen. Außerdem muss neues, allen zugängliches, digitales Unterrichtsmaterial erstellt und die Lernwerkstatt Friesisch entsprechend digitalisiert werden. Um aktuelles Material und die Erarbeitung sowie die Fortbildung der Lehrkräfte dauerhaft sicherzustellen, muss eine Institution für die Erstellung von Lehrmaterial und zur Sprachausbildung der Lehrkräfte in Nordfriesland gegründet und die Finanzierung dieser Aufgaben entsprechend in die Haushaltsplanung des Landes aufgenommen werden.

- Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die EU-Mitgliedsstaaten **verbindliche Rahmenbedingungen zum Schutz der Sinti:zze und Rom:nja** eingehen. Außerdem muss die Bekämpfung von Antiziganismus fester Bestandteil sämtlicher EU-Handlungsstrategien werden.

- Wir wollen, dass auf Bundesebene das Amt einer:eines **Beauftragten gegen Antiziganismus** eingerichtet wird und die Zuständigkeit unserer:unseres Landesminderheitenbeauftragten entsprechend erweitert wird.

Minderheiten effektiv fördern

Die finanzielle Unterstützung der Organisationen und Bildungseinrichtungen der Minderheiten ist Grundvoraussetzung für ihre Existenz. In weiten Teilen ist uns die Gleichstellung gelungen. Dies gilt es weiter zu verstetigen und vertraglich abzusichern. Minderheitenpolitik ist aber nicht nur Gleichstellung und finanzielle Unterstützung. Es geht dabei auch um Anerkennung und Gleichberechtigung.

- Wir wollen, dass die Kommunen ihren Beitrag zur Absicherung der **finanziellen Gleichstellung der dänischen Kindergärten, Jugendeinrichtungen und Schulen** leisten und dies rechtlich abgesichert wird.
- Wir wollen, dass die Kommunen und das Land ihren Beitrag zur Absicherung der **finanziellen Gleichstellung des dänischen Gesundheitsdienstes und Pflegeeinrichtungen** leisten.
- Wir wollen, dass der Bund, das Land und die Kommunen sich weiterhin zu ihrer Verantwortung für die **dänischen Kultureinrichtungen** bekennen und diese entsprechend finanziell **unterstützen**.
- Wir wollen **Fördervereinbarungen** des Landes mit sämtlichen friesischen und dänischen Verbänden sowie mit Verbänden der Sinti:zze und Rom:nja.
- Wir wollen, dass der Bund sich weiterhin zu seiner Verantwortung für die neu gegründete „**Stiftung für die Friesische Volksgruppe im Lande Schleswig-Holstein**“ bekennt und sich angemessen finanziell beteiligt.
- Wir wollen die **finanzielle Ausstattung** und damit die Arbeitssituation der Organisationen und Einrichtungen **der friesischen Volksgruppe** nachhaltig **verbessern**. Die Förderung der friesischen Sprache und Kultur, die heute überwiegend auf ehrenamtlicher Arbeit basiert, muss weiter professionalisiert werden.
- Wir wollen, dass die **Kulturarbeit** des schleswig-holsteinischen Landesverbandes **der deutschen Sinti:zze und Rom:nja** vom Land weiter angemessen finanziert und unterstützt wird.
- Wir wollen das erfolgreiche **Modell der Mediator:innen**, welche die Kinder und Jugendlichen der Minderheit der Sinti:zze und Rom:nja in den Schulen begleiten, **weiterführen und** auch auf den Kindergartenbereich und die berufliche Bildung **ausweiten**.
- Wir wollen das Beherrschen von **Minderheitensprachen** in den Einstellungskriterien **bei Landesbehörden** im Landesteil Schleswig klarer als zu bevorzugende Qualitätsanforderung in der öffentlichen Verwaltung hervorheben. Sprachkenntnisse müssen in den Personalakten und in KoPers (Kooperatives Personalmanagement) verzeichnet werden, damit sie bei einer Stellenvergabe des Landes berücksichtigt werden können.

- Wir wollen ein **Verbandsklagerecht für nationale Minderheiten und Volksgruppen** auf Bundesebene einführen. Dadurch können nationale Minderheiten oder Volksgruppen vor Gericht im Namen der Allgemeinheit klagen, ohne in den eigenen Rechten verletzt worden zu sein, um kollektive öffentliche Rechtsgüter zu schützen.
- Wir wollen, dass der Bund die Bereitstellung und qualitativ hochwertige Übertragung sowie den **ungehinderten Empfang von audiovisuellen Inhalten** (ohne Geoblocking) in Gebieten, in denen Minderheiten leben, sicherstellt. Minderheiten müssen auch über Staatsgrenzen hinweg audiovisuelle Inhalte in ihrer Muttersprache anhören und ansehen können. Geoblocking passt aus unserer Sicht insgesamt nicht ins digitale 21. Jahrhundert.

Europäische Minderheitenpolitik stärken:
Schleswig-Holstein als Minderheiten-Kompetenzzentrum

Unser Land verfügt aufgrund seiner Geschichte und Gegenwart über einen ganz besonderen Erfahrungsschatz. Seit der Volksabstimmung von 1920 liegt die deutsch-dänische Grenze fest. Nach Jahrzehnten des Gegeneinanders bemühen die Menschen im Norden sich heute darum, das Zusammenleben von Mehrheit und Minderheiten positiv zu gestalten. Unsere Minderheitenpolitik findet europa- und weltweit Beachtung und hat dazu geführt, dass renommierte Organisationen und eine Forschungseinrichtung zu Minderheitenfragen im deutsch-dänischen Grenzland beheimatet sind. Diese Stärke muss noch besser genutzt werden.

- Wir wollen die besondere **Minderheitenpolitik** des Landes, auf die Schleswig-Holstein zu Recht stolz ist, für die **touristische Profilierung** unseres Landes nutzen.
- Wir wollen, dass Schleswig-Holstein bei der Umsetzung des Rahmenabkommens zum Schutz nationaler Minderheiten und der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen die **Forderungen der Minderheiten verwirklicht**.
- Wir wollen uns in Berlin für die **Aufnahme** des Schutzes und der Förderung **der Minderheiten ins Grundgesetz** einsetzen.
- Wir wollen das einmalige **Netzwerk für Minderheitenfragen in Flensburg**, bestehend aus der Minderheitenunion FUEV, dem Europäischen Zentrum für Minderheitenfragen (ECMI) und den Organisationen der dänischen Minderheit, sichtbarer machen und stärken. Hierfür braucht es vor allem eine intensivere grenzüberschreitende Vernetzung aller relevanten wissenschaftlichen Institutionen.
- Wir wollen die **Vermittlung von Wissen über Dän:innen, Fries:innen, Sinti:zze und Rom:nja** im regulären Schulunterricht ausweiten.
- Wir wollen, dass die **EU** eine:n **Minderheitenkommissar:in** einsetzt und fordern eine EU-Minderheitenpolitik, die Anerkennung, Schutz und Förderung aller Minderheiten und Volksgruppen langfristig sichert.
- Wir wollen, dass Deutschland und Dänemark die **Werte von Verständnis und einem tiefen Sinn für ein gemeinsames Miteinander** – im Sinne der Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 – sowohl im Europarat, in der OSZE als auch in den Institutionen der EU **als gemeinsame Grundsätze vertreten**. Druck und Gewalt lösen keine Minderheitenkonflikte.

2.2 Unsere Finanz- und Steuerpolitik: Gerecht, sozialverträglich, zukunftsorientiert

Die Coronapandemie und ihre drastischen Auswirkungen haben massive Löcher in die Staatsfinanzen gerissen – auch in den Landeshaushalt von Schleswig-Holstein. Um die negativen Folgen für die Wirtschaft, die Unternehmen, die Beschäftigten und die Menschen in unserem Land abzumildern, wurden und werden zahlreiche Soforthilfen und Stabilisierungsprogramme von Bund und Land bereitgestellt. Dafür mussten neue Kredite aufgenommen werden, obwohl ab dem Jahr 2020 eigentlich die seit 2011 im Grundgesetz und der Landesverfassung festgeschriebene Schuldenbremse gelten sollte. Bei Naturkatastrophen oder anderen außergewöhnlichen Notsituationen gilt jedoch eine Ausnahmeregelung, die angesichts der Coronakrise vom Bund wie auch den Ländern angewandt wurde. Entsprechend stieg die Staatsverschuldung. Auch Schleswig-Holsteins Landeshaushalt hat beim Schuldenstand inzwischen die Marke von 30 Milliarden Euro geknackt.

Obwohl die getroffenen Maßnahmen insgesamt eine breite Mehrheit im Landtag fanden, so muss schließlich doch versucht werden, die Verschuldung wieder in den erlaubten Rahmen der Schuldenbremse zurückzuführen und den Gesamtschuldenberg kontinuierlich abzubauen. Alles andere wäre nicht generationengerecht. Gleichzeitig werden weitere Ausgaben im Zuge der Coronakrise sowie Investitionen im Bereich der allgemeinen Daseinsvorsorge, der (herkömmlichen wie digitalen) Infrastruktur, der Gesundheitsvorsorge sowie für Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen erforderlich sein. Dies alles in Einklang zu bringen ist die Kernaufgabe der nächsten und auch der folgenden Landesregierungen.

Wir stehen für einen modernen und leistungsfähigen Staat, der den Menschen die Dienstleistungen und Hilfen anbietet, die sie für das tägliche Leben benötigen. Das Schlüsselwort ist Daseinsvorsorge. Wir wollen und brauchen einen handlungsstarken Staat, der mit den Steuergeldern seiner Bürger:innen sorgsam umgeht, in Kooperation mit den Kommunen die Daseinsvorsorge vor Ort sicherstellt, Investitionen zum Wohle aller tätigt und für die Bedürftigen soziale Sicherungssysteme bereitstellt.

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik darf – gerade in Hinblick auf die weiteren Auswirkungen und Kosten der Coronapandemie – nicht zulasten der Schwächsten der Gesellschaft gehen. Auch der Mittelstand darf nicht weiter finanziell belastet werden. Stattdessen wollen wir das Steuerrecht gerechter machen, indem Großunternehmen und die Vermögendsten durch höhere Beiträge zum Gemeinwesen beitragen, damit Menschen mit kleinen oder mittleren Einkommen entlastet werden. Wir wollen Zukunftsinvestitionen sozialverträglich gestalten und werden uns dafür einsetzen, dass auch nach 2027 umfangreiche Strukturhilfen der EU und Investitionsgelder nach Schleswig-Holstein fließen.

Das wollen wir erreichen:

Die finanziellen Folgen der Coronapandemie bewältigen

Die Coronapandemie und die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung sind nicht nur eine enorme Belastung für die Menschen, sondern auch eine wirtschaftliche Katastrophe für viele Branchen, Unternehmen, Selbstständige, Vereine und Einrichtungen. Um die größten Härten zumindest abzumildern, wurden innerhalb kürzester Zeit gewaltige Summen mobilisiert und umfangreiche Milliarden-Nothilfeprogramme aufgestellt. Möglich war dies, weil auf sämtlichen Ebenen – von den Gemeinden bis hin zur Europäischen Union – schnell und massiv Kredite aufgenommen wurden. Auch in Schleswig-Holstein beschloss der Landtag eine Notkreditermächtigung über 5,5 Milliarden Euro. Dies ist jedoch kein Blankoscheck. Der

Bezug zu einer Notlage muss bei jedem in Anspruch genommenen Notkredit nachgewiesen werden.

Die Schuldenbremse gilt nach wie vor. Es entbehrt nicht der Ironie, dass sie gleich im ersten geplanten Geltungsjahr ausgesetzt werden musste. Der Schock der Coronapandemie und die daraus resultierende Notsituation unseres Landes machten dies jedoch notwendig. Dennoch müssen wir stets die gesamten Landesfinanzen im Blick behalten und eine verantwortungsvolle, vorausschauende und sozial- und generationengerechte Finanzpolitik betreiben.

Land und Kommunen müssen sowohl während als auch nach einer Krise sowie langfristig handlungsfähig bleiben und für die Menschen da sein können. Das Land hat im Zuge der Coronakrise viel Geld bereitgestellt, aber planmäßig muss das Land schon ab dem Jahr 2024 die ersten Kreditschulden tilgen. Bis dahin benötigen wir weitere Krisenbewältigungsprogramme, müssen aber gleichzeitig auch die Weichen auf Haushaltskonsolidierung und Ausgabendisziplin stellen. Wir bekennen uns zur Schuldenbremse als solche, stehen konkreten Vorschlägen für eine Reformierung aber grundsätzlich offen gegenüber.

- Wir wollen die **Erweiterung der Schuldenbremse um eine Investitionsregel**, die helfen kann, den Sanierungsstau bei landeseigenen Einrichtungen, den Landesstraßen, der digitalen Infrastruktur oder im Krankenhausbereich effektiv und kontinuierlich abzubauen.
- Wir wollen die **Staatseinnahmen verbessern**. Dies darf nicht zulasten der Schwächsten der Gesellschaft und der Menschen mit kleinen oder mittleren Einkommen gehen. Stattdessen sollen (global agierende) Großunternehmen und die Reichsten der Gesellschaft mehr als bisher zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen. Außerdem müssen Steuerhinterziehung schärfer verfolgt und Steuerschlupflöcher geschlossen werden.
- Wir wollen die Diskussion auf Bundesebene um einen **Altschuldentilgungsfonds** wieder aufnehmen. Mit diesem Fonds sollen Zins und Tilgung von Bund, Ländern und Gemeinden gemeinsam übernommen werden. Das Zusammenfassen der Verbindlichkeiten ermöglicht günstige Konditionen für eine Kreditaufnahme am Kapitalmarkt, die auch die Länder- und kommunalen Haushalte entlasten. Die Tilgung der Altlasten ist wichtig, damit sich vor allem Länder und Kommunen aus ihrer Stagnation befreien können. Nur mit einem gemeinsamen Plan zur Schuldentilgung können die öffentlichen Schulden in Deutschland zügig und zielsicher beseitigt werden. Der Altschuldentilgungsfonds sollte sich vornehmlich aus zukünftigen neuen Steuereinnahmen speisen.
- Wir wollen den **Bürokratieabbau** weiter **vorantreiben**. So machen wir nicht nur den Menschen das Leben einfacher, sondern ermöglichen es auch der Wirtschaft, freiwerdende Kapazitäten an anderen Stellen gewinnbringend einzusetzen. Dies begünstigt ein schnelleres Wirtschaftswachstum, wovon über Steuern wiederum auch der Staat profitiert.

Verantwortung für Daseinsvorsorge gerecht werden

Wir stehen für ein Land, in dem die Versorgung der Bevölkerung mit grundlegenden Leistungen in öffentlicher Hand bleiben muss. Die Grundversorgung mit Strom, Wasser, Wärme und Wohnraum, Öffentlicher Nahverkehr oder die Abfallentsorgung sind Aufgaben,

die nicht an private, marktwirtschaftlich arbeitende Unternehmen ohne staatliche Kontrolle und Einflussmöglichkeiten abgegeben werden dürfen. Zur Daseinsvorsorge gehören auch Sparkassen oder Genossenschaftsbanken, welche die Grundversorgung mit Bankdienstleistungen sichern und wichtige Partner:innen von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik der Region sind.

- Wir wollen, dass **Aufgaben der Daseinsvorsorge nicht** weiter **privatisiert** werden. Dazu gehört für uns auch die Gesundheitsvorsorge. Wir wollen eine deutliche Erhöhung der jährlichen Fördermittel des Landes nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz, damit notwendige Investitionen getätigt werden können.
- Wir wollen, dass die noch vorhandenen **Krankenhäuser** der Kreise **in öffentlicher Hand** bleiben, um die medizinische Versorgung im ländlichen Raum zu sichern. Dabei muss der Bund die Krankenhausfinanzierung adäquat gestalten.
- Wir wollen, dass die **Energieversorgung** überall dort, wo es möglich ist, **in öffentliche Hände** zurückgebracht wird.
- Wir wollen die **öffentlich-rechtliche Sparkassenstruktur erhalten**. Eine Privatisierung des Sparkassenwesens ist für uns nicht akzeptabel.
- Wir wollen, dass den Menschen in Schleswig-Holstein **flächendeckend Breitbandverbindungen** (FTTH) mit einer Datengeschwindigkeit von mindestens 100 Mbit zur Verfügung stehen.

Steuerrecht sozialer gestalten: Großunternehmen und die Vermögendsten höher besteuern, kleine und mittlere Einkommen entlasten

Die finanzielle Belastung der Menschen mit kleinen oder mittleren Einkommen durch Steuern und Sozialabgaben ist erdrückend – allen Wahlversprechen zum Trotz waren und sind sie der Lastesel der Gesellschaft. Selbst Geringverdiener:innen leiden unter Sozialbeiträgen, die nahezu ohne Freibeträge direkt greifen und das Einkommen reduzieren. Im Zuge der Coronakrise kamen dann noch Angst vor dem Jobverlust, Kurzarbeit und auch ganz konkrete existenzielle Nöte dazu. Dies ist insgesamt ungerecht und muss nachhaltig geändert werden.

Wir wollen das Steuerrecht endlich vereinfachen und gerechter gestalten. Kleinere und mittlere Einkommen wollen wir deutlich entlasten, damit sie wieder mehr von ihrem Geld haben, während z. B. Großunternehmen und Superreiche mehr zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen können und sollten. Wir wollen Steuerschlupflöcher für große (global agierende) Unternehmen aufspüren und schließen und so endlich die massiven Steuerschäden abstellen. Es gilt, insgesamt ein ausgewogenes System zu schaffen, um das Gemeinwesen, das allen gehört, für alle da ist und von allen gemeinschaftlich finanziert wird, als einen solidarischen Verbund zu stärken und zu erhalten.

- Wir wollen einen **Mindestlohn** in Höhe von mindestens 13 Euro.
- Wir wollen das **Tariftreuegesetz für öffentliche Aufträge** wiedereinführen bzw. neu auflegen. Mit dem einst vom SSW initiierten Tariftreuegesetz hatte das Land bei öffentlichen Ausschreibungen Verantwortung übernommen – unter anderem für faire Löhne, Arbeitsrechte und die natürlichen Lebensgrundlagen. Die Fehlentscheidung der Jamaika-Koalition, dieses im Jahr 2019 abzuschaffen, wollen wir korrigieren. Es braucht eine Neuauflage des Tariftreuegesetzes, die vor Lohndumping schützt und insgesamt auf faire Arbeitsbedingungen und Nachhaltigkeit als Kriterien setzt.

Darüber hinaus sollten die Bestimmungen dieses Tariftreuegesetzes auch für die Kommunen verpflichtend sein.

- Wir wollen, dass **niedrige Einkommen bei** den **Sozialbeträgen entlastet** werden, damit es sich lohnt, Arbeit anzunehmen.
- Wir wollen zusätzlich zu der Entlastung von den Sozialbeiträgen den **Grundfreibetrag erhöhen**, um die unteren Einkommen auch bei der Einkommenssteuer zu entlasten.
- Wir wollen eine **Reform des Ehegatt:innensplittings**. Die Ehe wird von Seiten des Staates weiterhin begünstigt und gilt immer noch als klassisches Familienmodell. Dies wird besonders im Ehegatt:innensplitting deutlich. Der Splittingvorteil ist gerade für Alleinverdiener:innen-Ehen mit hohen Einkommen erheblich größer. Inzwischen gibt es jedoch deutlich vielfältigere Lebensentwürfe, Einkommenssituationen und Familienkonstellationen. Mit einer Reform des Ehegatt:innensplittings hin zu einem Familiensplitting wollen wir dieser Lebensrealität Rechnung tragen und echte Steuergerechtigkeit für alle Familien schaffen.
- Wir wollen **extrem hohe Einkommen und Gewinne angemessen besteuern**. Es geht uns nicht um Sozialneid den Vermögendsten gegenüber – ein hohes Vermögen kann durchaus hart erarbeitet worden sein und Respekt verdienen. Aber die Steuersätze für diese Kategorie sollen auf ein angemessenes Niveau angehoben werden, weil starke Schultern mehr tragen können als schwache.
- Wir wollen, dass die Staatseinnahmen durch **Einführung einer Vermögenssteuer** erhöht werden. Dies dient der gerechten Verteilung der steuerlichen Belastung und der Einkommen der Bürger:innen und kann zudem zur Abmilderung der Schäden infolge der Coronakrise beitragen. Hier muss es für Bürger:innen angemessene Freibeträge geben.
- Wir wollen, dass die **Erbschaftssteuer** für das Erbe besonders großer Vermögen **erhöht** wird. Bürger:innen sowie kleinere und mittlere Unternehmen sollen durch großzügige Freibeträge von der Erbschaftssteuer ausgenommen werden.
- Wir wollen, dass mindestens in der EU eine **Finanztransaktionsteuer** für sämtliche Umsätze am Wertpapiermarkt erhoben wird. Sollte eine EU-weite Finanztransaktionssteuer nicht möglich sein, befürworten wir die Einführung dieser Steuer auf nationaler Ebene. Für Kleinsparer:innen muss es einen Freibetrag von mindestens 3.000 € Umsatz jährlich geben.
- Wir wollen, dass **internationale Konzerne** ihre Steuern künftig dort entrichten, wo die Umsätze erzielt werden. **Steuerliche Schlupflöcher**, etwa durch Gewinnverschiebung in Steueroasen, **müssen** endlich **geschlossen werden**. Die daraus entstehenden Steuerschäden sind immens und müssen weltweit angegangen werden. Die Einigung über die Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung aus dem vergangenen Jahr ist ein richtiger und wichtiger Schritt zu mehr Steuergerechtigkeit, auch Deutschland und Schleswig-Holstein müssen aber an diesen Steuereinnahmen beteiligt werden.
- Wir wollen **Privatanleger:innen bei** ihrer privaten **Altersvorsorge unterstützen**, darum wollen wir die langfristige Anlage in Wertpapiere steuerlich entlasten. Hierfür schlagen wir erstens vor, ein privates Altersvorsorgekonto einzurichten. Kursgewinne, Ausschüttungen und Zinserträge innerhalb dieses Kontos bleiben steuerfrei, solange sie nicht vor Renteneintritt entnommen werden. Das Konto wird als nicht

verwertbares Vermögen eingestuft, muss nicht für die Grundsicherung aufgelöst werden und ist vor Pfändung geschützt. Zweitens wollen wir den **Sparer-pauschbetrag deutlich erhöhen**. Die vorausschauenden fleißigen Klein-anleger:innen sollen sich für ihre Sparanstrengungen und Vorsorgeleistungen belohnen dürfen und nicht mit hohen Steuersätzen bestraft werden.

- Wir wollen **Homeoffice steuerlich besser berücksichtigen** und Homeoffice, Heim-arbeitsplätze und Telearbeit als Teil der modernen Arbeitswelt weiterentwickeln. Das Arbeiten im Homeoffice hat sich während der Coronakrise bewährt. Aufwendungen für Heimarbeitsplätze sollen künftig auch dann als Werbungskosten steuerlich berücksichtigt werden, wenn der Heimarbeitsplatz nicht den Mittelpunkt der beruflichen Tätigkeit bildet.

- Wir wollen qualifizierte **Steuerbeamt:innen in den unterbesetzten Fachabteilungen einsetzen**, beispielsweise in der Steuerfahndung. Zurzeit arbeiten viele speziell ausgebildete Steuerfachleute in den Geschäftsstellen der Finanzämter, wo sie allgemeine Verwaltungsaufgaben übernehmen. Obwohl auch dort ein allgemein hoher Bedarf an qualifiziertem Personal besteht, sind die Qualifikation und Fachkenntnisse der Steuerbeamt:innen auf diesen Posten nicht optimal eingebracht. Wir wollen durch entsprechende Querversetzungen dafür sorgen, dass die Kompetenz der Fachleute optimal eingesetzt wird und so zu Steuermehreinnahmen führt.

- Wir wollen eine **Reform der Grunderwerbsteuer** über eine entsprechende Bundes-ratsinitiative. In der Vergangenheit haben wir bereits für einen Freibetrag plädiert, können uns aber auch eine Kompromisslösung mit Elementen aus anderen Vorschlägen gut vorstellen. Wichtig ist, dass es letztendlich Entlastungen insbesondere für Ersterwerber:innen und Familien geben muss.

Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen sozial- und naturverträglich gestalten

Der Klimawandel ist die größte Herausforderung unserer Zeit; wir müssen entsprechende Vorsorge- und Anpassungsmaßnahmen treffen. Für Schleswig-Holstein mit seinen Küsten und der flachen Landschaft ist dies überlebenswichtig. Wir wollen und müssen dafür sorgen, dass auch kommende Generationen in Schleswig-Holstein gut leben können. Dabei ist klar, dass wir Klimaschutz und Energiewende nur effektiv umsetzen können, wenn dies für Menschen mit kleinen oder mittleren Einkommen bezahlbar bleibt. Wenn etwa wegen der Erhöhung der CO_2-Steuer die Kosten für Autos und Wohnungen steigen, muss Mobilität anders (etwa durch einen flächendeckenden öffentlichen Verkehr) gesichert und die Menschen finanziell entlastet werden. Eine soziale Schieflage durch die Kosten von Klimaschutzmaßnahmen gilt es zu verhindern. Wir stehen dafür, beim Umwelt- und Klimaschutz alle mitzunehmen – das geht nur über eine sozialverträgliche Umsetzung.

- Wir wollen **erneuerbare Energien** überall dort **fördern**, wo es in und für Schleswig-Holstein **sinnvoll** ist. Wir wollen durch Transparenz und Dialoge auf Augenhöhe Akzeptanz herstellen, z. B. bei Offshore-Windparks, Bürger:innenwindparks oder der Förderung von Wasserstofftechnik.

- Wir wollen auf **Angebote statt** auf **Vorschriften** setzen, um die **erneuerbaren Energien** in Schleswig-Holstein auszubauen. Wir lehnen es ab, Solaranlagen auf allen Privathäusern verpflichtend einzuführen, da nicht alle Flächen auf oder an Privathäusern dafür geeignet sind. Stattdessen wollen wir diese finanziell stärker fördern und auf diese Weise Anreize schaffen. Darüber hinaus fordern wir eine

entsprechende **Informationskampagne** der künftigen Landesregierung, die über die möglichen Förderprogramme aufklärt.

- Wir wollen den **ÖPNV attraktiver machen, nicht den motorisierten Individualverkehr unbezahlbar**. Mittelfristig werden in unserem ländlich geprägten Schleswig-Holstein viele Menschen noch auf ihr Auto angewiesen sein. Statt die Kraftstoffpreise über Steuern immer höher zu treiben und die Menschen so in ihrer Mobilität einzuschränken, wollen wir in den massiven Ausbau des ÖPNV-Netzes investieren und schrittweise eine kostengünstige oder gar kostenlose Nutzung ermöglichen. Auf diese Weise wollen wir viele Menschen davon überzeugen, freiwillig auf den klimafreundlicheren ÖPNV umzusteigen. Kurzfristig wollen wir ein landesweites ÖPNV-Ticket einführen, das es den Menschen ermöglicht, den ÖPNV im ganzen Land kostengünstig zu nutzen.
- Wir wollen vornehmlich die Industrie und die Großunternehmen zur Kasse bitten, nicht die Privathaushalte. Der **EU-Emissionshandel (EU-ETS)** muss sektorenübergreifend und über Staatsgrenzen hinaus (möglichst global) **ausgeweitet** werden. Über dieses Emissionshandelssystem sparen diejenigen viel Geld, die in klimafreundliche Technologien investieren und nachhaltig wirtschaften, da sie keine oder nur wenige teure CO_2-Zertifikate erwerben müssen. So werden Anreize geschaffen, um CO_2 im großen Maßstab einzusparen. Artikel 6 des Pariser Klimaschutzabkommens hat hierfür eine rechtliche Basis geschaffen, die auch einen Transfer von Zertifikaten zwischen Staaten ermöglicht und so zur Steigerung der Klimaschutzambitionen einzelner Staaten beitragen soll. Das schafft einen Anreiz, Treibhausgasemissionen insbesondere dort zu reduzieren, wo dies zu den geringsten Kosten und der höchsten Effektivität möglich ist.
- Wir wollen einen **effektiven Umwelt- und Klimaschutz**; dieser kann nur international gelingen. Wir wollen Gesetzgebung ideologiefrei, technologieoffen und innovationsfördernd gestalten und Projekte, Maßnahmen und Technologien fördern, welche die Belastungen für die Umwelt nachweislich gering halten.

Regionale Investitionen, Strukturhilfen, Fördergelder für Forschung und Entwicklung

Strukturhilfen sind keine Almosen, sondern sinnvolle Zukunftsinvestitionen. Kleinere und mittlere Unternehmen sind das Fundament und Rückgrat der Wirtschaft, spüren die Folgen der Coronakrise aber in besonderem Maße. Dies gilt vor allem in Schleswig-Holstein, das durch seine mittelständische Wirtschaftsstruktur geprägt ist.

Seit dem letzten Jahr sind die regionalen Strukturhilfen der EU nach zähen Brexit-Verhandlungen endlich bis 2027 gesichert. Auch wenn dieses Förderinstrument auf europäischer Ebene immer wieder politisch angefochten wird, ist für uns ganz klar, dass es auch nach 2027 in den wirtschaftlich schwächeren Regionen Deutschlands noch Bedarf an regionaler Strukturpolitik geben wird.

Zudem ist ersichtlich geworden, wie unabdingbar die Kernbereiche Forschung und Entwicklung für unsere Gesellschaft sind. Es wird viele Umstrukturierungen bei Firmen und Geschäftsmodellen geben müssen. Da die Herausforderungen weltweit gleich sind, sind alle Gesellschaften gefragt, ein Umdenken bei den jetzigen Produktionsverfahren bis hin zur Produktionsplanung einzuleiten. Die jetzige Situation bietet somit auch eine Chance der Neuausrichtung gesamtgesellschaftlicher Strukturen. Es gilt, diese Chance zu ergreifen und neue Wege zu gehen, die den 17 UN-Nachhaltigkeitszielen entsprechen.

- Wir wollen, dass die **regionale Strukturhilfe**
    - bessere Bedingungen insbesondere für **kleinere und mittlere Betriebe** schafft;
    - **innovative und nachhaltige** schleswig-holsteinische **wirtschaftliche Cluster** wie Energie, Lebensmittel, Maritimes, Gesundheit und Tourismus besonders berücksichtigt;
    - überwiegend nach dem Prinzip eines engen **Zusammenspiels zwischen Unternehmen, Hochschulen und** den regionalen öffentlichen **Förderungsgesellschaften** ausgerichtet ist (Triple-Helix-Prinzip);
    - durch **Nachhaltigkeit** geprägt ist – bei der Förderung sollen die 17 UN-Nachhaltigkeitsziele ein unumgänglicher Maßstab werden.
- Wir wollen, dass der Bund für **strukturell unterfinanzierte** oder neuentstehende **innovative** und nachhaltig prosperierende Bereiche gezielt weitere **Investitionen und Strukturhilfe** aus eigenen Bundesmitteln zur Verfügung stellt. Der Bund darf sich bei der regionalen Strukturhilfe nicht allein auf die EU-Fonds verlassen.
- Wir wollen uns über eine Bundesratsinitiative beim Bund dafür stark machen, dass die bestehenden **strukturpolitischen Handlungsmöglichkeiten** auch nach dem Auslauf der kommenden EU-Programme im Jahr 2027 erhalten bleiben.
- Wir wollen die **Forschung und Entwicklung** in allen Bereichen stärker **fördern**. Diese Förderung muss unbürokratisch und zeitnah geschehen und schließlich verstetigt werden.
- Wir wollen die **Maritime Forschung** und das **Cluster maritime Wirtschaft** weiter voranbringen und als Marke für Schleswig-Holstein noch stärker etablieren. Dazu gehört eine **aktive Werftenpolitik**, damit Schiffbau und der Bau von maritimen Anlagen in Schleswig-Holstein eine Basis haben und Arbeitsplätze erhalten bleiben. Dabei soll die Forschung und Entwicklung zu emissionsarmen Schiffen („Ökofähren“), wie bei der FSG in Flensburg, vom Bund unterstützt werden.

Den öffentlichen Dienst zukunftsfest machen

Infolge der Coronakrise ist das Interesse an „sicheren“ Arbeitsplätzen insgesamt gestiegen. Dies haben auch viele Bereiche des öffentlichen Dienstes an entsprechenden Bewerberzahlen gespürt. Für die Arbeitgeber:innen bietet sich dadurch die Gelegenheit, jetzt verstärkt für eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst zu werben, um dem Fachkräftemangel in den Verwaltungen entgegenzuwirken. Gleichzeitig bleibt die allgemeine Wettbewerbssituation natürlich bestehen. Auch der öffentliche Dienst in Schleswig-Holstein steht im Wettbewerb um gutes und gut ausgebildetes Personal – und zwar nicht nur mit der Privatwirtschaft, sondern auch mit der Bundesverwaltung und anderen Landesverwaltungen. Wir setzen uns seit Langem für unsere Landesbediensteten ein und werden diesen Weg auch weiter gehen.

- Wir wollen eine Wiedereinführung des **Weihnachtsgeldes** für Beamt:innen oder alternativ eine „Sonderzahlung“ ermöglichen.
- Wir wollen eine weitere **Flexibilisierung der Arbeitszeit** zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf umsetzen, die sich an den Bedürfnissen unterschiedlicher Lebensphasen orientiert.

- Wir wollen dafür sorgen, dass der öffentliche Dienst gerade auch für **Berufs-einsteiger:innen** attraktiv bleibt.
- Wir wollen eine höhere **Durchlässigkeit** zwischen den Laufbahngruppen umsetzen.
- Wir wollen eine weitere Verbesserung der **Gesundheitsprävention**. Unsere Initiative zur **Wahlfreiheit bei der Krankenversicherung** und der **Einführung einer pauschalen Beihilfe** für Beamt:innen hat die Jamaika-Koalition im letzten Jahr leider abgelehnt. Diese Initiative werden wir weiterverfolgen.
- Wir wollen, dass die **Kommunen** im Sinne der Beschäftigten eine größere **Flexibilität im Personalmanagement** erhalten.

2.3 Unsere Politik für das Grenzland und die Metropolregion Hamburg: Barrieren abbauen, deutsch-dänisches Zusammenleben weiterentwickeln, Nordstaat verhindern

Unser deutsch-dänisches Grenzland ist ein Musterbeispiel guter grenzüberschreitender Zusammenarbeit und eines positiven Miteinanders unterschiedlicher Kulturen und Sprachen. Über Jahrzehnte haben sich Menschen insbesondere aus den jeweiligen Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze als Brückenbauer:innen engagiert und die enge Verflechtung innerhalb unserer Grenzregion erst möglich gemacht. Inzwischen ist Dänemark seit Jahrzehnten und branchenübergreifend einer der wichtigsten Partner Schleswig-Holsteins. Diese historisch gewachsene Verbindung gilt es zu schützen und zu vertiefen – gerade in Zeiten von (pandemiebedingten) Grenzschließungen und aufkeimenden Spaltungserscheinungen in der Gesamtgesellschaft.

Für uns ist die deutsch-dänische Zusammenarbeit nach wie vor einer der zentralen Schlüssel für die positive Weiterentwicklung Schleswig-Holsteins. Vom Wirtschaftssektor über die Kulturbranche bis hin zu globalen Herausforderungen im Umwelt-, Meeres- und Klimaschutz profitieren beide Seiten von einem engen Austausch und zahlreichen Kooperationsprojekten. Eine eng verflochtene Grenzregion ermöglicht und sichert eine langanhaltende wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Blütezeit.

Schleswig-Holstein steht angesichts der Coronapandemie, des Klimawandels, der Globalisierung und der Digitalisierung vor großen Herausforderungen. Umso wichtiger ist es, die Weichen für eine positive Zukunft unserer Region jetzt richtig zu stellen und diese Herausforderungen in Chancen zu verwandeln. Unser Ziel ist es, dass unsere Kinder auch morgen noch in unserer Region gut leben und arbeiten können und qualifizierte Arbeitsplätze für alle Menschen zur Verfügung stehen. Dies kann nur gelingen, wenn wir unsere Grenzregion aktiv mitdenken und einbinden. Wir bringen uns aktiv und konstruktiv in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der gemeinsamen Region Sønderjylland-Schleswig und der Fehmarnbeltregion ein und sehen uns als Brückenbauer zwischen Deutschland und Dänemark. Wir kennen beide Länder, Sprachen und Kulturen sehr gut und können so dazu beitragen, die Regionen wirtschaftlich, kulturell und sozial voranzubringen.

Und auch mit Blick nach Süden, insbesondere in Hinblick auf unsere enge Zusammenarbeit mit Hamburg, wollen wir die Potenziale zur Weiterentwicklung unserer gemeinsamen Metropolregion voll ausschöpfen. Jedoch lehnen wir die Bildung eines Nordstaates, den Zusammenschluss von Schleswig-Holstein mit anderen norddeutschen Bundesländern, weiterhin als bürgerfern ab.

Obwohl manches nur über den Bund und die Bundesgesetzgebung erreicht werden kann, so können wir über Basisarbeit und Bundesratsinitiativen doch auch vieles überhaupt erst auf die politische Agenda setzen.

Das wollen wir erreichen:

Barrieren abbauen, Zusammenleben weiterentwickeln:
Schleswig-Holstein und unser deutsch-dänisches Grenzland

Dänemark ist und bleibt einer der wichtigsten Partner Schleswig-Holsteins. Folglich muss Schleswig-Holstein seine Anstrengungen verstärken, grenzüberschreitende Strukturen weiterzuentwickeln bzw. neu zu schaffen, vor allem gemeinsam mit Süddänemark. Die vorhandenen Barrieren müssen reduziert werden. Hierbei spielen das Fachwissen und die

Alltagserfahrungen des Regionskontors Sønderjylland-Schleswig sowie der Minderheiten und der Akteur:innen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eine entscheidende Rolle.

- Wir wollen eine **Normalisierung** des Lebens für die Bewohner:innen des Grenzlandes. Dazu gehört so zeitnah wie möglich die **Abschaffung der Grenzkontrollen**. Die Grenzschließungen und -kontrollen im Zuge der Coronapandemie haben – wenngleich angesichts des Infektionsgeschehens nachvollziehbar – Barrieren aufgebaut, die wir längst für überwunden hielten. Solange angesichts der Pandemielage noch Grenzkontrollmaßnahmen gelten, müssen diese transparent kommuniziert und gegenseitig abgestimmt werden. Es braucht ein einheitliches Vorgehen auf beiden Seiten der Grenze, um insbesondere auf die Grenzpendler:innen (Arbeitnehmer:innen, Schüler:innen, Studierende und Familien) Rücksicht zu nehmen.

- Wir wollen unseren **grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt optimieren**. Wir wollen, dass Probleme in den Sozialversicherungssystemen benannt und Beratungsangebote für Grenzpendler:innen weiter gestärkt werden sowie das Infocenter Grenze in Padborg in seiner Arbeit unterstützt wird. Außerdem müssen die Lücken für Grenzpendler:innen in der hier geltenden Sozialgesetzgebung geschlossen und die Digitalisierung der Verwaltung in Schleswig-Holstein und im Bund vorangebracht werden.

- Wir wollen, dass ein **„Rundum-Sorglos-Paket“ für** neue **Grenzpendler:innen** angeboten und die Einzelberatung beim Pendlerbüro des „Infocenters Grænse/Grenze“ für beide Grenzregionen (Jütland und Fehmarnbelt) gestärkt wird. Hierfür sollen ergänzend zu den kommunalen Finanzmitteln gegebenenfalls auch Projektmittel des Landes genutzt werden.

- Wir wollen – in Zusammenarbeit mit den regionalen dänischen Behörden und schleswig-holsteinischen Kommunen – eine gemeinsame regionale **Wirtschaftsentwicklungsstrategie für die Grenzregion**. Die Regionalplanung soll grenzüberschreitend aufgestellt werden. So können wir gemeinsame Probleme wie den Fachkräftemängel besser lösen. Außerdem wollen wir, dass Konzepte für lokale und regionale **Wirtschaftsentwicklung und Nachhaltigkeit** im deutsch-dänischen Grenzland enger untereinander abgestimmt und grenzüberschreitende Anhörungsverfahren ermöglicht werden. Dies sichert eine nachhaltige Entwicklung in der Grenzregion.

- Wir wollen, dass an den öffentlichen Schulen im Grenzland und der Fehmarnbeltregion **ab der 1. Klasse Dänisch oder Friesisch** unterrichtet wird. An beruflichen Schulen sollen Dänisch und Friesisch fester Bestandteil sein. Die Mehrsprachigkeit eröffnet den jungen Menschen Chancen und stärkt die Grenzregion als Wirtschaftsstandort.

- Wir wollen die **grenzüberschreitende Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen**.

- Wir wollen die **grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung** und die freie Wahl von Ärzt:innen über die Grenze hinweg erleichtern. Wir setzen uns dafür ein, dass deutsche und dänische Gesundheitsbehörden und Krankenhäuser im Grenzland noch enger als bisher kooperieren. Im Rahmen von Interreg existiert bereits eine gewisse grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei Gefahrenabwehr, Rettungsdienst und Patientenversorgung (z. B. das Interreg-Projekt „Gefahrenabwehr ohne Grenzen“). Durch regelmäßigen Austausch könnten hier noch umfangreichere gemeinsame Maßnahmen erarbeitet werden.

Potenziale ausschöpfen, Nordstaat verhindern:
Schleswig-Holstein und die Metropolregion Hamburg

Nichts ist natürlicher, als mit den anderen norddeutschen Bundesländern zu kooperieren, wo wir gemeinsame Interessen und Aufgaben haben. Insbesondere Hamburg ist eng mit unserem Land verwoben und bietet Arbeitsplätze für viele Menschen aus unserem Land. Wir wollen die Potenziale dieser Zusammenarbeit ausschöpfen, wo es den Schleswig-Holsteiner:innen dient. Wir wollen aber auch – im Gegensatz zu anderen politischen Kräften – an der Eigenständigkeit unseres Landes festhalten.

- Wir wollen die Möglichkeiten der **Zusammenarbeit mit Hamburg** und anderen norddeutschen Bundesländern ausschöpfen und die **internationale Wettbewerbsfähigkeit** der Metropolregion weiter **verbessern**. Unter anderem bei der Landesplanung, der Wirtschaftsförderung und dem Verkehr gibt es noch große Potenziale. Neben Synergieeffekten geht es vor allem darum, wirtschaftspolitische Entwicklungsmöglichkeiten zu nutzen und den Menschen im Hamburger Randgebiet das Leben zu erleichtern. Wir wollen die Region zu einer echten Metropolregion weiterentwickeln und für eine vernetzte, innovative und nachhaltige Zukunft fit machen.

- Wir wollen eine noch engere **Zusammenarbeit im Bildungsbereich**, damit Schüler:innen aus beiden Bundesländern ohne Schwierigkeiten eine Schule im jeweils anderen Bundesland besuchen können.

- Wir wollen, dass Hamburg und die angrenzenden Kommunen eine **gemeinsame Flächen- und Siedlungsplanung** vornehmen. Dabei muss es darum gehen, möglichst flächenschonend Wohn-, Gewerbe- und Industriebedarfe in der Metropolregion erfüllen zu können.

- Wir wollen eine **gemeinsame Naturschutzplanung** über die Ländergrenzen hinweg etablieren. Die Notwendigkeit des Natur- und Landschaftsschutzes macht nicht an der Landesgrenze Halt; wir benötigen gemeinsame Strategien, auch und gerade für den Lebensraum Unterelbe. Eine weitere Verklappung des Hamburger Hafenschlicks in der Nordsee lehnen wir ab. Hier müssen gemeinsam andere Lösungen gefunden werden. Auch die Pläne des Hamburger Senats für eine neue Elbschlick-Deponie unmittelbar am Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer lehnen wir ab, da eine solche Deponie zu einer Umweltgefährdung für das gesamt UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer führen würde.

- Wir wollen die Metropolregion zu einer **Vorzeigeregion bei** der **Bewältigung** der Herausforderungen **des Klimawandels** machen. Es soll eine enge Zusammenarbeit bei der Erforschung und Vermarktung erneuerbarer Energien geben. Damit einhergehen soll eine verstärkte Ansiedlung von Unternehmen aus dieser Branche.

- Wir wollen eine **Hafenwirtschaft** in der Region, die über die normale Zusammenarbeit verschiedener regionaler Häfen hinausgeht. Im globalen Wettbewerb ist der Hamburger Hafen auf die **Zusammenarbeit** mit den anderen Häfen an der Elbe und an der deutschen Bucht angewiesen. Nur so kann der Hamburger Hafen im globalen Wettbewerb bestehen und die bestehenden Arbeitsplätze in Norddeutschland gehalten werden. Eine weitere Vertiefung der Elbe bis zum Hamburger Hafen lehnen wir ab.

- Wir wollen ein Bündnis für **bessere Mobilität** in der Metropolregion schaffen, damit Investitionsmittel in den Norden geholt werden können. Hierfür müssen die beiden

Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein gemeinsam auftreten. Wichtige **Infrastrukturprojekte** für beide Länder sind unter anderem der zügige Bau der A 20 als Entlastung für den Straßenverkehr durch Hamburg und für die wirtschaftliche Erschließung der Metropolregion sowie der Ausbau von S-Bahn-Strecken und Fahrradrouten von Schleswig-Holstein nach Hamburg und die Schaffung von Park-and-Ride- bzw. Bike-and-Ride-Parkplätzen, um attraktive Alternativen für Pendler:innen zu schaffen.

- Wir wollen **keinen Nordstaat**, also die Fusion Schleswig-Holsteins mit Hamburg oder mehreren norddeutschen Bundesländern. Unser Land muss seine historisch gewachsene Selbstständigkeit und Identität behalten und nah bei den Menschen bleiben. Ein Nordstaat dagegen ist bürgerfern. Der mögliche Nutzen einer solchen Länderfusion steht in keinem Verhältnis zu den Kosten und Nachteilen. Mit uns wird es keine Vorbereitung einer Fusion Schleswig-Holsteins mit anderen Ländern geben.

2.4 Unsere Klimaschutzpolitik: Energiewende gemeinsam voranbringen und gestalten

Der Klimawandel stellt uns in vielerlei Hinsicht vor neue Herausforderungen. Der letzte Bericht des Weltklimarates (IPCC) macht deutlich, dass die bisher angestrebten Maßnahmen zum Klimaschutz nicht ausreichen. Demnach droht die Erderwärmung rascher voranzuschreiten als bisher angenommen, was Wetterextreme wie Dürreperioden oder Hochwasser immer wahrscheinlicher macht. Sollte es uns nicht gelingen, bis spätestens 2050 die Klimaneutralität zu erreichen, ist davon auszugehen, dass der Meeresspiegel deutlich ansteigt. Als „Land zwischen den Meeren“ werden wir Schleswig-Holsteiner:innen im besonderen Maße unter den Konsequenzen des Klimawandels leiden.

Es ist erwiesen, dass der menschliche Einfluss den Klimawandel immer stärker anheizt. Grund dafür ist unter anderem das Verbrennen fossiler Rohstoffe wie Kohle, Gas oder Öl, die den CO_2-Gehalt in der Atmosphäre immer weiter ansteigen lassen. Um die Folgen des Klimawandels abzumildern und die weitere Klimaerwärmung zu begrenzen, müssen die durch Kohle-, Öl- und Gasverbrennung entstehenden CO_2-Emissionen vollständig vermieden werden.

Es gibt nationale und internationale Vereinbarungen, die unser Handeln bezüglich der Klimaneutralität vorgeben. Wir müssen die Treibhausgasemissionen drastisch reduzieren. Die Erderwärmung muss begrenzt werden, die Durchschnittstemperatur darf nicht um mehr als 1,5 Grad Celsius ansteigen.

Doch es fehlt der Wille, dies wirklich in Angriff zu nehmen, und die Zeit läuft uns davon. Wir müssen eine wirkliche Wende herbeiführen, es besteht riesiger Handlungsbedarf in den verschiedensten Bereichen. Wir haben die Energiewende stets positiv und politisch konstruktiv begleitet. Das werden wir auch weiterhin tun, da der Handlungsdruck sich weiter verschärft hat. Zudem gibt es einen stetig wachsenden Energiebedarf in der Industrie, im Mobilitätssektor und in der Wirtschaft generell. Diese verschiedenen Belange in Einklang zu bringen, wird eine gesellschaftliche und politische Herausforderung. Trotzdem sehen wir auch die Möglichkeiten und Chancen, die eine Energiewende mit sich bringt. Unsere Region ist akut vom Klimawandel gefährdet, birgt aber auch großes Potenzial im Bereich der erneuerbaren Energien und der Produktion von grünem Wasserstoff. Wir wollen Schleswig-Holstein wieder zu einem Energiewendeland machen.

Das wollen wir erreichen:

Klimaneutralität umsetzen und erneuerbare Energien fördern

- Wir wollen für Schleswig-Holstein die **Klimaneutralität** in der Energieversorgung **bis 2035** erreichen.
- Wir wollen, dass bestehende **Kohle- und Gaskraftwerke** im Takt mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien **stillgelegt** werden.
- Wir wollen, dass der **Kohleausstieg** sozialverträglich und **schneller als bisher** beabsichtigt umgesetzt wird, idealerweise bis 2030.
- Wir wollen, dass Schleswig-Holstein wieder **Vorreiter in Sachen Windenergie** wird. Unter der Jamaika-Koalition hat der Ausbau der Windenergie lange brachgelegen; das muss sich wieder ändern. Der Ausbau der Windenergie schafft qualifizierte Arbeitsplätze.

- Wir wollen den **Ausbau der Windenergie** in Schleswig-Holstein an Land und Offshore planen und lenken. Dabei werden wir verschiedene Interessen abwägen und berücksichtigen, dennoch müssen wir den Ausbau der Windenergie und das Repowering weiter voranbringen.
- Wir wollen uns beim Bund dafür einsetzen, dass eine **Gewinnbeteiligung** der Bürger:innen an alternativen Energieformen wie **Bürger:innenwindparks** erleichtert wird. So schaffen wir in der Bevölkerung Akzeptanz durch Beteiligung.
- Wir wollen, dass **Kommunen stärker von** auf ihrem Gemeindegebiet befindlichen **Windparks profitieren**.
- Wir wollen, dass Verbraucher:innen einen **Preisvorteil bei der Abnahme von regionalem und nachhaltigem Strom** haben. Statt fossiler Heizsysteme müssen Wärmepumpen sowie die Nutzung von grüner Nah- und Fernwärme Vorrang haben. Für energetische Sanierungsmaßnahmen müssen weitere Anreize zur Finanzierung geschaffen werden.
- Wir wollen ein **Landes-Klima-Kompetenzzentrum** errichten, dass die Kommunen bei der Umsetzung von Energieplänen berät und unterstützt.
- Wir wollen den **Ausbau der Photovoltaik** stärker **voranbringen**. Auf und an den Gebäuden des Landes muss verstärkt Photovoltaik installiert werden. Hier muss das Land eine Vorreiterrolle einnehmen.
- Wir wollen ein **Dachflächenkataster für Photovoltaik** in Schleswig-Holstein, um das Potenzial dieses Energieträgers auszuloten.
- Wir wollen, dass **Photovoltaikanlagen** bei Sanierung und Neubau **auf allen öffentlichen Gebäuden und Gewerbeanlagen** errichtet werden, auf denen es technisch möglich ist.
- Wir wollen **Kommunen bei** der Planung und Errichtung von **Photovoltaikanlagen stärker eingebunden** werden. Bei der Planung und Ausweisung neuer Baugebiete sollen Häuser mit Photovoltaik-Dachanlagen bevorzugt werden.
- Wir wollen, dass beim **Photovoltaikanlagen naturverträglich** gebaut werden.
- Wir wollen, dass der **Ausbau von Photovoltaik auf privaten Dachflächen** verstärkt gefördert wird.
- Wir wollen bei der Ausweisung von Photovoltaik-Parks **klare Regeln**, wo und in welcher Größe sie entstehen dürfen. Um unnötigen **Flächenfraß** zu **vermeiden**, muss die Nutzung bereits versiegelter Flächen Vorrang vor der Erschließung neuer Freiflächen haben.
- Wir wollen, dass **erneuerbare Energieträger bei Neubauten** stärker berücksichtigt werden. Hierfür braucht es entsprechende Fördermöglichkeiten, auch von Seiten des Landes.
- Wir wollen, dass durch sinnvolle Planung die enormen **Emissionen** im Gesamtlebenszyklus – von Bau bis Rückbau – **von Baumaßnahmen** stark **reduziert** werden. So muss bei der Beantragung von Fördermitteln für Neubau und Sanierung als zusätzliches Kriterium für die Förderfähigkeit eine Betrachtung des Lebenszyklus eines Bauwerkes mitgedacht werden.

- Wir wollen die **Landesstrategie für Wasserstoff** weiterentwickeln. Die Forschung an der Produktion und Nutzung von grünem Wasserstoff muss massiv intensiviert werden. Die Nutzung von grünem Wasserstoff als Energiespeicher, als Kraftstoff für LKW, Busse oder PKW, bei der Umstellung der Fernwärme oder für klimaverträgliche Industrieprozesse ist von großer Bedeutung für Schleswig-Holstein.
- Wir wollen in Schleswig-Holstein **keinen Wasserstoff aus fossilen Energieträgern** herstellen. Wir wollen unseren grünen Strom nutzen, um daraus grünen Wasserstoff zu machen.
- Wir wollen die **Sektorenkopplung** weiter **ausbauen**. Sie bietet die Möglichkeit, erneuerbare Energie effizient und vor allem emissionsarm in den Bereichen Wärme und Mobilität einzusetzen. Die dafür benötigten Technologien sind zu fördern, sie eröffnen uns auch neue Speicherkapazitäten.
- Wir wollen, dass die **Entwicklung von Speichertechnologien** verstärkt wird. Die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen untereinander und mit der Wirtschaft muss verbessert werden.
- Wir wollen, dass bei der **Nutzung des eigenen erneuerbaren Stroms keine finanzielle Belastungen** entstehen. Zusätzliche Nebenkosten oder Doppelbesteuerung bei Eigenerwerb bremsen Innovation und wirken sich negativ auf die Entwicklung der Sektorenkopplung und Energiespeicherung aus.
- Wir wollen die **Vorfahrt für die Netzeinspeisung des erneuerbaren Stroms**. Dies muss deutlich konsequenter umgesetzt werden.
- Wir wollen den **Ausbau der Stromnetze** schneller voranbringen. Dabei ist im Vorfeld eine frühzeitige Beteiligung der Bürger:innen zu gewährleisten.
- Wir wollen eine **bundesweite Kostenverteilung** beim Ausbau der Stromnetze. Die Schleswig-Holsteiner:innen dürfen nicht länger über Gebühr belastet werden. Die Netzentgelte sind so anzupassen, dass erneuerbare Energien nicht zur finanziellen Belastung werden.
- Wir wollen, dass dem **Küstenschutz** in Zeiten immer offensichtlicherer Klimaveränderungen und daraus resultierender Unwetterkatastrophen eine **höhere Bedeutung** zugesprochen wird und sich dies auch im „Generalplan Küstenschutz“ des Landes widerspiegelt.

Atomausstieg sicher zu Ende bringen – Atomkraft ist keine Brückentechnologie

Mit dem Beschluss des Atomausstiegs und dem Abschalten des Atomkraftwerks in Brokdorf ist das Atomzeitalter in Schleswig-Holstein beendet. Das ist gut und richtig, denn diese Technologie ist mit unvorhersehbaren Risiken behaftet. Es ist konsequent, diese Form der Energiegewinnung zu beenden. Wir haben uns bereits in den 1970ern gegen die Nutzung der Kernenergie ausgesprochen und vor den Risiken und Problemen gewarnt. Die von der EU-Kommission vorgeschlagene Anerkennung und Förderung der Atomenergie als nachhaltige Energieform im Rahmen der EU-Taxonomie lehnen wir entschieden ab.

Doch allein mit dem Ausstieg ist das Problem nicht gelöst. Die radioaktiv verstrahlten Hinterlassenschaften der Atomkraftwerke müssen in tiefen geologischen Formationen sicher endgelagert werden. Es gibt einen Bund-Länder-Beschluss, wonach bundesweit ergebnisoffen, transparent und nach wissenschaftlichen Kriterien nach einem geeigneten

Standort gesucht wird. Dieser Verantwortung stellen wir uns und werden den Prozess konstruktiv begleiten.

Die Fehler aus den 1970ern dürfen nicht wiederholt werden. Entscheidungen für oder gegen einen Standort müssen transparent und wissenschaftlich fundiert sein. Im Vorfeld muss es einen breiten Beteiligungsprozess geben. Die Bevölkerung muss frühzeitig informiert und eingebunden werden. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, das Atomzeitalter sicher zu beenden. Die Suche nach einem Endlager wird ein schwieriger Prozess, den wir nur gemeinsam lösen können.

Neben den hoch- und mittelradioaktiven Abfällen verursacht der Rückbau der Atomkraftwerke enorme Mengen Bauschutt, der entsorgt werden muss. Eine landesweite Suche nach geeigneten Deponien war bisher erfolglos. Wir setzen uns dafür ein, dass diese freigemessenen Abfälle der Kernkraftwerke dort entsorgt werden, wo sie entstanden sind. Die Betreiber:innen tragen hier die Verantwortung für die Entsorgung. Nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz ist der zuständige Entsorgungsträger im entsprechenden Landkreis zur Annahme verpflichtet.

- Wir wollen, dass die **Endlagersuche allein nach wissenschaftlichen** und transparenten **Kriterien** durchgeführt werden. Die Standorte müssen geologisch geeignet und sicher sein.
- Wir wollen, dass bei der Standortauswahl neben den geologischen Voraussetzungen auch andere Auswahlkriterien einbezogen werden. Die **Sicherheit** muss **über Jahrhunderte und Jahrtausende** gelten, darum sind auch Ereignisse wie beispielsweise Erdbeben, Vulkanausbrüche oder Überschwemmungen zu berücksichtigen.
- Wir wollen eine breite und umfassende **Beteiligung der Bevölkerung** auf der Grundlage einer ausführlichen **Informationspolitik**.
- Wir wollen, dass die **Endlagersuche bundesweit und unvoreingenommen** durchgeführt wird. Einen Ausschluss von möglichen Standorten im Vorfeld und aus politischen Gründen lehnen wir ab.
- Wir wollen, dass die **Rückholbarkeit des Atomabfalls** auch in ferner Zukunft **gewährleistet** ist.
- Wir wollen, dass die **Forschung für eine Partitionierung und Transmutation** von Atomabfall vorangetrieben wird. Mit diesem Verfahren könnten langlebige radioaktive Substanzen abgetrennt und in weniger gefährliche und kurzlebigere Stoffe umgewandelt werden.
- Wir wollen, dass **Bauschutt von** zurückgebauten **Kernkraftwerken** lokal bzw. im betroffenen Landkreis deponiert wird. Eventuell ungeeignete Deponien oder das Kraftwerksgelände selbst sind für eine sichere Einlagerung zu ertüchtigen.

Kein CCS, kein Fracking, kein Flüssigerdgas (LNG)
– sie sind Teil des Problems, nicht der Lösung

Wir haben uns seit Beginn der Diskussion um Carbon Capture and Storage (CCS), das Verpressen von CO_2 in den Untergrund, gegen diese Technologie ausgesprochen. Die CO_2-Emissionen, die durch die Verbrennung fossiler Energieträger in den Kraftwerken entstehen, müssen drastisch verringert werden. Das Abscheiden und Auffangen von CO_2, um es schließlich im Untergrund zu verpressen, trägt jedoch nicht zur Verringerung bei. Es ist nur ein technisches Mittel, um die Emission schönzurechnen. Letztendlich ist es ein Persilschein, um fortzufahren wie bisher. Das lehnen wir ab.

Die Auswirkungen im Untergrund durch das Verpressen von CO_2 können nicht vorhergesagt werden. Es gibt keine hundertprozentige Sicherheit für dessen Verbleib im Untergrund. Wir sehen eine Gefahr für das Grundwasser sowie für Mensch und Natur. CO_2 im Untergrund ist nicht rückholbar. Das gleiche gilt für Fracking, bei dem mittels giftiger Chemikalien Öl- oder Gasvorkommen im Gestein gelöst werden. Auch hier ist nicht absehbar, wie die Chemikalien sich langfristig im Untergrund verhalten.

Flüssigerdgas ist ein fossiler Energieträger und damit keine Alternative für die Energiewende. Es ist als Brückentechnologie ungeeignet, da in der gesamten Prozesskette erhebliche Mengen Methan entweichen können, die das Klima stärker belasten als bisherige Energieträger. Bei LNG lässt sich nicht auch ausschließen, dass es durch Fracking gewonnenes Gas ist. Flüssigerdgas wird verstärkt in der Schifffahrt verwendet, um Schadstoffemissionen zu senken. Letztendlich ist Flüssigerdgas aber keine Lösung – auch in der Schifffahrt brauchen wir moderne Technologien und saubere Kraftstoffe, die komplett emissionsfrei sind.

- Wir wollen, dass das **Bergrecht** so **geändert** wird, dass die **Sicherheit des Grundwassers** Vorrang vor der Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen im Untergrund durch Fracking oder vor der CCS-Technologie erhält.
- Wir wollen, dass **CCS und Fracking** in Schleswig-Holstein dauerhaft **unterbunden** werden.
- Wir wollen **keinen Ausbau einer LNG-Infrastruktur** in Schleswig-Holstein.

2.5 Unsere Sozialpolitik: Füreinander einstehen

Wir stehen für einen solidarischen Wohlfahrtsstaat nach skandinavischem Vorbild. Stärkere Schultern müssen größere Lasten tragen, die stärksten Schultern mehr als bisher. Statt leistungsstarke Gruppen durch Privatversicherungen auszunehmen, wollen wir alle Menschen an den Sozialversicherungen beteiligen.

Alle sollen in die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung einzahlen, egal ob sie abhängig Beschäftigte oder Selbstständige sind. Hindernisse, die Menschen – z. B. Solo-Selbstständige – daran hindern, in die sozialen Sicherungssysteme aufgenommen zu werden, müssen beseitigt werden. Es ist Aufgabe des Staates, vor allem an diejenigen zu denken, die keine starke Lobby haben und Hilfe brauchen.

Trotz der relativ stabilen wirtschaftlichen Situation in Deutschland in den letzten Jahren leben viele Menschen am Rand der Gesellschaft. Die Coronapandemie hat diesen Trend noch verstärkt. Alleinerziehende, Kinderreiche, besonders benachteiligte Gruppen wie Menschen mit Behinderungen oder psychisch kranke Menschen, aber auch Rentner:innen haben ein unverändert hohes Armutsrisiko. Auch die Zahl von Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz und Langzeitarbeitslosen ist weiterhin hoch.

Das wollen wir erreichen:

Armut wirkungsvoll bekämpfen

Über 50 Prozent der Erwerbslosen und deutlich über 40 Prozent der Alleinerziehenden in Schleswig-Holstein sind von Armut bedroht. Dies betrifft vor allem Frauen und kinderreiche Familien. Über 20.000 Rentner:innen in Schleswig-Holstein sind auf Grundsicherung angewiesen. Über 60.000 Kinder in unserem Bundesland leben in Armut oder müssen es fürchten. Die durchschnittlichen Einkommen sind zu gering und die Sozialleistungen orientieren sich an diesem niedrigen Niveau.

- Wir wollen, dass der Mindestlohn zum Leben reicht und vor Armut schützt. Wir fordern die **Anhebung des Mindestlohns auf 13 Euro pro Stunde**. Im Mindestlohngesetz muss der Schutz vor Armut als Ziel definiert werden.
- Wir wollen, dass auch bei Langzeitarbeitslosen, Schüler:innen, Jugendlichen und Menschen mit Behinderungen **keine Ausnahmen vom Mindestlohn** mehr gelten. Die Arbeit dieser Gruppen ist nicht minderwertig und muss gleich entlohnt werden.
- Wir wollen eine **sozial gerechte Ausgestaltung der gesetzlichen Rentenversicherung** als tragende Säule der Altersvorsorge, um Altersarmut zu verhindern. Die Einführung der Grundrente ist ein erster Schritt in diese Richtung. Unser langfristiges Ziel ist ein solidarisches, umlagefinanziertes Versicherungssystem in Form einer Erwerbstätigenversicherung, welche alle Erwerbstätigen und Einkommensarten mit einbezieht und geschlechtergerecht ausgestaltet ist. So werden die Lasten nicht nur auf alle Schultern verteilt, sondern die breitesten Schultern tragen auch einen größeren Anteil.
- Wir wollen, dass alle **Leistungen und Fördermöglichkeiten**, die Armut und insbesondere Kinderarmut entgegenwirken, **zusammengefasst** und **bürokratische Hürden abgebaut** werden, damit diese Leistungen auch digital beantragt werden können. Für viele Familien sind staatliche Förderungen zu umständlich und kompliziert zu beantragen.

- Wir wollen Kindern einen **kostenlosen Zugang zu Sport- und Kulturangeboten** ermöglichen. Mit einer entsprechenden Förderung haben auch Kinder aus geringverdienenden Familien die Möglichkeit umfassender gesellschaftlicher Teilhabe.
- Wir wollen, dass die Arbeit der **Schuldner:innenberatung** gestärkt und zukunftsfest aufgestellt wird. Land und Kommunen müssen eine ausreichende Förderung gewährleisten.
- Wir wollen, dass **Leiharbeit und Werkverträge nur** noch **in Ausnahmefällen** zugelassen werden. Wir wollen eine konsequente gesetzliche Lösung, die Missbrauch vorbeugt und diese Instrumente effektiv eindämmt. Mindeststandards für Lohn und Arbeitsbedingungen in der Fleischproduktion sind uns besonders wichtig. Zudem müssen zur Verfügung gestellte Unterkünfte für Arbeitnehmer:innen menschenwürdigen Standards entsprechen und einen effektiven Infektionsschutz gewährleisten.
- Wir wollen, dass **geringfügige Beschäftigung** überall dort **abgebaut** wird, wo Arbeits- und Lohnbedingungen nicht tragbar sind oder sie sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verdrängt oder verhindert.
- Wir wollen, dass das Land ein **Pilotprojekt** zur Einführung eines **bedingungslosen Grundeinkommens** für alle startet, um diese mögliche Lösung für die großen sozial- und arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte zu untersuchen.

Soziale Infrastruktur stärken

Infolge der Coronapandemie geraten die öffentlichen Haushalte unter immer stärkeren Druck. Gleichzeitig sind eine niedrigschwellige soziale Infrastruktur und passgenaue öffentliche Hilfen wichtiger denn je. Wir wollen verhindern, dass zulasten derjenigen gespart wird, die dringend Hilfe brauchen, aber keine große Lobby haben.

- Wir wollen **Angebote der präventiven Sozialen Arbeit** stärker fördern.
- Wir wollen **Selbsthilfegruppen** finanziell verlässlicher **unterstützen**. Dafür muss die Landesförderung entsprechend aufgestockt werden.
- Wir wollen **Hilfen für Gruppen mit besonderem Unterstützungsbedarf** – wie etwa für drogenabhängige, wohnungslose oder psychisch kranke Menschen – **bedarfsgerecht ausbauen**. Steigende Bedarfe infolge der Coronapandemie müssen ebenfalls gedeckt werden.
- Wir wollen Konzepte wie „**Housing First**“ aus Finnland umsetzen, um **Wohnungslosigkeit** gezielt zu **bekämpfen**.
- Wir wollen, dass die erhöhte Nachfrage nach **psychotherapeutischen Behandlungen** in der Bedarfsplanung berücksichtigt wird und **mehr Behandlungsplätze** geschaffen werden – auch und gerade für Kinder und Jugendliche.
- Wir wollen, dass die Vielzahl **familienpolitischer Leistungen** auf ihre Effizienz geprüft und gegebenenfalls **gebündelt** wird. Außerdem muss der Zugang entbürokratisiert und digitalisiert werden, um Familien den Zugriff auf diese Leistungen zu erleichtern.

- Wir wollen den **Auf- und Ausbau der Familienzentren** durch eine unverändert hohe Fördersumme des Landes unterstützen.
- Wir wollen die Arbeit der **Familienbildungsstätten** im Land weiter **fördern**.
- Wir wollen geringverdienenden und kinderreichen **Familien** weiterhin einen **Zuschuss für Familienferien** zahlen, hierfür stärker werben und die Mittel bedarfsgerecht erhöhen.
- Wir wollen die unverzichtbare professionelle Struktur von **Frauenhäusern sowie Frauen- und Mädchenberatungsstellen** erhalten und bedarfsgerecht **ausbauen**, um die Istanbul-Konvention zu erfüllen. Dafür ist eine finanzielle Förderung von Land und Bund unentbehrlich. Wir wollen eine bedarfsgerechte Hilfs- und Beratungsstruktur auch für Männer weiter ausbauen.
- Wir wollen ein kontinuierliches **Monitoring zum Thema Einsamkeit und Isolation**. Dieses soll in die Sozialberichterstattung einmünden und als Basis für entsprechende Präventionsarbeit sowie für niedrigschwellige und kostenfreie Projekte dienen, die den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken.

Pflege und Krankenversorgung bedarfsgerecht und zukunftsfest aufstellen

Ziel unserer Gesundheitspolitik ist die bestmögliche medizinische und pflegerische Versorgung aller Menschen. Dabei muss das Gemeinwohl und nicht der Profit im Mittelpunkt stehen. Langfristig müssen unsere Krankenhäuser wieder in die öffentliche Hand zurückkehren. In einem Flächenland wie Schleswig-Holstein ist wohnortnahe medizinische Hilfe besonders wichtig. Um diese auch in Zukunft in hoher Qualität sicherzustellen, braucht es konkrete Anreize und mehr personelle und finanzielle Ressourcen. Darum treten wir für eine solidarische Krankenversicherung, eine angemessene Finanzierung der Krankenhäuser und eine wirksame Personalbemessung ein.

- Wir wollen, dass nicht nur die zurzeit Sozialversicherungspflichtigen in unser **Gesundheitssystem** einzahlen, sondern alle Menschen in Deutschland an einer gerechten, solidarischen Finanzierung mitwirken. Wir wollen die **Bürger:innenversicherung**.
- Wir wollen einen **Systemwechsel in der Pflegeversicherung** hin zu einer gerechten, solidarischen und nachhaltigen **Bürger:innenvollversicherung**, die alle Kosten der Pflegebedürftigkeit ohne Zuzahlung abdeckt, damit alle Menschen, die pflegebedürftig werden, eine menschenwürdige und passgenaue Pflege erhalten können.
- Wir wollen, dass das Land (wie auch der Bund) die Kommunen weiterhin tatkräftig bei der **Kliniksanierung** und bei **Neubauten** unterstützt, und setzen uns für eine deutliche Aufstockung der Investitionsmittel für Krankenhäuser ein.
- Wir wollen, dass ein wirksames **Personalbemessungsinstrument** gesetzlich verankert wird, **das** den **Pflegebedarfen** der Menschen **gerecht wird** und dem Arbeits- und Gesundheitsschutz in der Alten- und Krankenpflege vollumfänglich Rechnung trägt.
- Wir wollen, dass **in Krankenhäusern** das Prinzip „**Ein Haus, ein Tarif**“ gilt: Für alle Beschäftigten muss der gleiche Tarifvertrag gelten.

- Wir wollen eine **Bettensperrung bei Personalmangel**, um Behandlungsfehler und „gefährliche Pflege“ zu verhindern.
- Wir wollen, dass Pflegekräfte **mehr Qualifizierung und Fortbildung** erhalten.
- Wir wollen Arbeitszeiten, die Rücksicht auf die **Bedürfnisse von Pflegekräften** nehmen.
- Wir wollen einen **allgemeinverbindlichen Branchentarifvertrag für die Altenpflege** entsprechend dem Niveau des öffentlichen Dienstes (TVöD), um die Beschäftigten in der Altenpflege angemessen zu vergüten und die Attraktivität des Pflegeberufs zu erhöhen.
- Wir wollen die volle gegenseitige **Anerkennung der Pflegeausbildungen** zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark.
- Wir wollen eine **bedarfsgerechte medizinische Versorgung auf dem Land** sichern – durch stärkere Anreize für die Ansiedlung von Ärzt:innen, die Schaffung durchlässiger Versorgungsstrukturen zwischen ambulantem und stationärem Sektor, erweiterte Kompetenzen für professionelle Pflegekräfte und den verstärkten Einsatz innovativer Techniken wie der Telemedizin.
- Wir wollen den Ausbau und die Unterstützung von stationären und teilstationären **Hospizen und ambulanten Hospizdiensten** in Deutschland vorantreiben. Auch eine gute Weiterentwicklung der flächendeckenden spezialisierten ambulanten Palliativ-versorgung (SAPV) ist für uns von zentraler Bedeutung. Lebensbedrohlich Erkrankte, insbesondere Kinder und Jugendliche, haben das Recht auf Selbstbestimmung und gute palliative ärztliche und pflegerische Versorgung in städtischen wie in ländlichen Räumen.
- Wir wollen die Umsetzung der „Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen“ weiter fördern, damit sich die **Hospiz- und Palliativ-versorgung** in Schleswig-Holstein stetig verbessert. Zur palliativen und hospizlichen Versorgungsstruktur gehört der Aufbau einer Hospizkultur in der stationären Pflege wie auch in Einrichtungen der Eingliederungshilfe und bei Palliative Care in Krankenhäusern.
- Wir wollen, dass **pflegende Angehörige** besser **unterstützt** werden. Wir wollen eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, u.a. durch umfassendere Entlastungs-angebote, sowie ein „Vereinbarkeitsbudget“ als finanziell und zeitlich flexibel nutzbare Entgeltersatzleistung wie beim Elterngeld.
- Wir wollen Pflegebedürftige und ihre Angehörigen verstärkt durch **aufsuchende Hilfs- und Beratungsangebote** nach dem Modell der Gemeindepfleger:innen entlasten. Betroffene sollen zu Hause besucht und dort kostenlos und individuell beraten werden. Die Beratung soll präventiv ausgerichtet sein, beispielsweise zur sozialen Situation, gesundheitlichen und hauswirtschaftlichen Versorgung, Wohn-situation, Mobilität, Hobbys oder Kontakten. Sie soll auch die Vermittlung von wohnortnahen und gut erreichbaren Teilhabeangeboten wie beispielsweise Senioren-treffen, Bewegungsangeboten, Veranstaltungen oder Kursen beinhalten.
- Wir wollen, nicht nur vor dem Hintergrund der Coronapandemie, den öffentlichen Gesundheitsdienst in Schleswig-Holstein durch eine **zukunftsfeste und angemessene Finanzierung** auf Grundlage der Versorgungsaufgaben und -heraus-forderungen auf Landes- und kommunaler Ebene stärken.

Pflegenotstand jetzt beheben und bessere Arbeitsbedingungen schaffen

Der Personalmangel in der Alten- und Krankenpflege ist alarmierend. Es ist bezeichnend, dass große Krankenkassen die Situation in der Altenpflege als Pflegenotstand darstellen. Der Fachkräftemangel in der Alten- und Krankenpflege ist eine Tatsache, die sich bereits heute auf die Versorgung und Pflegequalität für die Betroffenen auswirkt. Bis zum Jahr 2030 werden bei konservativen Annahmen über 180.000 Pflegekräfte fehlen, auch weil es dann mit insgesamt sechs Millionen Pflegebedürftigen über eine Million Betroffene mehr geben wird als bisher angenommen. Der akute Mangel an Plätzen in der Kurzzeitpflege ist bereits jetzt besorgniserregend. Er stellt für die Betroffenen, deren Angehörige und die Sozialdienste der Krankenhäuser ein großes Problem dar. Hier muss schnellstmöglich Entlastung geschaffen werden.

Wenn in Zukunft keine spürbaren Veränderungen stattfinden, wird die wesentlich größere Auswirkungen haben als bisher. Eine „Nicht-Versorgung“ oder lange Wartezeiten in bestimmten Bereichen und Regionen, mit allen negativen Begleiterscheinungen, wird die Folge sein. Es ist die Aufgabe der Politik, diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu lösen und mehr Menschen für den Beruf der Altenpflege zu gewinnen.

- Wir wollen, dass die Bundesregierung einen **allgemeinverbindlichen Branchentarifvertrag für die Altenpflege** entsprechend dem Niveau des öffentlichen Dienstes (TVöD) einführt, um die Beschäftigten in der Altenpflege angemessen zu vergüten und die Attraktivität des Pflegeberufs zu erhöhen.

- Wir wollen die **Arbeitsbedingungen** für die Altenpflege **verbessern**. Eine bessere Personalausstattung gemäß dem Personalbemessungsinstrument der Universität Bremen für die Altenpflege, ohne Abstriche, ist hier unabdingbar. Einerseits muss die Pflege für die Pflegebedürftigen menschenwürdig gestaltet und mit der angemessenen Zeit erbracht werden. Zum anderen müssen ausreichend Pflegekräfte, in den geeigneten Qualifikationen, zur Verfügung stehen, damit z. B. ungeplante Überstunden und das Einspringen aus dem Frei – und die damit einhergehenden zusätzlichen psychischen Belastungen und physischen Überforderungen – vermieden werden können.

- Wir wollen, dass die **Anzahl der Ausbildungsplätze** in der Altenpflege weiter **erhöht** wird. Dafür ist es notwendig, dass die Koordinierungsstelle Netzwerk Pflegeausbildung Schleswig-Holstein, die vom Land Schleswig-Holstein und von der Bundesregierung gefördert wird, ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen kann. Die neue generalisierte Pflegeausbildung erfordert ein hohes Ausmaß an Beratung und intensiver Vorarbeit bei den Pflegeanbietern in Schleswig-Holstein. Nur so kann die Anzahl der Ausbildungsplätze weiterhin gesteigert und damit dem Pflegenotstand entgegengewirkt werden.

Bessere Gesundheitsförderung und Prävention

- Wir wollen, dass **Gesundheitsprävention und Vorsorgeuntersuchungen** stärker im Vordergrund stehen. Bessere Aufklärung und Prävention können unnötige Kosten im Gesundheitswesen und Leid für Betroffene verhindern.

- Wir wollen die **Rahmenbedingungen für den Hebammenberuf verbessern**. Nach wie vor setzen wir uns für eine bezahlbare Lösung der Haftpflichtversicherung, verbindliche Qualitäts- und Betreuungsstandards durch einen gesetzlichen Rahmen und eine Änderung der Abrechnungspauschalen in der Geburtshilfe ein. Wir wollen

eine echte Versorgungsicherheit und die freie Wahl des Geburtsortes in Schleswig-Holstein.

- Wir wollen eine deutsch-dänische **Kooperation in der Hebammenausbildung**, die Praktikumsangebote in der Grenzregion zulässt und die Attraktivität der Ausbildung steigert.
- Wir wollen den vom SSW initiierten **Demenzplan** fortführen und die hiermit verbundenen Maßnahmen angemessen finanzieren. Die Erforschung der Krankheit, präventive Maßnahmen und die Entlastung von Angehörigen müssen hier im Vordergrund stehen.

Arbeitslose umfassend und individuell fördern

In und nach der Coronakrise brauchen noch mehr Menschen Unterstützung bei der Arbeitssuche. Diese Unterstützung muss möglichst intensiv und individuell auf die Bedürfnisse der Erwerbslosen zugeschnitten sein. Dazu muss die Auswahl an Fördermöglichkeiten und die Vielfalt an Instrumenten erhöht werden. Arbeit stärkt das Selbstbewusstsein und trägt dazu bei, einen Platz in der Gesellschaft zu haben. Sie sichert gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung.

- Wir wollen, dass Bundesregierung und Bundesagentur für Arbeit ihren Schwerpunkt noch stärker auf die **aktive Arbeitsmarktpolitik** legen. Menschen ohne Arbeit sollen nicht bloß verwaltet, sondern individuell beraten und unterstützt werden. Auch das Land muss stärker in diesem Sinne handeln.
- Wir wollen, dass **Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen** passgenauer auf die Bedürfnisse von geringqualifizierten Arbeiternehmer:innen zugeschnitten und Anforderungen des technologischen Wandels berücksichtigt werden. Das schleswig-holsteinische Landesprogramm Arbeit muss fortlaufend auf diese Zielsetzung hin evaluiert werden.
- Wir wollen einen **erleichterten Zugang zum Arbeitsmarkt** – unter anderem für Alleinerziehende – durch bedarfsgerechte Betreuungsangebote und flexiblere Arbeitszeitmodelle.
- Wir wollen das Beratungsnetzwerk „**Frau und Beruf**“ langfristig absichern.
- Wir wollen das System der **Produktionsschulen und der regionalen Ausbildungsbetreuer:innen** verstetigen. Dazu gehört auch eine angemessene Förderung der Jugendberufsagenturen aus Landesmitteln.
- Wir wollen die unverzichtbare Arbeit der **Jugendaufbauwerke** bei der Begleitung junger Menschen während ihres Einstiegs in das Berufs- und Arbeitsleben langfristig sichern.
- Wir wollen eine **inklusive Arbeitswelt** schaffen, damit alle Menschen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt bekommen.
- Wir wollen, dass die Kommunen bei der **Arbeitsvermittlung vor Ort** noch besser als bisher eingebunden werden, weil sie die lokalen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse kennen und den Arbeitslosen am besten helfen können.

Politik für und mit Menschen mit Behinderungen machen

Alle Menschen haben die gleichen Rechte. Von einer Gesellschaft, in der alle Menschen mit ihren individuellen Stärken und Schwächen selbstverständliche Mitglieder sind, sind wir aber noch weit entfernt. Menschen mit Behinderungen stoßen in Schule, Arbeitswelt und Freizeit noch immer auf viel zu viele Barrieren. Alle staatlichen Ebenen müssen sich klar zu den Zielen der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen bekennen und in allen Bereichen ihren Verpflichtungen nachkommen.

Nicht die:der Einzelne muss sich anpassen, um teilhaben und gestalten zu können, sondern unsere Gesellschaft als Ganze muss sich öffnen, damit ein Zusammenleben in Vielfalt selbstverständlich wird. Wir setzen uns für eine tolerante Gesellschaft ein, in der alle Menschen mit ihren jeweiligen Fähigkeiten und Voraussetzungen wertvoll sind. Der zentrale Grundsatz der UN-Konvention lautet: „Nichts über uns ohne uns!“ Menschen mit Behinderungen müssen in Weiterentwicklungsprozesse und insbesondere in die Umsetzung der Konvention einbezogen werden. Menschen mit Behinderungen wollen in allen sie betreffenden Angelegenheiten bestmöglich mitwirken und mitbestimmen. In den letzten Jahren hat es hier schon gute Entwicklungen gegeben, aber es gibt noch viel Verbesserungspotenzial.

- Wir wollen die **Teilhabe aller Menschen** in unserer Gesellschaft. Hierzu bedarf es einer konsequenten Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Inklusion muss umgesetzt und gelebt werden.

- Wir wollen, dass Menschen mit Behinderungen frei und unabhängig zu ihrem Unterstützungsbedarf an Teilhabeleistungen beraten werden. Wir freuen uns, dass das Angebot der **Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB)** verstetigt wurde. Ziel muss es aber weiterhin sein, dass alle Menschen mit Behinderungen, unabhängig von ihrem Wohnort, Zugang zu dieser Beratung haben. Dazu bedarf es der Möglichkeit von aufsuchender Tätigkeit durch die EUTB.

- Wir wollen, dass die gängigen Bauvorschriften zur **Barrierefreiheit** bei uns in Schleswig-Holstein nicht wegen einer erhöhten Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum unterlaufen werden. Menschen mit Behinderungen haben längst erhebliche Probleme, geeigneten und bezahlbaren Wohnraum zu finden.

- Wir wollen ein **Gehörlosengeld** analog zum Landesblindengeld einführen, um gehörlosen Menschen verbesserte Chancen auf Teilhabe zu geben, beispielsweise durch die Möglichkeit, hiervon Gebärdendolmetscher:innen zu finanzieren.

- Wir wollen, dass insgesamt deutlich mehr **bezahlbarer Wohnraum für Menschen mit Behinderungen** geschaffen wird. Die Mittel, die der Bund den Ländern als Ausgleich für den Wegfall früherer Finanzhilfen für die soziale Wohnraumförderung zahlt, müssen erhöht werden. Die Länder müssen diese Mittel zweckgebunden für den barrierefreien und -reduzierenden Um- und Neubau sowie neue Sozialbindungen verwenden. Vertreter:innen von Menschen mit Behinderungen sind rechtzeitig zu beteiligen.

- Wir wollen die **Beschäftigungspflicht** endlich konsequent einfordern und durchsetzen und fordern eine Erhöhung der Ausgleichsabgabe für Betriebe, die ihrer Beschäftigungspflicht gar nicht oder nicht ausreichen nachkommen.

- Wir wollen die **Präventionsarbeit** zum Schutz von Menschen mit Behinderung **vor sexualisierter und anderer Gewalt** in Einrichtungen der Behindertenhilfe dauerhaft finanziell fördern.

- Wir wollen, dass das Land als Arbeitgeber:in mit gutem Beispiel vorangeht und nicht nur mehr Menschen mit schweren Behinderungen einstellt, sondern ihnen auch **flexiblere Rahmenbedingungen** bietet. Dazu gehören verschiedene Arbeitszeitmodelle (Teilzeit, Sabbatical u. a.), besonderer Kündigungsschutz insbesondere für Menschen mit schweren Behinderungen und begleitende Hilfe im Arbeitsleben.
- Wir wollen eine Stärkung und verbindlichere Gestaltung des **Betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM)**. Wir fordern, dass für Beschäftigte ein individueller Rechtsanspruch auf die Durchführung des BEM im SGB IX verankert wird.
- Wir wollen, dass **Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf nicht** wegen Art und Schwere ihrer Behinderung(en) von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben **ausgeschlossen** werden. Dieses Recht darf sich nicht auf Leistungen der Werkstätten für Menschen mit Behinderungen beschränken und muss auch für die berufliche Bildung gelten.
- Wir wollen, dass auch **Menschen mit Behinderungen ihre Ärzt:innen frei wählen** können. Leider bestehen noch immer bauliche, kommunikationsbezogene oder einstellungsbedingte Barrieren, welche die gesundheitliche Versorgung von Menschen mit Behinderungen beeinträchtigen. Wir fordern, dass Ärzt:innenpraxen und andere Einrichtungen im Gesundheitsbereich konsequent barrierefrei gestaltet werden. Dies muss notfalls mit staatlicher Unterstützung sowie mit Sanktionsdruck im Falle der fortgesetzten Weigerung der Betreiber:innen geschehen.
- Wir wollen, dass das Thema Behinderung systematisch in die **Aus-, Fort- und Weiterbildung aller Gesundheitsberufe** integriert wird. Barrierefreiheit muss zur Zulassungsvoraussetzung von Praxen werden. Außerdem müssen Patient:innen mit Behinderungen umfassend über das Behandlungsgeschehen informiert und in die ärztlichen wie therapeutischen Entscheidungsprozesse aktiv eingebunden werden.
- Wir wollen, dass Menschen mit hohen Unterstützungsbedarfen stärker in den Blick genommen und die Möglichkeiten der **Unterstützten Kommunikation** intensiver genutzt werden. Methoden der Unterstützten Kommunikation sollen in die Ausbildungsgänge pädagogischer und medizinisch-therapeutischer Berufe aufgenommen werden.

Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt stellen und stärker unterstützen

Kindheit und Jugend lassen sich nicht aufschieben – doch genau das haben viele junge Menschen in den vergangenen 2 Jahren pandemiebedingt erlebt. Krippen, Kitas, Schulen, Sportvereine und vieles mehr waren über lange Zeit komplett oder teilweise geschlossen. Dadurch haben viele Kinder und Jugendliche nicht nur Lernstoff versäumt, sondern konnten häufig keine Freunde treffen, Sport treiben oder anderen Freizeitaktivitäten nachgehen.

Wir müssen sie dringend auf dem Weg zurück in ein unbeschwertes Aufwachsen begleiten und beim Aufholen von Lernrückständen unterstützen. Unser übergeordnetes Ziel ist und bleibt, Kinder und Jugendliche vor Benachteiligung und Ausgrenzung zu schützen und sicherzustellen, dass sie gesund und frei von Gewalt und Armut aufwachsen. Außerdem müssen alle wichtigen Entscheidungen, die Kinder und Jugendliche betreffen, gemeinsam mit ihnen und nicht über ihre Köpfe hinweg getroffen werden.

- Wir wollen die **demokratischen Mitbestimmungsrechte** der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alltag **stärken** – in Schulen, Freizeiteinrichtungen und Hochschulen.
- Wir wollen, dass die Kommunen sich noch stärker um einen engen, kontinuierlichen **Austausch mit Kindern und Jugendlichen** bemühen und sie an politischen Entscheidungen beteiligen. Die entsprechenden Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene müssen verstetigt werden.
- Wir wollen einen niedrigschwelligen **Zugang zu einer Ombudsstelle für alle Kinder**.
- Wir wollen, dass Kinder in Heimen und anderen Angeboten der Jugendhilfe **kindgerechte Rahmenbedingungen** und mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten bekommen.
- Wir wollen die **offene Jugendarbeit** angemessen und nachhaltig finanzieren.
- Wir wollen, dass die **Jugendfreiwilligendienste und der Bundesfreiwilligendienst** für junge Menschen **attraktiver** werden. Darum setzen wir uns weiterhin für eine angemessene Entlohnung, eine einheitliche Anerkennungspraxis an den Universitäten und den vergünstigten Zugang zum ÖPNV sowie zu kulturellen Angeboten ein. Außerdem wollen wir die Freiwilligendienste für Menschen mit Behinderungen öffnen, z. B. durch Möglichkeiten der Gebärdensprachförderung für gehörlose Menschen.
- Wir wollen bedarfsgerechte Hilfen für Kinder und Jugendliche, die **pandemie-bedingte Defizite aufholen** müssen. Diese müssen passgenau auf Kita- wie auf Schulkinder zugeschnitten sein und neben psychologischer Betreuung auch zusätzliche Sport-, Freizeit- und Ferienaktivitäten sowie Unterstützung im Alltag und beim Aufholen von Lernrückständen umfassen. Falls die vom Bund finanzierten Maßnahmen nicht ausreichen, muss das Land zusätzliche Aufholprogramme starten und diese angemessen finanzieren.
- Wir wollen einen verbindlichen **Jugendcheck**: In Zukunft soll eine externe Stelle alle Gesetzesvorhaben des Landtages und der Landesregierung und alle Verordnungen des Landes auf ihre Auswirkungen auf Jugendliche überprüfen. Eine solche Gesetzesfolgenabschätzung kann zu mehr Jugendgerechtigkeit beitragen; sie ist wichtig, weil die Gruppe der Minderjährigen im politischen Raum unterrepräsentiert ist und keine direkten Einflussmöglichkeiten hat.

Kinderbetreuung weiter verbessern

Schleswig-Holstein hat in den vergangenen Jahren viel in den Bereich der frühkindlichen Bildung investiert. Das ist gut und richtig, aber es reicht uns nicht. Neben dem weiteren Ausbau der frühkindlichen Betreuungsplätze muss auch die Qualität der frühkindlichen Bildung noch stärker in den Mittelpunkt rücken und spürbar verbessert werden. Wir wollen, dass Kinder, die eine Behinderung haben oder von einer Behinderung bedroht sind, besser unterstützt werden. Sie haben den gleichen Anspruch auf Förderung und frühkindliche Bildung wie alle anderen und dürfen nicht ausgegrenzt werden.

- Wir wollen das Ziel der **kostenlosen Kita** Schritt für Schritt verwirklichen. Die mit der Kita-Reform erfolgte Deckelung der Kita-Beiträge kann nur ein erster Schritt sein. Langfristig muss der Kita-Besuch für alle Kinder zwischen 3 und 6 Jahren kostenfrei

sein. Jedem Kind muss eine kostenlose und gesunde Gemeinschaftsverpflegung angeboten werden.

- Wir wollen, dass die **Betreuungsquote** bei unter Dreijährigen nach skandinavischem Vorbild auf **über 90 Prozent** gesteigert wird. Hier müssen für alle Eltern Anreize geschaffen werden, ihre Kinder in eine Krippe zu geben.
- Wir wollen, dass mittelfristig **jedes Kind in einer Kita** aufgenommen werden kann. Bund, Land und Gemeinden müssen dies durch eine entsprechende personelle und finanzielle Ausstattung der Kitas sicherstellen.

Junge Familien und Alleinerziehende unterstützen

Alleinerziehende sind in vielerlei Hinsicht benachteiligt. Sie tragen meist allein die Verantwortung für die Erziehungs- und Erwerbsarbeit und müssen oftmals zurückstecken. Darüber hinaus unterliegen Alleinerziehende höheren finanziellen Belastungen durch eine verglichen mit „traditionellen“ Familienmodellen teurere Haushaltsführung. Die Coronapandemie hat zudem gezeigt, dass Familien mit Kindern oftmals das Nachsehen haben. Wir brauchen endlich eine Familienpolitik, die ihren Namen auch verdient.

- Wir wollen das **Wohngeldgesetz anpassen**, sodass alle erwerbstätigen Alleinerziehenden mit kleinsten Einkommen berücksichtigt werden. Zurzeit ergeben sich für Alleinerziehende, die wegen ihres geringen Einkommens keine Einkommenssteuer zahlen müssen, erhebliche Einbußen beim Wohngeld durch das Zweite Corona-Steuerhilfegesetz.
- Wir wollen einen **Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer** beim Ersterwerb eines selbstgenutzten Eigenheimes einführen, um junge Familien zu unterstützen.
- Wir wollen, dass **Leistungen und Fördermöglichkeiten für Familien zusammengefasst** und **bürokratische Hürden abgebaut** werden, damit diese Leistungen auch digital beantragt werden können. Für viele Familien sind staatliche Förderungen zu umständlich und kompliziert zu beantragen.
- Wir wollen einen **kostenlosen Zugang zu Sport- und Kulturangeboten** für Kinder. Mit einer entsprechenden Förderung haben auch Kinder aus geringverdienenden Familien die Möglichkeit umfassender gesellschaftlicher Teilhabe.
- Wir wollen, dass **jedes Kind einen Kitaplatz** bekommt und die Kosten der Kitabetreuung in Gänze vom Staat übernommen werden.
- Wir wollen, dass auch in Zukunft kinderreiche oder geringverdienende Familien **Landeszuschüsse für den Erholungsurlaub** beantragen können.
- Wir wollen eine **Erhöhung des Kindergelds**, die den steigenden Preisen der grundversorgenden Lebenshaltungskosten angemessen angepasst wird.
- Wir wollen, dass das **Kindergeld künftig nicht** mehr **auf die Hartz-4-Leistungen angerechnet** wird.

2.6 Unsere Verkehrspolitik: Verkehrswende, ohne Mobilität einzuschränken

Der Verkehrssektor muss einen wichtigen Beitrag zur Verringerung der CO_2-Emissionen leisten. Darum muss auch bei uns in Schleswig-Holstein die Verkehrswende konsequent durchgeführt werden, ohne auf der anderen Seite den motorisierten Individualverkehr einzuschränken. Das ist nicht die Quadratur des Kreises, sondern eine Frage des politischen Willens und Handelns.

Wir wollen die Verkehrswende: Dafür sind kluge Maßnahmen und Verkehrsprojekte gefragt. Wir brauchen bessere Ansätze für den Straßen- und insbesondere den Schwerlastverkehr. Die Verlagerung des Güterverkehrs auf Schienen- oder Wasserinfrastruktur muss konsequenter vorangetrieben werden. Es müssen aber auch alternative Antriebsformen für LKW stärker in Betracht gezogen werden. Die Elektrifizierung, beispielsweise mit batteriebetriebenen oder Oberleitungs-LKW, kann eine Lösung sein, die außerdem die Emissionslast vor allem in den Städten senkt. Auch die Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie als LKW-Antrieb muss zügig vorangetrieben werden, um einen zeitnahen Einsatz zu gewährleisten.

Die Verlagerung des Güterverkehrs ist aber nur so gut, wie die Schieneninfrastruktur es zulässt. In Schleswig-Holstein sind nicht einmal 30 Prozent der Bahnstrecken elektrifiziert, damit ist Schleswig-Holstein bundesweites Schlusslicht. Wir müssen endlich die Schieneninfrastruktur elektrifizieren.

Das wollen wir erreichen:

Bahnverbindungen ausbauen

- Wir wollen in den nächsten Jahren massiv in den **Ausbau und** die **Elektrifizierung der Schieneninfrastruktur** investieren. Der Bund muss hierfür in die Pflicht genommen werden. Ziel muss es sein, **mehr Güterverkehr auf die Schiene** zu bringen.
- Wir wollen, dass die **Bahn eine echte Alternative** zum motorisierten Individualverkehr wird, denn sie ist das umweltfreundlichste Transportmittel.
- Wir wollen, dass **Sanierung und Ausbau von Schienenstrecken** im Nahverkehr weiter vorangetrieben werden. Bei der Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken muss differenziert vorgegangen werden.
- Wir wollen, dass insbesondere folgende **Bahnverbindungen ausgebaut oder** deren Anbindung und Taktung **verbessert** werden:
    - Dänemark-Flensburg-Hamburg
    - Westerland-Niebüll-Hamburg
    - Niebüll-Esbjerg
    - Husum-Kiel (vollständig zweigleisig)
    - Flensburg-Eckernförde-Kiel (vollständig zweigleisig)
    - Kiel-Lübeck (vollständig zweigleisig)
    - Neumünster-Bad Oldesloe (zweigleisig und elektrifiziert)
    - S-Bahn-Strecke S4 Bad Oldesloe-Altona

- Wir wollen die Etablierung eines internationalen **deutsch-dänischen Grenzbahnhofs Flensburg-Padborg**, u. a. auch, um auf der Verbindung Hamburg-Kopenhagen einen EC-Halt in der Region zu ermöglichen.
- Wir wollen uns beim Bund aktiv für den **Ausbau des Nachtzugangebotes** in Europa und die **Senkung der Trassenpreise** einsetzen.
- Wir wollen, dass die **Nord-Süd-Schienenverbindung** deutlich verbessert wird. Die **Rendsburger Hochbrücke** wird den Anforderungen nicht mehr gerecht. Das Land muss den Bund auffordern, die Planungen für ein **neues Bauwerk** schnellstmöglich voranzutreiben.
- Wir wollen die **Attraktivität des Schienenpersonennahverkehrs erhöhen**. Qualitätsverbesserungen – wie Pünktlichkeit, bessere Fahrgastinformationen, eine bessere Vertaktung von Zug- und Busverbindungen, mehr Komfort und WLAN-Verfügbarkeit – müssen Vergabekriterien bei der Ausschreibung von Bahnstrecken sein.
- Wir wollen mindestens eine der beiden **Brücken über den Nord-Ostsee-Kanal** in Kiel-Holtenau **für** die Nutzung durch eine **Straßen- oder Stadtbahn ertüchtigen**.
- Wir wollen die **Barrierefreiheit im** gesamten **öffentlichen Verkehr** durchsetzen.

Den öffentlichen Verkehr attraktiver machen

Auch für den Individualverkehr brauchen wir Lösungen für die Verkehrswende. Mobilität ist ein Grundbedürfnis, das nicht eingeschränkt werden darf. Sie ist für viele Menschen die Voraussetzung für ihre Existenzsicherung und ermöglicht die Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben, an Kommunikation und Bildung. Aber gerade in den Städten wird der motorisierte Individualverkehr zur Belastung. Langsam durch die Städte rollende Blechlawinen verursachen Dreck und Lärm, sodass die gesetzlichen Umweltstandards vielerorts nicht eingehalten werden können.

Zwar gibt es in vielen Städten neben dem bestehenden ÖPNV schon verschiedene Mobilitätsprojekte wie E-Scooter- oder Carsharing oder Bike and Ride, doch es muss noch mehr geschehen. Hier wollen wir die Städte und Kommunen unterstützen, neue Konzepte für alternative Verkehrsmittel zu finden. Das gilt auch für die ländlichen Gebiete, in denen multimodale Angebote bisher oft kaum zu finden sind. Die Verkehrswende muss in Stadt und Land unterschiedlich betrachtet und umgesetzt werden, aber sie ist im ganzen Land notwendig.

- Wir wollen die **Kapazitäten des ÖPNV** weiter **ausbauen**. Der Bund muss hier mehr Regionalisierungsmittel zur Verfügung stellen.
- Wir wollen, dass öffentliche Verkehrsmittel **fahrgastfreundlicher und kosteneffizienter** werden.
- Wir wollen Projekte unterstützen, welche die **innerstädtische Verkehrssituation verbessern**. Als Teil der Mobilitätswende müssen **Stadt- oder Straßenbahnen** stärker berücksichtigt werden.
- Wir wollen **Carsharing-Angebote** landesweit unterstützen und **innovative Mobilitätsprojekte** fördern.
- Wir wollen die **Dekarbonisierung in der Mobilität** weiter vorantreiben. Erneuerbare Energieformen müssen die Grundlage für E-Motoren, Wasserstoff oder strombasierte

Kraftstoffe sein. Hierfür brauchen wir den Aufbau eines landesweiten Wasserstoff-Tankstellennetzes und den weiteren Ausbau von Ladesäulenstationen.

- Wir wollen, dass Berufspendler:innen, Studierende, alle jungen Menschen in Ausbildung und Menschen in besonderen Lebenslagen bei **Tarifvergünstigungen** künftig stärker berücksichtigt werden.
- Wir wollen einen **gemeinsamen Norddeutschen Tarifverbund**. Von der Ausdehnung des HVV profitieren nur die angeschlossenen Kreise. Wir plädieren für ein Tarifsystem, das von Flensburg bis Göttingen gültig ist.

Radinfrastruktur ausbauen und Radverkehr fördern

- Wir wollen die **Stadt- und Raumplanung** besser aufeinander **abstimmen**, um den motorisierten Individualverkehr weiter zu reduzieren. Die Verknüpfung von Fuß-, Rad- und öffentlichem Verkehr muss dabei im Mittelpunkt stehen – Kopenhagen zeigt, wie es geht.
- Wir wollen den **Radverkehr** durch bessere Angebote **stärken**. Der ÖPNV muss seine Bike-and-Ride-Angebote fahrradfreundlicher gestalten. Dafür bedarf es auch einer besseren Park- und Verkehrsinfrastruktur für Fahrräder in den Städten.
- Wir wollen die **Radverkehrsinfrastruktur** auch in den ländlichen Regionen weiter **ausbauen**. Die Kreise, kreisfreien Städte und Kommunen müssen beim Ausbau des Radwegenetzes stärker unterstützt werden.
- Wir wollen die **Radstrategie 2030** des Landes weiter unterstützen und fördern. Dazu sind die Erfahrungen aus den Regionen zu evaluieren, um gegebenenfalls nachzubessern. Der Runde Tisch Radverkehr muss fortgeführt werden.
- Wir wollen, dass **Verkehrssicherheit** bereits bei den Kindern anfängt. Verkehrs-erziehung und -pädagogik müssen an den Schulen weiter ausgebaut werden.

Schifffahrt modernisieren

- Wir wollen den **kombinierten Verkehr Schiene-Schiff** ausbauen. Dazu muss eine effiziente Entwicklung der Umschlagtechnologien mit guter Schienenanbindung unserer Häfen unterstützt werden.
- Wir wollen eine rasche **Sanierung und Modernisierung des Nord-Ostsee-Kanals**. Dies gilt für den Ausbau, die Schleusen, die Fähren und deren Anlegestellen. Auch das Personal des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes muss aufgestockt werden.
- Wir wollen, dass die **Emissionen aus der Schifffahrt gesenkt** werden. Dazu sollen alternative Antriebsformen verstärkt genutzt werden. Hierbei sind insbesondere Wasserstoffantriebe und synthetisch oder pflanzlich hergestellte Kraftstoffe in den Fokus zu nehmen.
- Wir wollen, dass **Landstromverbindungen in den Häfen** verstärkt ausgebaut werden, um Luftschadstoff- und Lärmemissionen während der Liegezeiten zu verringern.

Straßen sanieren und geplante Straßenbauprojekte umsetzen

Straßen sind unerlässlich für eine funktionierende wirtschaftliche Entwicklung bei uns im Land und ebenfalls eine Lebensader für den Tourismus. Doch wir schieben auf allen Ebenen – Bundes-, Landes-, Kreis- oder kommunale Straßen – einen enormen Sanierungsstau vor uns her. Für uns haben Erhalt und Sanierung Vorrang vor dem Neubau weiterer Straßen. Dies müssen wir dringend in den kommenden Jahren angehen, denn die Verkehrsströme werden weiter wachsen. Das gilt auch für den Nord-Süd-Verkehr, besonders im Jütlandkorridor.

- Wir wollen, dass dem **Erhalt, der Sanierung und dem Ausbau** bestehender Straßen allgemein **Vorrang** vor dem Bau neuer Strecken zu geben ist.
- Wir wollen das **Sanierungsprogramm** des Landes für Landesstraßen **fortführen**. Es besteht weiterhin dringender Handlungsbedarf.
- Wir wollen den „**Jütlandkorridor**“ von Hamburg bis Skagen durch politische Vereinbarungen und infrastrukturelle Investitionen in Bahn und Straße **stärken**. Die A7 muss bis zur dänischen Grenze dreispurig ausgebaut werden. Bis es so weit ist, setzen wir uns für ein temporäres Überholverbot für LKW zwischen dem Bordesholmer Dreieck und der dänischen Grenze ein.
- Wir wollen den **Ausbau der Westküstenmagistrale** – A23 und B5 – weiter voranbringen. Dieser Verbindung muss mehr Bedeutung zugemessen werden, denn sie dient sowohl der wirtschaftlichen Erschließung der Westküste als auch der mittel- und langfristigen Entlastung der A7.
- Wir wollen, dass die **A20** mit westlicher Elbquerung bei Glückstadt konsequent **weitergebaut** wird. Damit entlasten wir das Nadelöhr Hamburg und stärken die Westküste.
- Wir wollen die zügige Umsetzung des **Ersatzbauwerks für die Rader Hochbrücke**. Gleichwohl wäre eine kombinierte Querung für Bahn- und Straßenverkehr sinnvoll gewesen.
- Wir wollen ein **Tempolimit von 130 km/h** auf den Autobahnen. Dies erhöht die Verkehrssicherheit und leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz.
- Wir wollen, dass alles dafür getan wird, die **Hinterlandanbindung der** festen **Fehmarnbeltquerung** samt der **Fehmarnsundquerung** zügig und **umweltverträglich** umzusetzen. Hierbei muss der Schall- und Erschütterungsschutz gewährleistet sein.
- Wir wollen, dass **Verkehrsprojekte im nördlichen Landesteil und an der Westküste** stärker berücksichtigt werden. Die verkehrliche Infrastruktur ist eine Grundvoraussetzung für wirtschaftliche Ansiedlungsstrategien.
- Wir wollen die **Verkehrssicherheit** in den Städten **verbessern**, indem die Nachrüstung mit **Abbiegeassistenten** für von öffentlichen Institutionen genutzte LKW und Busse vorgeschrieben wird.

Planung beschleunigen und Kapazitäten ausbauen

Um den Ausbau von Straßen- und Schieneninfrastruktur schneller voranbringen zu können, bedarf es eines schlankeren Planungsrechts. Die Planungszeiträume müssen kürzer und effektiver sein. Gleichzeitig darf das Beteiligungs- und Klagerecht nicht eingeschränkt werden. Der Umweltschutz und die individuellen Rechte Betroffener müssen gewährt bleiben.

- Wir wollen einen **besseren Wissenstransfer** an der Planung beteiligter Behörden, damit einzelne Prüfungsschritte nicht mehrfach durchgeführt werden. Dies kann durch eine Digitalisierung des Planungsverfahrens ermöglicht werden.
- Wir wollen eine echte **Bürger:innenbeteiligung** für alle Planungsverfahren. Von der Planung Betroffene müssen bereits in die Bedarfsplanung mit einbezogen werden. In diesem Planungsschritt werden noch alternative Streckenverläufe erwogen und Konzeptalternativen (z. B. Schiene oder Straße) diskutiert.
- Wir wollen eine **Ausweitung der Maßnahmengesetzgebung** nach dänischem Vorbild, bei welcher der Bundestag die Planung durch Gesetz beschließt. Auch hierbei muss weiterhin eine Öffentlichkeitsbeteiligung gegeben sein.
- Wir wollen die **Kapazitäten** in den Landesplanungsbehörden **ausbauen** und verstärken. Nur wenn der dortige Personalmangel behoben wird, lassen sich Planungsverfahren und Projektierungen schneller umsetzen.

2.7 Unsere Bildungspolitik: Chancengleichheit für alle

Unsere Bildungspolitik ist durch einen Hauptgedanken geformt: Bildung für alle ist für uns der Schlüssel zu einer gerechten Gesellschaft. Um allen die gleichen Chancen zu geben, müssen sämtliche Bildungseinrichtungen und -angebote inklusiv und modern gestaltet werden. Wir fordern kostenlose Bildungsangebote von der Krippe bis zur nachschulischen Betreuung, denn Bildungsgänge dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Nur durch eine möglichst frühe, hochwertige Bildung bekommen alle Kinder in Schleswig-Holstein gleiche Startchancen ins Leben. Ganztagsschulen leisten dabei einen erheblichen Beitrag zur Chancengleichheit und zur individuellen Förderung der Kinder. Außerdem ermöglichen sie Eltern und Erziehungsberechtigten eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Für uns ist klar, dass unsere Minderheitenschulen beim Ausbau der Ganztagsangebote nicht ignoriert werden dürfen. Das Land muss die Kommunen davon überzeugen, sich nicht aus der Verantwortung zu stehlen.

Da die schleswig-holsteinische Bildungspolitik viel zu lange von Grabenkämpfen geprägt war, möchten wir nicht weiter über die Systemfrage diskutieren. Wir haben heute Gemeinschaftsschulen mit und ohne Oberstufe sowie Gymnasien und berufliche Schulen. Das soll aus unserer Sicht auch so bleiben. Nun stehen vor allem Unterrichtsversorgung und -qualität im Vordergrund.

Wir freuen uns über das vielfältige Hochschulangebot in Schleswig-Holstein, denn wir brauchen Hochschulen mit unterschiedlichen Schwerpunkten und an verschiedenen Standorten. Gut vernetzte Forschung und Lehre für alle Teile des Landes und seine wirtschaftliche Entwicklung sind von großer Bedeutung für unsere Bildungslandschaft. Darum müssen wir unsere Hochschulen stärken und für gute Lern-, Lehr- und Arbeitsverhältnisse vor Ort sorgen.

Außerdem setzen wir auf das Prinzip des lebenslangen Lernens, das individuelle Arbeits- und Lebenschancen sichert. Eine moderne Bildungspolitik setzt auf starke Vernetzung und berücksichtigt, dass Menschen auf verschiedene Weise lernen. Wir wollen durch eine Reform des Weiterbildungsgesetzes direkt die Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Erwachsene ausweiten.

Alle Bereiche der Bildung müssen von den Chancen der Digitalisierung mehr profitieren. Krisenmomente wie die Coronapandemie machen deutlich, dass eine digitale Grundversorgung die Voraussetzung für ein gerechte und moderne Bildungslandschaft ist. Kitas und Schulen mit besonderen Bedarfen sollen dabei auch besonders gefördert werden. Neue Ansätze und Handlungsempfehlungen in der Bildung müssen sich an inklusiven Prinzipien orientieren. Den Blick richten wir dabei auf unsere nordischen Nachbarländer.

Das wollen wir erreichen:

Ganztagsangebote und Ferienbetreuung

Unterricht und außerunterrichtliche Angebote müssen an allen Schulen des Landes durch verbindliche Konzepte verbunden werden.

- Wir wollen den **Ausbau der Ganztagsangebote** wohlwollend und konstruktiv begleiten und die **Ferienbetreuung** ausbauen. Die Zuschüsse des Landes für Ganztagsschulen wollen wir deutlich erhöhen.

- Wir wollen, dass **Öffnungszeiten von Betreuungsangeboten** sich stärker an den **Bedürfnissen** und Arbeitszeiten **der Eltern** orientieren, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern.
- Wir wollen dafür sorgen, dass die Lücke zwischen den langen Schulferienzeiten und den meistens kürzeren Urlaubsansprüchen der Eltern geschlossen wird. Alle Familien mit Grundschulkindern müssen **in den Ferienzeiten** auf ein **qualifiziertes Betreuungsangebot** zurückgreifen können.
- Wir wollen, dass der **Ganztagsanspruch erweitert** wird und alle Schulkinder unter 12 Jahren am Nachmittag ein qualifiziertes Betreuungsangebot wahrnehmen können. Ob die Angebote offen oder gebunden sein sollen, muss gemeinsam mit den Schulträgern und Eltern entschieden werden. Hier ist der Bedarf vor Ort maßgeblich.
- Wir wollen, dass **Unterricht und außerunterrichtliche Angebote** z. B. von Sportvereinen und Musikschulen durch verbindliche Konzepte **verbunden** werden.
- Wir wollen ein **verlässliches Ferienbetreuungskonzept** für Schleswig-Holstein. Dieses soll in Zusammenarbeit mit den kommunalen Trägern und den freien Trägern der offenen Jugendhilfe erstellt werden.

Schulstrukturen und Qualität verbessern

Schulen in freier Trägerschaft müssen bei allen bildungspolitischen Entscheidungen mitgedacht werden und im gleichen Umfang von steigenden Bildungsausgaben profitieren. Das gilt insbesondere für die Schulen der dänischen Minderheit, die rechtlich als Schulen in freier Trägerschaft organisiert, faktisch aber die öffentlichen Schulen der dänischen Minderheit sind.

- Wir wollen einen umfassenden **Ausbau der Lernmittelfreiheit** und höhere Landeszuschüsse für digitale Bildung. Lernmittel sind Arbeitsmaterialien, die Schüler:innen zur erfolgreichen Teilnahme am Unterricht benötigen. Dies umfasst in einer sich digitalisierenden Welt auch digitale Endgeräte. Weil Eigenanteile und Leihgebühren oftmals Bildungshürden darstellen, wollen wir die Kosten für Eltern und Schüler:innen so niedrig wie möglich halten.
- Wir wollen, dass Land und Kreise ihrer Verantwortung für die **Schülerbeförderung** in vollem Umfang gerecht werden. Dabei müssen die Kreise auch ihrer Verantwortung für die Schulen in freier Trägerschaft nachkommen. Unser grundsätzliches Ziel bleibt die **kostenlose Schülerbeförderung** auch für den Bereich der Sekundarstufe II.
- Wir wollen die **Mitbestimmung** von Eltern und Schüler:innen **fördern**, indem wir ihre Vertretungen weiter stärken.
- Wir wollen Instrumente zur Qualitätssicherung und -entwicklung wie den Schul-TÜV oder das Portal zur Unterrichtserfassung Schleswig-Holstein (PUSH) weiterentwickeln, um die **Unterrichtsqualität** zu sichern.
- Wir wollen sicherstellen, dass alle Schüler:innen sich an unseren Schulen sicher und gut aufgehoben fühlen und darum die **Antidiskriminierungs- und Beschwerdestrukturen** an den Schulen verbessern.

Das Bildungswesen inklusiv gestalten

- Wir wollen die **angemessene Finanzierung eines inklusiven Bildungswesens** auf allen Ebenen. Das umfasst neben mehr Zeitressourcen für die sonderpädagogische Förderung auch Raumkonzepte, die Schüler:innen, Lehrkräften und Eltern mehr Nutzungsmöglichkeiten eröffnen.
- Wir wollen, dass **Inklusion und inklusive Unterrichtsgestaltung** auch in Zukunft fester Bestandteil nicht nur der Lehrkräfteausbildung, sondern auch der Fort- und Weiterbildung sind.
- Wir wollen Inklusion konsequent über den **Einsatz multiprofessioneller Teams an den Schulen** verwirklichen. Die enge Zusammenarbeit von entsprechend aus- und fortgebildeten Lehrkräften, Schulsozialarbeiter:innen, Schulassistent:innen, Schulbegleiter:innen und Schulpsycholog:innen trägt den Bedürfnissen aller Kinder Rechnung. Das Institut zur Qualitätssicherung Schleswig-Holstein (IQSH) muss die Lehrkräfte dabei durch Fortbildungsangebote weiter unterstützen.
- Wir wollen den bedarfsgerechten **Erhalt der Förderzentren**, um weiterhin Wahlfreiheit zu bieten. Die Erfahrung zeigt, dass die inklusive Beschulung in Regelschulen nicht für jedes Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf der richtige Weg ist.
- Wir wollen **Schulen**, die im Bereich der Inklusion oder der Integration geflüchteter Jugendlicher und Schüler:innen **mit besonderen Bedarfen** gefordert sind oder in sozialen Brennpunkten liegen, durch zusätzliche Personalressourcen **unterstützen**.
- Wir wollen, dass die **Schulpflicht für alle Kinder** in Schleswig-Holstein gleichermaßen gilt – auch für Heimkinder, die offiziell ihren Zweitwohnsitz in anderen Bundesländern haben. Derzeit gilt für sie nur ein Erlass. Das Land muss endlich einen genauen Überblick über die Beschulungssituation bekommen.
- Wir wollen eine fortlaufende **Evaluierung** von Seiten des Landes, um die **Qualität der Inklusion** an den Schulen zu sichern.

Berufliche Bildung weiterentwickeln

- Wir wollen die **berufliche Bildung** mit zusätzlichen Mitteln stärken.
- Wir wollen eine wirkliche Politik für die berufliche Bildung. Das Schleswig-Holsteinische Institut für Berufliche Bildung (**SHIBB**) gehört **ins Bildungsministerium**.
- Wir wollen ein **schlüssiges Gesamtkonzept**, das die **berufliche Bildung** mit dualer Ausbildung und den weiteren Ausbildungsgängen an den beruflichen Schulen ebenso umfasst wie die Fort- und Weiterbildung und den Übergang Schule-Beruf, um Abschlüsse zu vereinheitlichen und Übergänge zu erleichtern.
- Wir wollen die zielgerichtete Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in den Umbruchphasen zwischen Schule, Ausbildung und Beruf stärken. Das Modell der **Jugendberufsagenturen** wollen wir flächendeckend ausbauen und verstetigen.
- Wir wollen **qualitativ hochwertige berufliche Bildung** vor Ort sicherstellen und die entsprechenden Rahmenbedingungen für das Personal und die Standorte schaffen.

- Wir wollen die **grenzüberschreitende Berufsausbildung** ausbauen. Hier benötigen wir nachhaltige Kooperationen, die eine innovative und zukunftsfeste Berufsausbildung bieten und Fachkräfte an die deutsch-dänische Grenzregion binden können.

Arbeitsumfeld Schule verbessern

Die an Lehrkräfte gestellten Anforderungen sind in den letzten Jahren angestiegen – mehr Inhalte, mehr Aufgaben, mehr Erwartungen. Wir bringen unseren Lehrkräften viel Wertschätzung und Dankbarkeit entgegen und wollen darum auch ihre Situation an den Schulen verbessern.

- Wir wollen die **Entlastung von Lehrkräften** durch multiprofessionelle Teams ausbauen. Multiprofessionelle Teams bestehen neben Lehrkräften aus Schulbegleitungen, schulischen Assistenzen, Schulsozialarbeiter:innen und Schulpsycholog:innen und stützen so die Schulsozialarbeit.
- Wir wollen die **Unterrichtsverpflichtung** von Lehrkräften **reduzieren** und den Schulen einen größeren Pool an Ausgleichsstunden zur Verfügung zu stellen. So können mehr Entlastungsstunden für Klassenlehrkräfte und Korrekturzeiten eingerichtet werden.
- Wir wollen dafür sorgen, dass **freie Lehrkräftestellen** endlich mit ausgebildeten Lehrkräften **besetzt** werden und die Studienplatzkapazität für Lehramtsstudierende sowie die Plätze für den Vorbereitungsdienst erhöhen.

Weiterbildung stärken

- Wir wollen eine höhere Teilnahme an **Weiterbildungen** erreichen und den **Zugang** vor allem für geringqualifizierte und bildungsbenachteiligte Menschen **vereinfachen**. Die Kursgebühren müssen insbesondere für Menschen mit geringen Einkommen angepasst werden.
- Wir wollen **Weiterbildung als gleichberechtigte Säule** des Bildungswesens neben vorschulischer Bildung, Schule, Berufsausbildung und Hochschule ausbauen. Dafür brauchen wir eine ausreichende Zahl an hauptberuflich geführten Volkshochschulen.
- Wir wollen eine **Dynamisierung der Zuschüsse** für Volkshochschulen und Bildungsstätten und eine Reform des Weiterbildungsgesetzes. Es ist unser Ziel, nicht nur Qualität und Professionalität bestehender Angebote zu sichern, sondern auch eine hinreichende Grundversorgung mit Weiterbildung zu gewährleisten.
- Wir wollen die **Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten** für Erwachsene **ausweiten** und die Volkshochschulen und Bildungsstätten stärken. Wir setzen auf das Prinzip des lebenslangen Lernens, das individuelle Arbeits- und Lebenschancen sichert. Eine moderne Bildungspolitik setzt auf starke Vernetzung und berücksichtigt, dass Menschen auf verschiedene Weise lernen.

Hochschulen besser ausstatten

Unsere Hochschulen müssen angemessen finanziert sein, darum wollen wir einen weiteren Anstieg der Grundfinanzierung im Hochschulbereich ab 2022. Alle Hochschulen das Landes sollen von verbesserten Rahmenbedingungen profitieren. Egal ob in Lübeck, Kiel, Heide, Flensburg oder Wedel – die Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein muss sich ausgewogen entwickeln.

- Wir wollen, dass die universitären Angebote besser ineinandergreifen und die **Profile unserer Hochschulen** sich sinnvoll ergänzen. Diese Angebotsvielfalt wollen wir durch eine enge Abstimmung im Dialog mit den Hochschulen sichern.
- Wir wollen die universitären Angebote für die **Minderheiten- und Regionalsprachen** absichern und verstetigen.
- Wir wollen eine weitere **Internationalisierung**, nicht zuletzt durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit Dänemark und dem erweiterten Ostseeraum. Dieser Prozess muss finanziell entsprechend unterstützt werden.
- Wir wollen die besonderen **grenzüberschreitenden Studiengänge stärken**, wie sie in Flensburg praktiziert werden. Sie haben sich bewährt, sind von der regionalen Wirtschaft hochgeschätzt und bieten erhebliches Potenzial.
- Wir wollen das **Konzept der „Guten Arbeit“** auch an den Hochschulen umsetzen. Dazu gehören für uns auch erweiterte Mitbestimmungsmöglichkeiten für Mitarbeiter:innen sowie Fortschritte bei der Entfristung von Arbeitsverträgen.
- Wir wollen für **Entlastung auf dem Wohnungsmarkt** sorgen und deutlich mehr Wohnraum für Studierende und Auszubildende zur Verfügung stellen. Die Wohnheime in Schleswig-Holstein müssen situationsangemessen ausgebaut werden und mit einem transparenten und verlässlichen Vorgehen Bildungswege chancengerecht absichern.

Arbeitsumfeld Hochschule verbessern

Unsere Hochschulen brauchen eine Personal- und Organisationsentwicklung, welche die Arbeitssituation der an den Hochschulen Tätigen im Blick hat. Gute Arbeitsbedingungen stärken unsere Hochschulen. Ein besonderes Augenmerk der kommenden Legislaturperiode sollte darum auf der prekären Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses liegen – er ist der Mittelbau der Hochschulen.

- Wir wollen **bessere Arbeitsbedingungen** und tarifvertragliche Regelungen **für studentische Angestellte**. Sie dürfen an den Universitäten nicht mehr von Tarifverträgen ausgeschlossen sein.
- Wir wollen **eindeutige Tätigkeitsbeschreibungen** in Arbeitsverträgen, um Zuständigkeiten und reale Arbeitszeiten besser zu ordnen.
- Wir wollen die Hochschulen darin unterstützen, **Karriereoptionen transparenter** zu gestalten und in Arbeitsverträgen die höchstmögliche Vertragsdauer festzuschreiben.
- Wir wollen die **Lehrverpflichtungsverordnung anpassen**, um für eine Gleichstellung von Lehrkräften für besondere Aufgaben und Professor:innen an (Fach-) Hochschulen und Universitäten zu sorgen und Lehrbeauftragte höher zu vergüten.

- Wir wollen mehr **Arbeitsverhältnisse** an den Hochschulen **entfristen** und für Daueraufgaben Dauerstellen schaffen.
- Wir wollen ein **elternunabhängiges BAföG**, damit alle Studierenden gleichberechtigt und unabhängig vom Portemonnaie ihrer Eltern gefördert werden.

Digitalisierung und Medienkompetenz ausbauen

Schule entwickelt sich stetig weiter, muss sich neuen Bedürfnissen anpassen und auf eine sich verändernde Welt reagieren. Besonders in den letzten zwei Jahren haben unsere Schulen riesige Schritte hin zu mehr Digitalisierung gemacht. Wir wollen diese Chance nicht verfallen lassen und das digitale Lernen regeln.

- Wir wollen das Schulgesetz novellieren, um ein Regelwerk für den **digitalen Unterricht** zu erstellen.
- Wir fordern, dass die **Lernmittelfreiheit** auch **für digitale Endgeräte** gilt.
- Wir wollen **Angebote von Offenen Kanälen** im Fernsehen **oder Freien Radiosendern** angemessen finanzieren, damit sie Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen Angebote zur Förderung der Medienkompetenz machen können.

Politische Bildung als gesamtstaatliche Aufgabe gestalten

- Wir wollen, dass die Werte und Techniken der **Demokratie** noch stärker als bisher **in der Schule** vermittelt werden. Wir wollen demokratisch organisierte Schulen stärken. Entsprechende Programme des Landesbeauftragten für Politische Bildung wollen wir verstetigen, um breitere Teile der Bevölkerung zu erreichen.
- Wir wollen den „**Tag der Landesverfassung**“ als zusätzlichen **arbeitsfreien Feiertag** in Schleswig-Holstein einführen.
- Wir wollen die konsequente Umsetzung von Maßnahmen eines Nationalen Aktionsplans **„Bildung für nachhaltige Entwicklung“** im Sinne der Nachhaltigkeitsziele der UN in der gesamten Bildungslandschaft.
- Wir wollen **multiprofessionelle Teams** mit Medienpädagog:innen **für Bildungs-angebote** etablieren. Es muss eine Offensive gestartet werden, um qualifizierte Medienpädagog:innen zur Verfügung zu stellen. Dies darf nicht nach dem Gießkannenprinzip passieren.
- Wir wollen eine stärkere und **geschlechtergerechte Förderung der MINT-Bereiche** (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) in allen Bildungsangeboten. Der MINT-Aktionsplan muss konsequent erweitert und weitergeführt werden.
- Wir wollen die bundesweite Einführung von Wissensvermittlung zu den vier **nationalen Minderheiten** in allen Bildungsbereichen, von der Krippe bis zur Fortbildung, nach dem Prinzip des lebenslangen Lernens.
- Wir wollen, dass Unterrichtsmaterialien und -Einheiten erstellt werden, die den **Mehrwert von nationalen Minderheiten** für die Gesellschaft und die Demokratie im Fokus haben und eine fächerübergreifende Vermittlung sichern.

- Wir wollen die Einführung einer **bundesweiten Plattform**, welche die **Verbreitung von Lehrmaterialen** und -einheiten zum Ziel hat und Kooperationen mit den Institutionen der nationalen Minderheiten, der Bundeszentrale für politische Bildung und den Landeszentralen für politische Bildung pflegt.
- Wir wollen eine **stärkere Beteiligung des Bundes** bei Schulbauvorhaben.
- Wir brauchen einen **Schulbaufonds** für innovative Schullandschaften, die dem Anspruch an Inklusion und Ganztagsschule gerecht werden.

2.8 Unsere Europapolitik: Schleswig-Holstein als Teil des europäischen Nordens

Die Europäische Union hat ein schwieriges Jahrzehnt hinter sich und begann das neue direkt mit einer Mammutaufgabe: Dem Überwinden der Coronapandemie und deren Folgen. Die Nachwehen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise, die Flüchtlingssituation, eine Vielzahl an sicherheitspolitischen und geostrategischen Interessen, der Brexit und schließlich die Coronapandemie stellen die EU vor gewaltige Herausforderungen.

Dazu kommen als Generationenkrisen der Klimawandel und der demografische Wandel. All dies können wir nur anpacken, wenn die EU nach innen geeint ist und nach außen handlungsfähig auftritt. Darum haben wir die „Konferenz zur Zukunft Europas“ unterstützt und hoffen, dass daraus konkrete Impulse für eine bürgernähere, robustere und fortschrittlichere EU entstehen.

Wir wollen keinen gesamteuropäischen Staat mit einer europäischen Zentralregierung, sondern eine kooperierende EU, in der nationalstaatliche und regionale Besonderheiten ebenso angemessen und gleichberechtigt Berücksichtigung finden wie soziale Belange und mehr Transparenz. Dafür muss sich Schleswig-Holstein im Rahmen seiner Möglichkeiten, unter anderem im Ausschuss der Regionen, weiter einsetzen.

Wir müssen wieder stärker ins Bewusstsein rücken, was die Europäische Gemeinschaft bis heute geschaffen hat – und was wir bei leichtfertiger Herabwürdigung dieser Errungenschaften wieder verlieren könnten. Ohne Freizügigkeit für Arbeitnehmer:innen und Waren oder für Reisen wäre unser Land heute wesentlich ärmer dran. Ohne offene Binnengrenzen in Europa würde Schleswig-Holstein schnell seine Rolle als „Drehscheibe des Nordens“ verlieren. Dies wurde uns durch die temporären Grenzschließungen und -kontrollen im Zuge der Pandemiebekämpfung nur allzu plötzlich und schmerzlich vor Augen geführt.

Ohne die Strukturfonds der EU könnten wir die Fördergelder aus unseren Landesprogrammen „Wirtschaft“, „ländlicher Raum“ und „Arbeit“ nicht zur Umsetzung unserer politischen Ziele einsetzen. Ohne Interreg-Programme der EU gäbe es für Schleswig-Holstein nicht die Möglichkeit der strategisch ausgerichteten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Schleswig-Holstein profitiert enorm von der EU.

Für Schleswig-Holstein als „Land zwischen den Meeren“ sind Nord- und Ostsee gleichermaßen von Bedeutung, darum ist unsere EU- und „Außen“-Politik entsprechend auf die konkrete Entwicklung in Schleswig-Holstein und die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn im Nordsee- wie Ostseeraum ausgerichtet. Wir wollen, dass Schleswig-Holstein noch stärker Teil des europäischen Nordens wird. Dazu wollen wir unser Netzwerk skandinavischer Kontakte noch intensiver ausbauen. Wir müssen das Zukunftsprojekt „Europa“ gemeinsam und auf Basis der gemeinsamen europäischen Werte kontinuierlich sozialer, innovativer, ökologischer und bürgernäher gestalten und weiterentwickeln. Dazu gehört selbstverständlich auch, dass die vielen Minderheiten in Europa respektiert, gehört und aktiv eingebunden werden.

Das wollen wir erreichen:

Unsere EU-Minderheitenpolitik: Erfahrungen und Expertise für Europa nutzen, Schleswig-Holstein als Minderheiten-Kompetenzzentrum sichtbarer machen

Als Partei der dänischen Minderheit und der nationalen Fries:innen sehen wir uns einer internationalen Minderheitenpolitik besonders verpflichtet. Vor dem Hintergrund unserer

politischen, kulturellen und geschichtlichen Erfahrungen aus dem deutsch-dänischen Konflikt und zweier Weltkriege wollen wir einen besonderen, aktiven Beitrag dazu leisten, dass die Verständigung der europäischen Staaten und Völker wächst und gedeiht – zum Wohle aller Menschen in Europa.

Schleswig-Holstein verfügt aufgrund seiner Geschichte und Gegenwart über einen ganz besonderen Erfahrungsschatz. Seit der Volksabstimmung von 1920 liegt die deutsch-dänische Grenze fest. Nach Jahrzehnten des Gegeneinanders sind die Menschen im Norden heute darum bemüht, das Zusammenleben von Mehrheit und Minderheiten positiv zu gestalten. Unsere Minderheitenpolitik findet europa- und weltweit Beachtung und hat dazu geführt, dass renommierte Organisationen und eine Forschungseinrichtung zu Minderheitenfragen im deutsch-dänischen Grenzland beheimatet sind.

Eine gute Minderheitenpolitik ist Friedenspolitik. Auf den guten Erfahrungen dürfen wir uns aber nicht ausruhen, sondern müssen diese nutzen, um die europäische Minderheitenpolitik weiter zu stärken und gesellschaftlichen Spaltungstendenzen, Ausgrenzung und Diskriminierung weiterhin entschlossen entgegenzutreten.

- Wir wollen, dass die besondere **Minderheitenpolitik des deutsch-dänischen Grenzlandes**, auf die wir zu Recht stolz sind, noch gezielter für die Profilierung einer progressiven Minderheitenpolitik in Europa genutzt wird.
- Wir wollen uns für eine **EU-Minderheitenpolitik** stark machen, die Anerkennung, Schutz und Förderung aller Minderheiten und Volksgruppen langfristig sichert. Die Zuständigkeit für Minderheiten muss auf den Entscheidungsebenen der EU fest verankert werden.
- Wir wollen, dass Deutschland und Dänemark die **Werte von Verständnis und einem tiefen Sinn für ein gemeinsames Miteinander** – im Sinne der Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 – sowohl im Europarat, in der OSZE als auch in den Institutionen der EU **als gemeinsame Grundsätze vertreten**. Druck und Gewalt lösen keine Minderheitenkonflikte.
- Wir wollen das **Kompetenzzentrum für Minderheitenfragen in Flensburg** sichtbarer machen. Die Minderheitenunion FUEV, das Europäische Zentrum für Minderheitenfragen (ECMI) und die Organisationen der dänischen Minderheit bilden dort ein einmaliges Netzwerk. Dazu gehören auch die Förderung des Minderheiten-Kompetenz-Netzwerks Schleswig-Holstein/Süddänemark samt all seiner Mitglieder-organisationen sowie eine stärkere grenzüberschreitende Vernetzung aller relevanten wissenschaftlichen Institutionen.
- Wir wollen, dass der Bund die **Minority-SafePack-Initiative** der europäischen Minderheitenorganisationen für die Umsetzung der Minderheitenrechte in den EU-Staaten weiterhin aktiv und offensiv bei der EU-Kommission unterstützt. Untätigkeit oder eine Verwässerung unserer Forderungen werden wir nicht hinnehmen.
- Wir wollen, dass die Landes- und Bundesregierungen sich in allen europäischen Staaten aktiv für die gemeinsamen **humanistischen Grundwerte und Minderheitenrechte** einsetzen. Leider werden die Grundrechte vieler Volksgruppen und Minderheiten nicht in allen europäischen Staaten geachtet. Nationale Minderheiten und Minderheiten ohne Bezugsstaat sind ein natürlicher Bestandteil der EU und bereichern die kulturelle Vielfalt. Das europäische Projekt ist auch ein Friedensprojekt, welches seit Jahrzehnten die Völker des Kontinents in Frieden miteinander leben lässt. Dies muss immer ein zentrales Ziel für Europa bleiben.

Von der Europäischen Union profitieren

In Schleswig-Holstein spielt die EU vor allem als Regelsetzerin und Geldgeberin für Vorhaben und Projekte im Land eine maßgebliche Rolle. Angesichts der Coronakrise ist die Haushaltslage zwar insgesamt angespannt, es wurden aber auch milliardenschwere Wiederaufbaufonds und Investitionsinstrumente auf EU-Ebene geschaffen (z. B. „NextGeneration EU“), um die EU und ihre Mitgliedstaaten durch die Krise zu bringen und zukunftsfit zu machen. Deren konkrete Mittelverteilung sowie die Ausgestaltung der regionalen Europapolitik im Rahmen der neuen EU-Förderperiode 2021-2027 haben für uns Priorität. Wir wollen das Hauptaugenmerk der Landespolitik darauf richten, was für die Menschen im Land und den Standort Schleswig-Holstein von Nutzen ist. Diese „Europapolitik von unten“ wird Erfolg haben, wenn sie die Lebensqualität der Menschen vor Ort verbessert.

- Wir wollen die Verwaltung der **EU-Fonds** auf Landesebene besser koordinieren und die Einwerbung von **EU-Fördermitteln** gezielt stärken. Dazu wollen wir Stellen zur Antragsberatung von Institutionen, Kommunen und privaten Partnern an EU-Projekten einrichten. Wir werden darauf achten, dass Schleswig-Holstein bei der Mittelvergabe aus den Wiederaufbaufonds und -programmen nicht zu kurz kommt.
- Wir wollen unser Hanse-Office in Brüssel und die Ministerien in Zusammenarbeit mit der Investitionsbank Schleswig-Holstein noch stärker darauf ausrichten, professionelle **Projektakquise** zu betreiben.
- Wir wollen die **Anschubfinanzierung** von EU-Projekten wieder einführen und prüfen, wie wir die Teilnahme der Wirtschaft an EU-Projekten weiter stärken können.
- Wir wollen, dass das Land sich im Rahmen seiner Möglichkeiten für **eine sozialere EU** einsetzt. Bei der Liberalisierung der Märkte und des Arbeitsmarktes müssen die Rechte der Arbeitnehmer:innen unbedingt gesichert werden. Innereuropäisches Lohndumping muss eingedämmt werden.

Gute Nachbarschaft mit den nordischen Ländern vertiefen

Wir setzen uns seit Jahrzehnten dafür ein, dass Schleswig-Holstein sich als ein Teil der nordischen Zusammenarbeit begreift. Schleswig-Holstein gehört zum gleichen Kulturkreis wie die skandinavischen Länder. In der deutsch-dänischen Zusammenarbeit haben wir in der Vergangenheit – insbesondere mit Anke Spoorendonk als damaliger Europaministerin – so viel erreicht wie nie zuvor. Schleswig-Holstein wird von den anderen nordischen Ländern zunehmend wahrgenommen.

Die temporären gegenseitigen Grenzschließungen in Reaktion auf die Coronapandemie waren hingegen eine schwere Belastung, nicht nur auf politischer Ebene, sondern vor allem für die Menschen der Grenzregion, deren Alltag auf beiden Seiten der Grenze stattfindet. Wir konnten vor Ort und mit unseren Kontakten und Sprachkenntnissen intensiv vermitteln, trösten und helfen. Diese Vermittlungsarbeit im Hintergrund und das gute Erbe aus unserer Arbeit in Regierungsverantwortung haben maßgeblich dazu beigetragen, dass unserer Grenzregion eine Sonderstellung innerhalb des dänischen Pandemiemanagements zugestanden wurde.

Nun gilt es, die insgesamt gute nordische Nachbarschaft weiter zu stärken. Wir wollen die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn auf allen Ebenen intensivieren, um gemeinsam den Wirtschaftsaufschwung nach der Coronapandemie zu ermöglichen und eine starke

Wachstumsregion im Norden Europas zu schaffen. Längerfristig eröffnen sich so nicht nur neue wirtschaftliche und politische Chancen, sondern es wird auch der gesellschaftliche Zusammenhalt innerhalb unserer Grenzregion gestärkt.

- Wir wollen die **grenzüberschreitende Mobilität in Beruf und Alltag** erhöhen. Vorrangiges Ziel muss sein, den wechselseitigen Zugang zu den Arbeitsmärkten und der Berufsausbildung zu verbessern. Wir wollen, dass vergleichbare Berufe schneller und leichter in Deutschland und in Dänemark anerkannt und weitere grenzüberschreitende deutsch-dänische Ausbildungen und Studiengänge eingeführt werden. Dazu gehört auch, in beiden Grenzregionen und der Fehmarnbeltregion die interkulturelle Begegnung und die Sprachkompetenz zu fördern.
- Wir wollen den **„Jütlandkorridor“** von Hamburg bis Skagen durch politische Vereinbarungen und infrastrukturelle Investitionen **stärken**. Schleswig-Holstein und Dänemark müssen gemeinsame Infrastrukturen planen, bedarfsorientiert ausbauen und unterhalten. Dabei wird der Auf- und Ausbau leistungsfähiger grenzüberschreitender Verkehrsinfrastrukturen auf beiden Entwicklungsachsen der Jütlandroute sowie der Fehmarnbelt-Achse den deutsch-dänischen Grenzregionen einen Wachstumsschub geben.
- Wir wollen die **Cluster-Politik in norddeutschen und grenzüberschreitenden Wirtschaftsbereichen** durch finanzielle Fördermaßnahmen und den Abbau rechtlicher Barrieren fördern und gezielt auf unsere Stärkepositionen – erneuerbare Energien, Wasserstoff, Ernährungswirtschaft, Tourismus und Erlebniswirtschaft, Maritime Wirtschaft, Gesundheitswirtschaft, Logistik – setzen.
- Wir wollen **grenzüberschreitende Hochschul- und Wissenschaftskooperationen** stärker im Verbund mit der Wirtschaft denken. Gemeinsame Studiengänge sollen gemessen an regionalen Stärkenpositionen und der regionalen Nachfrage an qualifizierter Arbeitskraft gestärkt und ausgeweitet werden. Daran anknüpfend wollen wir einen **deutsch-dänischen Hochschulverbund** etablieren, der gemeinsame Studiengänge und Forschung an den Hochschulen beiderseits der Grenze anbietet. So fördern wir ein attraktives Studieren ohne Grenzen.
- Wir wollen die **deutsch-dänische Kulturvereinbarung** von 2013 fortsetzen und ein **deutsch-dänisches Jugendwerk** etablieren. Wir wollen die Chancen nutzen, die das Interreg-A-Programm „Deutschland-Dänemark“ bietet, die Kulturkooperationen in der Grenzregion und in der Fehmarnbeltregion enger miteinander zu verzahnen.
- Wir wollen, dass unser Land im Verhältnis zum **Nordischen Rat**, dem Rat der nordischen Parlamente, eine **aktive Rolle** spielt. Wir wollen uns als Drehscheibe zwischen Nord- und Ostsee einbringen und unsere nordischen Kontakte weiter ausbauen.
- Wir wollen die **Zusammenarbeit mit dem Nordischen Rat** auf parlamentarischer Ebene intensivieren, um von der fruchtbaren Kooperation der nordischen Länder zu profitieren und unsere Positionen einbringen zu können.

Ostseestrategie: Ostseezusammenarbeit aktiv prägen

Die Ostseekooperation ist ein wichtiger Bestandteil der europäischen Zusammenarbeit und findet auf verschiedenen Ebenen statt. Wir wollen, dass die Ostseeregion sich strategisch als weltoffene und friedliche Region aufstellt. Dazu gehört, dass Schleswig-Holstein seine Rolle als Mitgestalter der Ostseepolitik weiter ausbaut. Unsere politischen Aktivitäten werden wir

auf Schwerpunktbereiche konzentrieren – entsprechend unseren besonderen schleswig-holsteinischen Interessen und Kompetenzen.

- Wir wollen an dem **gleichberechtigten Zusammenwirken** von regionalen und nationalen Parlamenten der **Ostseeanrainer** festhalten. Die Ostseeregion muss zur Wachstumsregion ausgebaut werden, insbesondere in den Bereichen Kultur, Minderheiten, Bildung, Wirtschaft, Forschung und Umwelt.
- Wir wollen Schleswig-Holstein als **maritime Modellregion** weiterentwickeln. Die Landesregierung soll bei der Weiterentwicklung der integrierten Meerespolitik der EU und auf dem Gebiet der Sicherheit auf See eine führende Rolle einnehmen.
- Wir wollen, dass der Bund mit den anderen Ostseeanrainern endlich mit der großangelegten **Beseitigung versenkter Weltkriegsmunition aus der Ostsee** beginnt. Die in der Ostsee gelagerte Munition aus dem 2. Weltkrieg muss unbedingt entschärft werden, sonst drohen gravierende Umweltauswirkungen.
- Wir wollen, dass der Bund mehr Ressourcen für eine **Umsetzung der EU-Ostsee-strategie** zur Verfügung stellt. Dazu gehört, dass die Kooperationen in den Bereichen Wissenschaft, Forschung und Innovation gefördert werden und die Weiterentwicklung in den Bereichen der Kultur- und Kreativwirtschaft vorangebracht wird.
- Wir wollen, dass das **Parlamentsforum Südliche Ostsee** verstärkt als regionale Plattform der Ostseekooperation genutzt wird und der Ostseeparlamentarier-konferenz Bericht erstattet.
- Wir wollen, dass Schleswig-Holstein sich verstärkt in den laufenden Reformprozess des **Netzwerkes der Ostseeregionen (BSSSC)** einbringt und mehr Verantwortung in der Arbeit dieses Netzwerkes übernimmt.
- Wir wollen die Organisation der schleswig-holsteinischen **„Hanse-Offices“** im Ost-seeraum straffen und eine stärkere Vernetzung mit anderen Partnern herbeiführen.

Nordseezusammenarbeit erneuern und vertiefen

Die Nordseekooperation birgt eine wichtige strategische Perspektive für Schleswig-Holstein. Wir wollen, dass die besonderen kulturellen und geschichtlichen Beziehungen sowie die persönlichen Kontakte der Nordseeanrainer gepflegt und ausgebaut werden.

- Wir wollen die Mitwirkung des Landes in der **Nordseekommission (NSC)** mit gut 30 Mitgliedsregionen weiterentwickeln.
- Wir wollen, dass parallel zu wirtschaftspolitischen Strategien auch eine verstärkte **kulturelle Zusammenarbeit** und ein Austausch beim Tourismusmarketing angestrebt werden.
- Wir wollen ausloten, in welchen Handlungsfeldern wir mit Partnern aus Schleswig-Holstein und anderen Nordseeanrainerstaaten **nachhaltige Projekte entwickeln** und Kooperationen aufbauen können.
- Wir wollen die **Zusammenarbeit** des Landes **mit der niederländischen Provinz Fryslân** (Friesland) und den angrenzenden Provinzen **Groningen und Drenthe** intensivieren und voranbringen. Dies ist eine konkrete Chance, die Kompetenzen der Minderheiten im Land zum Vorteil aller zu nutzen, denn die Niederlande sind einer der wichtigsten Außenhandelspartner der schleswig-holsteinischen Wirtschaft.

Außerdem kommt der Zusammenarbeit im Rahmen der interfriesischen Kulturarbeit eine besondere Rolle zu – zum Nutzen unserer konzeptionellen Kulturperspektiven in Schleswig-Holstein und der schleswig-holsteinischen Minderheitenpolitik.

- Wir wollen, dass auch nach dem Ausscheiden Großbritanniens aus der EU die Beziehungen zu unseren Nachbarn **im Nordseebereich** bestehen bleiben. Diese **Zusammenarbeit** soll verstetigt und ausgebaut werden.
- Wir wollen uns dafür einsetzen, dass **weitere Nordseeanrainerstaaten** und Regionen sich an der **Nordseezusammenarbeit** beteiligen. Die Nordseekommission ist die einzige Organisation, die sich als Stimme für die gesamte Nordsee versteht. Vor diesem Hintergrund werden wir auch unsere Mitwirkung in der Dachorganisation der peripheren Küstenregionen in Europa (KPKR) neu ausrichten.
- Wir wollen die **Nordseezusammenarbeit mit** unseren **anderen Kooperationsräumen** – unserer Ostseepolitik und dem Rahmenplan zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit – **verzahnen**.

Eine EU mit Perspektiven für junge Menschen

Im Leben junger Menschen hat die EU eine große Bedeutung. Viele kennen kein Leben ohne europäischen Frieden, Meinungs- und Pressefreiheit und die Möglichkeit, im Ausland zu studieren, zu arbeiten oder eine Ausbildung zu absolvieren. Dass dieser Zustand nicht garantiert ist, zeigen unter anderem der Austritt Großbritanniens aus der EU sowie die Coronapandemie, die innereuropäische Grenzschließungen, Kontaktbeschränkungen und Zukunftssorgen auslöste. Wie schon die Finanzkrise droht nun auch die Coronakrise auf Kosten gerade der jungen Menschen zu gehen. Dies wollen wir verhindern und rechtzeitig vorausschauend handeln. Wir sehen junge Menschen als wesentlichen Bestandteil der EU und wollen Perspektiven für sie schaffen, um gemeinsam eine starke EU der Zukunft zu gestalten.

- Wir wollen, dass die **europäische Jugendgarantie** weiterhin vom Bund umgesetzt und mit den nötigen Ressourcen ausgestattet wird.
- Wir wollen, dass **EU-Austauschprogramme** wie Erasmus+ weiter ausgebaut und entbürokratisiert werden.
- Wir wollen, dass die **Jugendarbeitslosigkeit** in der EU aktiv **bekämpft** wird.
- Wir wollen, dass die **EU-Jugendstrategie** weiterhin im Bund umgesetzt wird.
- Wir wollen die Einführung eines **Jugendchecks** auf europäischer Ebene, der die Auswirkung von neuen Gesetzen und Beschlüssen auf junge Menschen bewertet.

Europäische und internationale Kulturpolitik unterstützen

Die kulturelle Vielfalt in einem Europa der Regionen ist ein großer Schatz. Diese Vielfalt ist nicht nur auf die nationalen Kulturen und offiziellen Sprachen beschränkt – die kulturelle und sprachliche Dimension ist weitaus vielfältiger. Jeder siebte Mensch in Europa gehört einer autochthonen Minderheit oder Volksgruppe an.

Eine enge Verbundenheit mit den europäischen Regionen zeichnet ein friedliches Miteinander aus und birgt große Chancen für einen kulturellen Austausch. Unsere Region

spiegelt dies mit fünf Regional- und Minderheitensprachen, drei autochthonen Minderheiten und der Geschichte einer stetigen kulturellen Entwicklung wider.

Eine inkludierende migrantische Kultur gehört zur Kultur Europas. Kulturpolitik soll verbinden und darf nicht ausgrenzen. Kultur ist eine europäische Gesamtaufgabe, darum setzen wir uns für eine Stärkung von Kultur und Kulturpolitik auf der europäischen Ebene ein. Dies erfordert eine umfassende europäische Kulturinitiative.

- Wir wollen uns für die **Sicherung der Kunst- und Meinungsfreiheit in Europa** stark machen.
- Wir wollen eine **deutliche Erhöhung der EU-Kulturförderung**.
- Wir wollen die **künstlerischen Disziplinen fördern**, um Leitbilder für eine nachhaltige Gesellschaft vorzudenken. Der Kulturverträglichkeitsprüfung muss einen höheren Stellenwert bekommen.
- Wir wollen die friedensstiftende Wirkung von Kultur hervorheben. Die **UNESCO-Konvention „Kulturelle Vielfalt“** muss maßgeblich für kulturpolitisches Wirken angewendet werden.
- Wir wollen den **Dialog mit der Zivilgesellschaft** stärken, um europäische und nationale Zivilgesellschaften besser zu vernetzen. Die Expertise nationaler zivilgesellschaftlicher Organisationen muss in die **Sichtbarkeit des strukturierten Dialogs** eingebunden werden.
- Wir wollen, dass die **grenzüberschreitende Kulturarbeit** durch den Bund gefördert wird. Sie ist ein Motor für zukunftsweisende Entwicklung und stärkt den Zusammenhalt und den Frieden.

2.9 Unsere Gleichstellungspolitik: Gleichstellung endlich verwirklichen

Als Minderheitenpartei sind wir uns des Mehrwerts einer vielfältigen Gesellschaft bewusst. Wir wollen eine offene und inklusive Gesellschaft, frei von Diskriminierung und Ausgrenzung, darum ist die Gleichstellung aller Geschlechter für uns ein Grundsatz des politischen Handelns.

Das wollen wir erreichen:

Gleichstellung umsetzen

Die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe darf nicht vom Geschlecht oder der sexuellen Orientierung abhängig sein. Um dies zu garantieren, muss Geschlechtergerechtigkeit ein fester Bestandteil der Gesellschaftspolitik sein. Hier orientieren wir uns an den skandinavischen Ländern.

- Wir wollen, dass **alle** unabhängig ihres Geschlechts mit ihrer Arbeit **gleich viel verdienen**. Den **Gender-Pay-Gap** wollen wir **schließen**.
- Wir wollen, dass es zusätzlich zum **Recht** auf **Teilzeitarbeit** ebenso das Recht gibt, reduzierte Arbeitszeiten wieder **in Vollzeit umzuwandeln**. Die derzeitige Rechtslage stellt insbesondere für viele Frauen auf dem Arbeitsmarkt ein echtes Problem dar.
- Wir wollen die Erfüllung ausgewogener **Geschlechterquoten**.
- Wir wollen den Anteil von **Frauen in Führungspositionen** erhöhen.

Sichere Schwangerschaftsabbrüche

Wir unterstützen die Abschaffung des Paragrafen 219a StGB. Es muss Ärzt:innen möglich sein, öffentlich über Schwangerschaftsabbrüche und Methoden zu informieren, ohne dass ihnen strafrechtliche Ermittlungen drohen. Ungewollt Schwangeren müssen sachliche Informationen niedrigschwellig zugänglich sein.

Außerdem wollen wir die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs voranbringen. Im Sinne der Selbstbestimmung und Wahlfreiheit stehen wir hinter einer Reform des § 218 StGB. Statt generell rechtsbrüchigen Schwangerschaftsabbrüchen, die nur unter bestimmten Umständen strafffrei bleiben, wollen wir eine gesetzliche Regelung nach dänischem Vorbild. Diese soll die Rechte und Pflichten von Schwangeren, Ärzt:innen und medizinischen Einrichtungen festlegen und beinhaltet für ungewollt Schwangere ein generelles Recht auf den Schwangerschaftsabbruch bis zum Ende der 12. Schwangerschaftswoche. Auch Schwangerschaftsabbrüche nach Ablauf dieser Frist sollen nach dänischem Vorbild geregelt werden.

- Wir wollen für einen **sicheren und diskriminierungsfreien Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen** sorgen. Statt der Pflichtberatung wollen wir ein Beratungsangebot, das für alle freiwillig und unkompliziert erreichbar ist.
- Wir wollen eine **Verbesserung der Quantität und Qualität der medizinischen Versorgung** im Falle von Schwangerschaftsabbrüchen, wirkliche Freiheit der Information und der Methodenwahl und wohnortnahe Zugänge zu medizinischen Einrichtungen.

- Wir wollen **ungewollt Schwangere** vor „Gehwegbelästigungen“ auf dem Weg zu Krankenhäusern und Praxen **schützen**.

LSBTIQ* gleichstellen

Es ist noch ein weiter Weg bis zu einer echten Gleichstellung aller Menschen in unserer Gesellschaft. Lesbische, schwule, bisexuelle, intersexuelle und Trans*Personen werden weiterhin diskriminiert und rechtlich benachteiligt.

- Wir wollen, dass **heterosexuelle und homosexuelle Paare** in Fragen der Elternschaft **gleichgestellt** werden.
- Wir wollen ein **Bund-Länder-Programm gegen LSBTIQ*-feindliche Gewalt**. Dieses soll Präventionsmaßnahmen sowie Konzepte für die Fort- und Weiterbildung von Polizei und Justiz und die Unterstützung von Opferhilfeeinrichtungen beinhalten.
- Wir wollen, dass **geschlechtliche und sexuelle Vielfalt** in allen Lebensbereichen sichtbarer wird, um deren **Akzeptanz** zu fördern.
- Wir wollen **Artikel 3 des Grundgesetzes** um das Merkmal „sexuelle Identität“ **ergänzen** und dies über eine Bundesratsinitiative einfordern.
- Wir wollen die geltenden Richtlinien für gesetzlich krankenversicherte **Trans*Personen** im Sinne einer **bedürfnisorientierten Gesundheitsversorgung** überarbeiten. Dazu gehört die Kostenübernahme geschlechtsangleichender Operationen, angemessene medikamentöse Versorgung und das Recht auf Beratung für transidente Menschen.

Bessere Organisation des politischen Betriebes

der Gleichheitsgrundsatz durchgesetzt werden kann, ist es wichtig, dass auf politischer Ebene feste und nachprüfbare Ziele beschlossen und erfüllt werden. Wir sind davon überzeugt, dass mehr sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sich positiv auf Demokratie und Gesellschaft auswirkt.

- Wir wollen, dass eine ausgeglichene **Geschlechterparität in Parlamenten und Volksvertretungen** als gesellschaftliches Ziel gilt. Für das existierende Missverhältnis ist auch die Organisation des politischen Betriebs ausschlaggebend, darum fordern wir ein Umdenken im politischen Alltag. Es gilt, eine familienfreundlichere Ausgestaltung einzuleiten und zu überdenken, zu welchen Uhrzeiten Gremiensitzungen stattfinden.
- Wir wollen eine **gerechte** Aufteilung der **Elternzeit** für Mütter und Väter.
  Die Inanspruchnahme der Elternzeit darf keinen negativen Einfluss auf die berufliche Weiterentwicklung haben.
- Wir wollen jungen Eltern ein **Mandats-Splitting** ermöglichen. Auch Abgeordnete sollen ihren Job pausieren können, wenn sie ein Kind bekommen haben. Für diese Zeit übernimmt ein:e Nachrücker:in der Liste das Mandat.
- Wir wollen eine **geschlechtergerechte Haushaltsführung** im Land. Investitionen und Fördergelder müssen nach geschlechtergerechten Kriterien vergeben werden. In landespolitischen Entscheidungsprozessen müssen unterschiedliche Auswirkungen auf die Geschlechter berücksichtigt werden.

- Wir wollen eine Gesellschaft, in der die **partnerschaftliche Arbeitsteilung**, die **Selbstverwirklichung aller Menschen** und die **sexuelle Selbstbestimmung** nicht mehr an das Geschlecht gekoppelt sind.

2.10 Unsere Innen- und Rechtspolitik: Die Rechte der Menschen in den Mittelpunkt stellen

Wir stehen für eine Innen- und Rechtspolitik, bei der die Menschen und ihre Rechte im Mittelpunkt stehen. Terrorismus, Einbruchskriminalität und andere Formen des strafbaren Handelns gilt es konsequent vorzubeugen, wirkungsvoll zu bekämpfen, zu verfolgen und zu bestrafen. Hierfür müssen wir die Justiz nachhaltig und ausreichend stärken.

Außerdem stehen wir für eine Innen- und Rechtspolitik, die auf oberflächliche Symbolpolitik und vermeintlich einfache Lösungen verzichtet. Bürgerliche Freiheits- und Persönlichkeitsrechte dürfen nur dann zugunsten der Handlungsmöglichkeiten von Sicherheitsbehörden eingeschränkt werden, wenn die Maßnahmen unbedingt erforderlich sind, es kein anderes geeignetes Mittel zum selben Zweck gibt und die Maßnahmen wirklich geeignet sind, ihr Ziel zu erreichen.

Es gilt, unsere demokratische Gesellschaft vor Schäden zu bewahren. Populist:innen und Extremist:innen, die unsere parlamentarische Demokratie bekämpfen, bekommen Zulauf, und auch in der breiten Bevölkerung macht sich vermehrt Unzufriedenheit über unser politisches System breit. Diese Entwicklung dürfen wir nicht verschweigen und müssen vielmehr die konkreten Sorgen ernst nehmen. Demokratische Teilhabe muss erweitert werden.

Daraus folgt die politische Verpflichtung, sich für gleichwertige Lebensverhältnisse einzusetzen und diejenigen zu unterstützen, die auf staatliche Hilfe angewiesen sind. Es muss sichergestellt werden, dass Benachteiligten geholfen wird, ausreichend Wohnraum vorhanden ist und flächendeckend schnelles Internet ausgebaut wird.

Das wollen wir erreichen:

Eine leistungsfähige und bürgerorientierte Justiz

Um diese Rechte und Werte zu schützen, braucht es eine leistungsfähige und bürger:innenorientierte Justiz. Eine gut arbeitende Justiz ist von hohem Wert für die Menschen, die Wirtschaft und die ganze Gesellschaft. Die Unabhängigkeit der Justiz ist ein hohes Gut, dass nicht durch politische Vorgaben und Einflussnahme ausgehöhlt werden darf. Nur bei guter Ausstattung kann die Justiz die Sicherung oder die Wiederherstellung des Rechtsfriedens erfolgreich gewährleisten.

- Wir wollen die **Justiz besser ausstatten**. Der **Stellenaufbau** muss konsequent weitergeführt werden. Zudem setzen wir uns für eine möglichst vielfältige Besetzung der Planstellen ein.
- Wir wollen die **Digitalisierung der Justiz** vollziehen. E-Justiz und E-Government wollen wir weiter voranbringen.
- Wir wollen mehr **Spezialisierung in den Behörden der Justiz**, um den Zivilprozess modern, attraktiv und effektiv zu gestalten. Zum einen wird die Lebenswirklichkeit zunehmend komplexer, zum anderen hat die Anwaltschaft darauf durch eine weitreichende Spezialisierung reagiert. Wir werden uns dieser Debatte verstärkt stellen. Bei einer bundesgesetzlichen Regelung werden wir uns für definierte Länderöffnungsklauseln stark machen.
- Wir wollen, dass das Prinzip der **Öffentlichkeit bei Gerichtsverhandlungen weiterentwickelt** und das **Verbot von Ton- und Filmaufnahmen** in unseren

Gerichten **gelockert** wird. Wir setzen uns dafür ein, dass die Diskussion zwischen Justiz und Medien weitergeführt wird, da beide Seiten von Transparenz profitieren.

- Wir wollen uns beim Bund für eine **Reform der Bundesrichterwahl** stark machen, um die Bestenauslese und somit auch die Entscheidungswege transparenter zu gestalten.
- Wir wollen **außergerichtliche Formen** der Beilegung von Rechtsstreitigkeiten – von der Mediation bei der:dem Güterichter:in bis hin zum Täter:in-Opfer-Ausgleich – als wichtige Ergänzungen unseres Rechtssystems weiter stärken.
- Wir wollen die Betreuung aus einer Hand im neuen **„Schleswig-Holstein-Modell“ im Betreuungswesen** weiterentwickeln und **stärken**. Die Koordinierung von Berufsbetreuung und ehrenamtlicher Betreuung sowie die Ausbildung von Vorsorgelots:innen sind ein echter Gewinn für alle Beteiligten.
- Wir wollen, dass Schleswig-Holstein sich weiter auf Bundesebene für eine **Neuformulierung der Tötungsdelikte im Strafgesetzbuch** stark macht. Das zurzeit im StGB vorhandene Weltbild und die verwendete Sprache gehen auf Juristen im Nationalsozialismus zurück und müssen dringend umformuliert werden. Eine Bundesratsinitiative auf Anregung des SSW hat maßgeblich dazu beigetragen, dass der Bund eine Expertengruppe einsetzte, die eine mögliche Reform ausgearbeitet hat.
- Wir wollen, dass die Justiz in Schleswig-Holstein sich auch weiterhin der Verantwortung stellt, die **Geschichte der schleswig-holsteinischen Justiz in der Nazizeit** und in der Zeit nach 1945 aufzuarbeiten.
- Wir wollen die baulichen Mängel in den **Strafvollzugsanstalten** beheben und die Anstalten **baulich modernisieren**.
- Wir wollen die **Personalsituation** unserer Strafvollzugsanstalten **stärken** und uns für eine nachhaltige Nachwuchsgewinnung einsetzen.

Landespolizei stärken und weiterentwickeln

- Wir wollen eine **moderne und gut ausgerüstete Landespolizei**. Der **Stellenaufbau** muss konsequent weitergeführt werden. Dazu gehört auch eine gute Entlohnung der Polizist:innen, damit wir junge Leute für diesen wichtigen Dienst gewinnen können.
- Wir wollen, dass die **Polizei mehr IT-Expert:innen** bekommt. Dafür müssen wir eine der Ausbildung angemessene Besoldung dieser Fachkräfte umsetzen und ihnen Zukunfts- und Aufstiegsperspektiven bieten.
- Wir wollen, dass auch die künftige Landesregierung sich dafür einsetzt, die **Landespolizei** perspektivisch **zu gleichen Teilen mit Frauen und Männern** zu besetzen, und verstärkt auch Menschen mit Migrationshintergrund eingestellt werden.
- Wir wollen, dass die Landespolizei **mehr elektrisch betriebene Fahrzeuge** für den innerstädtischen Dienst bekommt.
- Wir wollen, dass **illegaler Waffenbesitz** intensiver **bekämpft** sowie **legale Waffen** und deren sichere Verwahrung weiterhin **engmaschig** durch die Behörden **kontrolliert** werden.

- Wir wollen das **Verhältnis zwischen Bürger:innen und Polizei stärken** und stehen für die Fortsetzung der Arbeit der:des Landespolizeibeauftragten. Wir wollen Forschungen finanzieren, die die Entstehungsbedingungen von Gewalt wissenschaftlich untersuchen und dabei besonders Interaktionsprozesse, institutionelle Bedingungen und Präventionsmöglichkeiten in den Blick nehmen.
- Wir wollen, dass **Zweisprachigkeit** in relevanten Positionen, etwa im Grenzgebiet oder in bestimmten Stadtteilen oder Regionen, stärker berücksichtigt wird. Regional- und Minderheitensprachen müssen **Teil des Anforderungsverfahrens** sein.

Strafbares Handeln präventiv bekämpfen

- Wir wollen den **Erwerb von Waffenscheinen und Waffen erschweren** und den Besitz von Waffen besser und effektiver kontrollieren.
- Wir wollen **Aussteigerprogramme** weiter **fördern** und politische Bildung stärken.
- Wir wollen die **Bewährungshilfe und Resozialisierung** von Straftätern weiter qualitativ **verbessern**.

Schutz vor Gewalt sicherstellen

- Wir wollen einen bundesweit geltenden **Rechtsanspruch auf Hilfe** für alle von Gewalt betroffenen Personen.
- Wir wollen eine **angemessene Finanzierung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen**. Die Strukturen hierfür müssen erhalten und weiter verbessert werden.
- Wir wollen eine Fortsetzung des Investitionsprogrammes **„Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“** nach 2023, um Neu-, Um- und Ausbau von Frauenhäusern zu fördern.
- Wir wollen eine **bessere Ausstattung für** die **Fachberatungsstellen**, damit Betroffene von digitaler Gewalt Technikberatung und Hilfeleistung erhalten können.
- Wir wollen mehr Mittel für den Aufbau von **Männerschutzprojekten** in die entsprechende Fachberatung und Coachingangebote investieren.
- Wir wollen die **Angebote für** die Menschen, die **Opfer eines Verbrechens** wurden, ausbauen und verstetigen. Hierbei soll auch mit bestehenden Strukturen wie dem „Weißen Ring“ zusammengearbeitet werden.

Demokratische Teilhabe in unserer sozialen Gemeinschaft stärken

Wir bekennen uns ausdrücklich zur repräsentativen Demokratie. Diese funktioniert jedoch nur, wenn weite Teile unserer Gesellschaft die Chance zur demokratischen Teilhabe erhalten. Viele gesellschaftliche Organisationen leisten mit ihrer Aufklärungsarbeit und der Unterstützung von Opfern rechtsradikaler Angriffe einen wichtigen Beitrag für unsere Demokratie. Wir sind der Meinung, dass die Politik diese Arbeit nicht als selbstverständlich ansehen darf und sie vielmehr aktiv unterstützen muss.

- Wir wollen ein **Wahlrecht für Drittstaatenangehörige und Staatenlose** bei Kommunalwahlen. Alle Menschen, die dauerhaft ihren Lebensmittelpunkt in Schleswig-Holstein haben, sollen ein aktives und passives kommunales Wahlrecht erhalten.
- Wir wollen, dass in den Kommunen **Integrationsbeiräte** eingerichtet werden, um die Integration von ausländischen Mitbürger:innen zu erleichtern.
- Wir wollen ein **Demokratieförderungsgesetz**, das gesellschaftliche Organisationen in ihrer Arbeit langfristig und angemessen unterstützt.
- Wir wollen den Menschen in Schleswig-Holstein das Recht geben, bei landesspezifischen Grundrechten **Verfassungsbeschwerde** einzulegen.
- Wir wollen eine bessere **Anerkennung und Würdigung des Ehrenamtes**. Die bestehenden Freistellungsmöglichkeiten von der Arbeit und Steuervorteile müssen erweitert werden. Außerdem müssen sich Ehrenamtliche flächendeckend vernetzen können.
- Wir wollen die **Einrichtung von Bürgerräten** auf Landes- und kommunaler Ebene prüfen. Bürgerräte, in denen sich repräsentativ ausgewählte Bürger mit bestimmten Problemstellungen befassen und Vorschläge für die Politik erarbeiten, können eine sinnvolle Ergänzung unserer repräsentativen Demokratie sein.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Es gibt ein Menschenrecht auf Wohnen. Dafür braucht es auch eine gerechte Sozialraumplanung. Wir wollen vielfältige Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser, inklusives, barrierefreies Wohnen und einen bezahlbaren Wohnungsbau nach dem Prinzip der Gemeinwohlökonomie ermöglichen.

Die Preise für Einfamilienhäuser und die Mieten für Wohnungen sind auch in Schleswig-Holstein stark angestiegen. Die Coronapandemie hat noch einmal deutlich gemacht, wie wertvoll ein gutes Zuhause ist. Wohnen darf nicht zum Luxusgut werden, darum muss das Land den Kommunen in Schleswig-Holstein helfen, mehr öffentlichen, sozialen Wohnraum zu schaffen.

- Wir wollen es Kommunen ermöglichen, eine **Fehlbelegungsabgabe** zu erheben, um so weiteren **sozialen Wohnraum** schaffen zu können.
- Wir wollen ein **Wohnraumschutzgesetz**, damit die Kommunen bei unzumutbaren Wohnverhältnissen umgehend eingreifen können.
- Wir wollen **mehr Investitionen** für öffentlichen Wohnraum zur Verfügung stellen.
- Wir wollen, dass die **Förderung von Genossenschaftsmodellen**, z. B. durch Steuerbegünstigungen, erleichtert wird.
- Wir wollen die Gründung von **kommunalen Wohnungsgesellschaften** finanziell unterstützen.
- Wir wollen **soziale Wohnprojekte** fördern, damit ein selbst gewähltes Wohnumfeld in der Mitte der Gesellschaft zur Normalität wird.
- Wir wollen Konzepte wie **„Housing First“** aus Finnland umsetzen, um **Wohnungslosigkeit** gezielt zu **bekämpfen**. Kern des Konzepts ist es, den Menschen eine

Wohnung zur Verfügung zu stellen, ohne dies an bestimmte Bedingungen zu knüpfen. Es führt nachweislich zur Stabilisierung der Lebensverhältnisse.

- Wir wollen **Wohnraum nach skandinavischem Vorbild** entwickeln und neue Förderprogramme schaffen, die Kommunen Anreize geben, Wohnungsrenovierungen und -neubauten ganzheitlich, energieeffizient und generationsgerecht zu planen.
- Wir wollen, dass mehr Flächen für **alternative Wohnangebote**, z. B. Tiny Houses, bereitgestellt werden.
- Wir wollen einen **Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer** beim Ersterwerb eines selbstgenutzten Eigenheimes einführen, um junge Familien zu unterstützen.

Schnelles Internet flächendeckend ausbauen

Durch die zunehmende Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft wird der Ausbau der digitalen Infrastruktur immer notwendiger. Schnelles Internet ist ein entscheidender Standortfaktor für die Zukunftsfähigkeit der Gemeinden. Gerade im ländlichen Raum ist die flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet aber bei weitem noch nicht erreicht.

- Wir wollen, dass der Bund den **Ausbau des schnellen Internets** auch in den nächsten Jahren weiter voranbringt und die Gemeinden dabei unterstützt, Lösungen vor Ort zu erarbeiten. Schnelles Internet gehört zur Daseinsvorsorge, das Recht darauf muss gesetzlich geregelt werden.
- Wir wollen den **Glasfaserausbau vorantreiben** und streben eine flächendeckende Versorgung bis 2028 an.
- Wir wollen, dass Bund, Land und Kommunen es ermöglichen, alle **Behördengänge** auch **digital** zu **erledigen**.
- Wir wollen, dass die Möglichkeit der **digitalen Verschlüsselung privater Daten** und Kommunikation bestehen bleibt. Das bestehende Recht, selbstbestimmt über Ihre Daten verfügen zu können, darf nicht ausgehebelt werden.
- Wir wollen die **Netzneutralität** – also eine diskriminierungsfreie Übertragung von Daten im Internet – wahren und uns dafür einsetzen. Digitale Chancengleichheit ist eine Voraussetzung für Innovation und freie Entfaltung.

Schleswig-Holstein als Sportland an die Spitze bringen

In der Coronapandemie hat sich besonders bemerkbar gemacht, wie wichtig Sport für den Erhalt der Lebensqualität und die Gesundheit ist. Sport ist ein verbindendes Element in unserer Gesellschaft, besonders für Kinder und Jugendliche, und muss insbesondere in der Schule und der frühkindlichen Bildung eine noch größere Rolle spielen.

- Wir wollen den **Profi- und Freizeitsport** in allen Bereichen **unterstützen**.
- Wir wollen, dass **Sportangebote** stärker **in** die Ausrichtung von **Ganztagsschulen** integriert werden.
- Wir wollen, dass auch in Schleswig-Holstein ein **eigenständiger Olympia- und paralympischer Stützpunkt** eingerichtet wird, an dem Leistungssport stattfindet und die Athlet:innen in ihrer Ausbildung unterstützt werden.

- Wir wollen, dass Schleswig-Holstein sich bei einer breiten gesellschaftlichen Zustimmung auch in Zukunft darum bewirbt, **große Sportevents** durchzuführen.
- Wir wollen dafür sorgen, dass **Sportstätten und Schwimmhallen saniert** werden. Gemeinden und Vereine als Träger können die erforderlichen Sanierungs- oder Neubaumaßnahmen oft nicht allein durchführen; hier bedarf es gezielter Förderprogramme. Der Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten läuft 2024 aus – wir wollen uns beim Bund für eine Neuauflage stark machen.

E-Sport besser fördern

Sport wird längst nicht mehr ausschließlich auf Sportplätzen, in Turnhallen oder Schwimmbädern betrieben, sondern auch an Computern und Konsolen. E-Sport ist längst in der Gegenwart angekommen, wie E-Sport-Ligen, -Vereine und -Weltmeisterschaften beweisen. Die hohen psychischen Anforderungen an E-Sportler:innen und die erforderliche körperliche Fitness, um diesen Sport auf hohem Niveau ausführen zu können, sind Grund genug, E-Sport als Sportart anzuerkennen.

Der Ausbau von professionellen Strukturen und die Förderung von E-Sport-Talenten sind notwendig, um E-Sportler:innen die Möglichkeit zu geben, ihr Talent voll auszuschöpfen. Hier leisten Bund und Länder mittlerweile einen wichtigen Beitrag durch Förderprogramme, die es zu verstetigen gilt.

- Wir wollen, dass **E-Sport als offizielle Sportart anerkannt** wird, um den Weg für Fördermittel und den Aufbau von professionellen Strukturen freizumachen. Die Definition von E-Sport sollte wettbewerblichen Kriterien und nicht dem Anspruch einer Simulation etablierter Sportarten folgen: Wenn Schach ein Sport ist, dann kann ein wettkampfbasiertes Strategiespiel am Computer es auch sein.
- Wir wollen, dass der **Aufbau einer** transparenten, professionellen und mehrstufigen **Liga- und Turnierstruktur** gefördert wird.
- Wir wollen den § 52 Absatz 2 der **Abgabenordnung anpassen** und **E-Sport in** den Vorschriften über die **Gemeinnützigkeit verankern**.
- Wir wollen das **E-Sport-Landeszentrum** weiter fördern und durch eine **E-Sport-Akademie** an der Fachhochschule Westküste auch den wissenschaftlichen Unterbau für Training und Vermarktung des E-Sports schaffen.
- Wir wollen **E-Sport in klassischen Sportvereinen** und auch auf kommunaler Ebene weiter fördern.

Gleichberechtigung für alle Menschen durchsetzen

Alle Menschen sollen gleichberechtigt an allen Prozessen teilhaben und sie mitgestalten können – unabhängig von individuellen Fähigkeiten, ethnischer oder sozialer Herkunft, Geschlecht oder Alter. Kein Mensch darf aufgrund von Herkunft, Sprache, sozialem Status, Geschlecht, Religion, Alter oder sexueller Identität benachteiligt werden. Dies erfordert nicht nur, dass Diskriminierung beobachtet und sanktioniert wird, sondern vor allem, dass der Staat auf allen Ebenen die Teilhabe aller aktiv fördert.

- Wir wollen eine **inklusive Gesellschaft** mit Toleranz gegenüber der Verschiedenheit der Menschen. Alle Gruppen sollen als gleichberechtigt und schützenswert angesehen werden, statt zu favorisieren oder gar zu benachteiligen.
- Wir wollen **Toleranz und Gleichberechtigung** auch zu einem Teil unserer **internationalen Zusammenarbeit** machen.

Stärkere Auseinandersetzung mit rassistischem Denken und Handeln vorantreiben

Wir müssen uns, auch aus einer historischen Verantwortung heraus, gesellschaftlich weiter damit auseinandersetzen, wie wir rassistischem Denken und Handeln entgegenwirken können. Dabei wissen wir, dass Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit keine Phänomene des rechten Randes sind, sondern auch dort wirken, wo wir gerne von der „Mitte der Gesellschaft“ sprechen. Wir brauchen ein aktiv antirassistisches politisches Handeln.

Dies beinhaltet auch eine bessere Präventionsarbeit. Die Entwicklung von Lehrmaterial zur Förderung von Toleranz und Menschenrechten ist ein wichtiger Baustein, wir müssen aber auch Menschen außerhalb der Bildungssysteme ansprechen.

- Wir wollen, dass **kein Mensch** wegen der Hautfarbe, vermeintlichen Herkunft, vermuteten Religion oder anderer Zuschreibungen **diskriminiert** wird. Das betrifft sowohl Situationen des Alltagsrassismus als auch indirekte institutionelle Diskriminierung.
- Wir wollen, dass die **Aktionspläne gegen Rassismus** auf EU-, Bundes- und Landesebene **unterstützt** werden. Neben mehr Forschung zum Thema Rassismus fordern wir außerdem den Ausbau zivilgesellschaftlicher Beratungsstellen und die Stärkung von Selbstorganisationen von Menschen, die selbst von Rassismus betroffen sind.
- Wir wollen, dass der Umgang mit dem **kolonialen Erbe Schleswig-Holsteins** in den Fokus gerückt wird. Dabei soll transparent und ohne Vorfestlegung über die Namensgebung von Straßen, Orten und Plätzen vor Ort debattiert werden. Entscheidend ist der offene Diskurs über unsere koloniale Vergangenheit.
- Wir wollen, dass **jüdische Menschen in Sicherheit leben** und ihren Glauben frei und ohne Angst ausüben können. Jüdisches Leben ist ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft – wir wollen jüdische Kultur unterstützen und sichtbarer machen. Daher setzen wir uns für die Fortführung der Arbeit einer:eines Landesbeauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus ein und wollen die antisemitismuskritische Bildungsarbeit im Land stärken. Den Kontakt mit den jüdischen Gemeinden wollen wir intensivieren und Besuche von Schulklassen an Gedächtnisorten weiter fördern. Wir stellen uns **gegen** jede Form von **Antisemitismus**.

2.11 Unsere Integrationspolitik: Die Menschen müssen im Mittelpunkt stehen

Deutschland hat seit 2015 viele Flüchtlinge aufgenommen und sie oft auch als Schutzbedürftige anerkannt. Das war der richtige Weg. Gleichzeitig wurde aber an vielen Stellen das Aufenthaltsrecht verschärft und die Hürden für eine Anerkennung erhöht.

Viele Geschehnisse in der Flucht- und Integrationspolitik haben zuletzt den Eindruck vermittelt, wir würden uns von einem Ausnahmezustand in den Nächsten steigern. Wir hören von vollkommen überfüllten Lagern, in denen es zu wenig Nahrung und Trinken gibt, Menschen keine Medikamente bekommen und in unmöglichen hygienischen Zuständen leben. Immer wieder erfahren wir von illegalen Pushbacks, Häfen, die für Rettungsschiffe schließen, oder Seenotrettungsorganisationen, die Repressalien ausgesetzt sind. Dabei schieben verschiedene politische Ebenen Verantwortung von sich weg oder einander zu, während Menschen an den Außengrenzen der EU das Recht auf ein faires Asylverfahren verwehrt wird.

Wir empfinden es als Selbstverständlichkeit und moralische Pflicht, verfolgten, entwurzelten und geflohenen Menschen zu helfen. Wir wollen diese Menschen nicht nur dulden. Unser Anspruch ist es, Menschen in Not Leben, Arbeit und demokratische Teilhabe zu ermöglichen.

Wir stehen für eine Asyl-, Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik, in der unser Land seine Verantwortung für die Menschen übernimmt, die aufgrund von Krieg, Klima- und Naturkatastrophen oder Hungersnöten ihre Heimat verlassen mussten oder die wegen ihres Geschlechts, ihrer Abstammung, ihrer Sprache, ihrer Herkunft, ihres Glaubens, ihrer religiösen oder politischen Anschauungen, einer Behinderung, ihres Alters oder ihrer sexuellen Identität verfolgt oder benachteiligt werden.

Das wollen wir erreichen:

Integration fördern

Wir stehen für eine Weiterentwicklung einer humanen Willkommenskultur für Geflüchtete, damit sie gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

- Wir wollen ein offizielles **Landesintegrationsministerium** zur Bündelung der Kompetenzen und Ressourcen, die sich mit dieser Aufgabe befassen.
- Wir wollen das **Integrations- und Teilhabegesetz novellieren**, damit es seinem Namen auch gerecht wird und Integrationsstrukturen stärkt.
- Wir wollen, dass die **Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen** vorangetrieben wird.
- Wir wollen eine möglichst **unbürokratische Arbeitsvermittlung**. Vor allem in den Mangelbereichen in der Pflege, im Gesundheits- und im Bildungswesen muss es deutlich leichter werden, eine Arbeit aufzunehmen.
- Wir wollen einen kostenfreien Zugang zu **Bildungsangeboten für alle Altersgruppen** sicherstellen.
- Wir wollen den bedarfsgerechten Ausbau und die kontinuierliche Förderung von **kostenlosem Unterricht von Deutsch als Zweitsprache** (DaZ) und der entsprechenden DaZ-Strukturen.

- Wir wollen, dass vor Ort feste **kommunale Integrationsbeiräte** eingerichtet werden. Um die Integration von Migrant:innen zu verbessern, muss auch die Möglichkeit der politischen Mitgestaltung gegeben sein.

Geflüchtete unterstützen

Wir lehnen Verschärfungen des Asylrechts ab und wollen ein humanitäres Bleiberecht mit gesetzlichen Regelungen und realistischen Anforderungen für eingewanderte und geflüchtete Menschen. Stichtagsunabhängigkeit, Ansprüche an die Lebensunterhaltssicherung, Ausübung einer Erwerbstätigkeit, verlässliche Perspektiven für die Kinder und eine rechtmäßige Aufenthaltserlaubnis gehören dazu.

Die Abschiebehaft bleibt für uns ein Instrument, das wir mit aller Inbrunst ablehnen. Ein vergebliches Asylgesuch darf nicht zum Freiheitsentzug führen, denn Menschen, die nichts verbrochen haben, gehören nicht in Haft. Wir unterstützen Abschiebestopps für Flüchtlinge in den Wintermonaten, damit abgelehnte Asylbewerber:innen nicht bei der Rückkehr in ihre Herkunftsländer Kälte und Schnee ausgesetzt sind.

- Wir wollen eine **Änderung des Landesaufnahmegesetzes**, die es Kommunen ermöglicht, über die verbindliche Quote hinausgehend Geflüchtete aufzunehmen, wenn sie dies wünschen. Außerdem wollen wir weitere Möglichkeiten für besondere Landesaufnahmeprogramme nutzen, insbesondere für vulnerable Gruppen.
- Wir wollen, dass ein **Rechtsanspruch auf niedrigschwellige Hilfen** besteht. Migrationssozialberatung, Hilfe durch Traumapädagog:innen sowie psychologische Hilfen für Erwachsene, Kinder und Jugendliche müssen für alle erreichbar sein und brauchen eine **dauerhafte Perspektive** durch eine verlässliche institutionelle Förderung des Landes. Junge Menschen, die Jugendhilfemaßnahmen bekommen, müssen auch über das Alter von 18 hinaus an diesen Angeboten teilnehmen können.
- Wir wollen die Anzahl der **Deutschkurse für Geflüchtete** erhöhen. Zur gelungenen Integration der Geflüchtete gehört ein schneller Erwerb der deutschen Sprache.
- Wir wollen den **freien Zugang zu** umfassenden **Gesundheitsleistungen** herstellen. Die Gesundheitskarte soll in diesem Fall als Türöffner dienen.
- Wir wollen, dass der **Bund** die **Flüchtlingsarbeit** von Land und Kommunen angemessen **finanziert**.
- Wir wollen einen **Runden Tisch Interkultur** einrichten, bei dem mehrmals im Jahr migrantische Kulturvereine und ausgewählte Kultureinrichtungen zusammenkommen, um sich gemeinsame Initiativen zu überlegen.

Interkulturellen und interreligiösen Austausch fördern

- Wir wollen eine **Kulturinitiative** für den kulturellen Austausch mit unseren zugewanderten Mitbürger:innen starten.
- Wir wollen den **interreligiösen Dialog fördern** und die Religionsgemeinschaften des Landes darin bestärken, gemeinsame Projekte umzusetzen. Hier müssen die Bedürfnisse der Religionsgemeinschaften im Mittelpunkt stehen.
- Wir wollen einen **respektvollen Austausch** über die Grenzen einzelner Religionsgemeinschaften hinweg unterstützen.

2.12 Unsere Kulturpolitik: Kultur muss gefördert werden

Wir sehen Kultur als Kernaufgabe des demokratischen Gemeinwesens an und setzen uns für die demokratische Teilhabe an Kultur für die gesamte Gesellschaft ein. Das Recht auf kulturelle Teilhabe prägt unsere Sicht auf die Kulturlandschaft: Es reicht nicht, den Stellenwert von Kultur zu benennen, er muss auch politisch ausgeformt werden. Unsere Bürger:innen müssen sich Kultur leisten können. Wir wollen den Zugang zu Kultur erleichtern und Teilhabe für alle real umsetzen. Das oberste Ziel unserer Kulturpolitik ist es, möglichst vielen Menschen den Zugang zu Kulturinstitutionen und -veranstaltungen zu ermöglichen.

Wir setzen uns dafür ein, unser materielles und immaterielles Kulturerbe zu erhalten und zugänglich zu machen, Kultureinrichtungen und Kulturschaffende zu stärken, die Digitalisierung unserer Gesellschaft kulturell zu begleiten und umzusetzen. Außerdem wollen wir Kulturtourismus sowie Kultur- und Kreativwirtschaft zu fördern.

Kultureinrichtungen möchten wir strukturell absichern und Kulturförderungen erhöhen. Es ist uns wichtig, dabei auch die Vielfältigkeit unserer kulturellen Landschaft zu erhalten. Theater, Kabarett, Kinos, Museen, Bibliotheken, Orte der Jugendkulturen oder soziokulturelle Zentren stehen nicht in Konkurrenz zueinander, sondern ermöglichen verschiedenen Menschen gleichwertig die Teilhabe am kulturellen Leben.

Auch minderheitenpolitisch ist kulturelle Vielfalt ein landesspezifisches Merkmal Schleswig-Holsteins. Dän:innen, Fries:innen, Deutsche, Sinti:zze und Rom:nja sowie Migrant:innen prägen seit Jahrhunderten das kulturelle Leben in unserem Land. In der Grenzregion erleben wir zudem täglich, dass auch Nachbarkulturen eine Wirkung auf die Gesellschaft haben. Wir wollen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Kultur- und Veranstaltungswirtschaft ausbauen, sowohl in der Region Sønderjylland-Schleswig als auch in der immer mehr zusammenwachsenden Fehmarnbeltregion. Der Erhalt einer vielfältigen Kulturlandschaft ist für uns das Fundament unserer Gesellschaft und existenziell für Offenheit und Demokratie.

Das wollen wir erreichen:

Kultur allen zugänglich machen

Allgemein ist das oberste Ziel unserer Kulturpolitik, möglichst vielen Menschen den Zugang zu Kulturinstitutionen und -veranstaltungen zu ermöglichen. Wir setzen uns dafür ein, unser materielles und immaterielles Kulturerbe zu erhalten und zugänglich zu machen, Kultureinrichtungen und Kulturschaffende zu stärken, die Digitalisierung unserer Gesellschaft kulturell zu begleiten und umzusetzen und Kulturtourismus sowie Kultur- und Kreativwirtschaft zu fördern.

- Wir wollen, dass die **Einhaltung des Mindestlohns** in öffentlich geförderten Produktionen und Förderungen engmaschig kontrolliert wird.
- Wir wollen, dass öffentliche **Fördergremien paritätisch besetzt** werden. Wir machen uns für Geschlechtergerechtigkeit in der Kulturarbeit stark. Dieser Grundsatz muss in allen Bereichen verankert werden.
- Wir wollen die **Absicherung** von selbstständigen Künstler:innen und Kulturschaffenden **durch das dritte Sozialgesetzbuch (SGB III)**. Die Regelungen für freiwillige Beiträge zur Arbeitslosenversicherung müssen konkreter gefasst werden, um den besonderen Erfordernissen selbstständiger Tätigkeiten im Kulturbereich gerecht zu werden.

- Wir wollen eine **Verbesserung der Arbeitslosenversicherung** für freiberufliche Künstler:innen und Kulturschaffende sowie eine bessere Einbeziehung in die **Rentenversicherung**.
- Wir wollen eine **Stärkung der beruflichen Weiterbildung** im Kultur- und Medienbereich.
- Wir wollen, dass der **Bundeszuschuss für die Künstlersozialkasse stetig angepasst** wird.
- Wir wollen bei der Kulturförderung ein **besonderes Augenmerk auf ländliche Räume** haben. Das Förderprogramm „Kultur macht stark“ muss über das Jahr 2022 hinaus mit Bundesmitteln aufgestockt werden.
- Wir wollen **soziokulturelle Zentren** weiter **fördern** und eine **Hauptamtlichkeit** für soziokulturelle Zentren gewährleisten. Diese Zentren mit ihren Grundsätzen wie Respekt, Akzeptanz, Emanzipation und Empowerment nehmen Einfluss auf den Nahbereich der Menschen.
- Wir wollen **Kreativwirtschaft und Co-Working** vor allem in ländlichen Räumen weiter etablieren.
- Wir wollen **Beratungsmöglichkeiten** in der Kultur und in den Kreativbereichen **unterstützen**, die von Kulturschaffenden für Kulturschaffende aufbereitet werden. Zertifizierungshürden müssen abgebaut werden, um Beratungsleistungen anbieten zu können.

Kostenlose Ausleihe in Bibliotheken, Kulturförderung ausweiten

Der gesellschaftliche Mehrwert unserer öffentlichen Bibliotheken muss stärker betont werden. Sie sichern den demokratischen Zugang zu Medien und Informationen im Zeitalter der Digitalisierung und sind Orte der kulturellen Bildung und Begegnung. In diesem Sinne wollen wir die Projektmittel für innovative Bibliotheksarbeit aufstocken und die Bibliotheken verstärkt mit anderen Bildungs- und Kultureinrichtungen vernetzen.

- Wir wollen **Bibliotheken ausbauen zu Bürger:innen- und Kulturzentren** mit Konzepten, die eine flexible Nutzung von öffentlichen Räumlichkeiten für das Ehrenamt, Projekte und Vereine zulassen. Wir wollen Bibliotheken als offene Kulturräume zusätzlich finanziell stärken.
- Wir wollen eine **kostenlose Ausleihe** in allen schleswig-holsteinischen Bibliotheken nach skandinavischem Vorbild.
- Wir wollen unseren kommunalen Theatern und öffentlichen Bibliotheken **Planungssicherheit** geben.
- Wir wollen das **Modell der Kulturknotenpunkte weiterentwickeln**, um die kulturelle Infrastruktur insbesondere im ländlichen Raum zu erhalten. Dazu gehört die spartenübergreifende Vernetzung von Kultureinrichtungen (Volkshochschulen, soziokulturellen Zentren, Bibliotheken) ebenso wie die intensive Einbindung und Vernetzung von Kulturschaffenden, Ehrenamtlichen und Nutzer:innen.
- Wir wollen die Versorgung mit **E-Medien** für alle sichern. Der E-Book-Verleih muss erleichtert werden.

- Wir wollen die Infrastruktur der **Musikschulen stärken** und fordern eine verlässliche Finanzierung, die bestehende Standorte stärkt und es ermöglicht, das Netz der Musikschulen auszubauen.
- Wir wollen die Kulturlandschaft mit Blick auf die Digitalisierung unserer Gesellschaft weiterentwickeln und im Rahmen unseres Kulturkonzepts eine **Digitale Agenda Kultur** erstellen.
- Wir wollen mit einem Liquiditätsfonds eine **bessere Plattform für neue Kulturformen** wie Comic-Kultur, Computerspielen, Poetry-Slam, Video- und Kurzfilmprojekten schaffen.
- Wir wollen den **Kulturstandort Schleswig-Holstein** auch aus touristischen und wirtschaftlichen Gründen weiter stärken. Dazu gehört, dass anspruchsvolle Orte von überregionaler Bedeutung für Konzerte und Kulturdarbietungen wie das **Schleswig-Holstein Musik Festival** nutzbar sein müssen. Das Land muss diese Infrastruktur unterstützen.
- Wir wollen die **grenzüberschreitende Kulturarbeit** in der Region Sønderjylland-Schleswig **mehr als bisher fördern**. Sie muss in der Landeskulturförderung einen höheren Stellenwert bekommen.

Kulturelle Bildung ausbauen

- Wir wollen ein **Gesamtkonzept für den Bereich „Bildung und Kultur“** entwickeln, um die Nachhaltigkeit von Projekten zu sichern. Dazu gehören der regelmäßige Austausch von Künstler:innen und Kulturschaffenden mit Bildungsinstitutionen, ein Fortbildungsangebot für Ehrenamtliche in der kulturellen Bildung und die Stärkung der Qualität durch Zielvorgaben.
- Wir wollen die **Kooperation von kultureller Jugendbildung und Schule** weiter ausbauen. Gerade Ganztagsschulen haben in den Bereichen Theater, Musik, bildende Kunst und Tanz noch erhebliches Potenzial, das wir nutzen wollen.
- Wir wollen eine **verbesserte Finanzierung** der kulturellen Bildung. Derzeit stützt sie sich stark auf das unverzichtbare Engagement von Ehrenamtlichen, doch hauptamtliche Mitarbeiter:innen sind und bleiben wichtig, um die Professionalität zu sichern.
- Wir wollen verbesserte Rahmenbedingungen für das **Freiwillige Soziale Jahr Kultur**. Wir fordern eine deutlich stärkere gesellschaftliche Anerkennung (u.a. durch Hochschulen) und bessere finanzielle Bedingungen.
- Wir wollen, dass kulturelle Bildung als **eigenständiger Bereich in den Bildungseinrichtungen** angesehen wird. Wir wollen eine dauerhafte Förderung für die kulturelle Bildung erreichen, um u. a. politische Bildung und die Vermittlung von Medienkompetenz zu stärken.
- Wir wollen **kulturelle Bildung für alle** Generationen, alle Lebensalter und alle Menschen gewährleisten.
- Wir wollen die Vielfalt der **politischen Jugendbildung fördern**. Mittelfristig muss die Ausstattung für hybride Veranstaltungsformen bereitgestellt werden.

Kultureinrichtungen fördern

- Wir wollen das **Kinder- und Jugendtheater stärken**. Auch die **freien Theater** müssen weiterhin vom Land unterstützt werden, um die Vielseitigkeit unserer Theaterlandschaft zu erhalten. Das Land muss sicherstellen, dass Theaterarbeit in den Regional- und Minderheitensprachen gezielt gefördert wird.
- Wir wollen die **soziokulturellen Kulturzentren** verstärkt strukturell fördern.
- Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen die schleswig-holsteinische **Museumslandschaft** weiter **professionalisieren**. Dazu gehört die Weiterführung der Zertifizierungsinitiative, die digitale Erfassung unseres kulturellen Erbes und Maßnahmen gegen den Verfall des Kulturerbes. Wir werden uns dafür stark machen, dass Land und Kommunen gemeinsam einen **Fördertopf für kommunale Museen** einrichten.
- Wir wollen eine verstetigte **grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Museen** im deutsch-dänischen Grenzland. Die Zusammenarbeit muss durch das Land konsequent gefördert werden, damit der gemeinsame Kulturraum, das gemeinsame Kulturerbe und Konzeptionen entwickelt werden können. Hier muss es eine ständige Koordinierungsstelle für Projekte der grenzüberschreitenden Museumsarbeit geben.
- Wir wollen, dass das Land mehr **Mitverantwortung für seine UNESCO-Welterbe-stätten** übernimmt. Permanente Aufgaben wie die Welterbe-Bildungsarbeit vor Ort können ebenso wenig von den betroffenen Kreisen und Gemeinden geschultert werden wie die Investitionen in die grundlegende denkmalgerechte Besucher-infrastruktur. Deshalb muss es eine verlässliche finanzielle Förderung durch das Land für solche Aufgaben geben, von denen das gesamte Land kulturell, touristisch und wirtschaftlich profitiert.
- Wir wollen das **Landesarchivgesetz novellieren** und dabei insbesondere die Herausforderungen der Digitalisierung im Blick haben.
- Wir wollen das **Landesamt für Denkmalpflege** personell **stärken** und die bewährte Stelle eines Ombudsmanns beibehalten.

Gedenkstätten ausbauen und weiterentwickeln

2015 hat Schleswig-Holstein auf unser Betreiben hin erstmals einen konzeptionellen Rahmen für die Auseinandersetzung mit dem politischen und gesellschaftlichen Erbe des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein bekommen. Wir wollen das Gedenkstättenkonzept des Landes inhaltlich weiterentwickeln. Wir brauchen eine lebendige Erinnerungskultur, um unsere Gedenkstättenarbeit zukunftsfähig aufzustellen. Wir wollen unsere Gedenkstätten als zentrale Orte der Erinnerung ausbauen.

- Wir wollen die **Vermittlungsarbeit** unserer Gedenkstätten und historischen Lernorte **weiter professionalisieren** und die Vernetzung voranbringen. Die dafür eingerichtete Servicestelle bei der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenk-stätten wollen wir ausbauen und Mittel für das Engagement von bürgerschaftlichen Initiativen bereitstellen.
- Wir wollen zeitgemäße und gesellschaftsnahe Formen der **Bildungsarbeit** entwickeln, **um aufzuklären und zu sensibilisieren**. Uns ist bewusst, dass die Erinnerungskultur unseres Landes vor neuen Herausforderungen steht. Sie muss

sich verstärkt auf Jugendliche und junge Erwachsene einstellen, die keinen direkten Bezug zur Zeit des Nationalsozialismus haben. Hinzu kommen Migrant:innen, die erst an die Erinnerungskultur unseres Landes herangeführt werden müssen.

- Wir wollen die **kritische Erinnerung an** Herrschaft, Verbrechen und Opfer des **Nationalsozialismus wachhalten**. Daher müssen auch Täter:innenorte und Orte nationalsozialistischer Selbstinszenierung in die Vermittlungsarbeit einbezogen werden.
- Wir wollen **das öffentliche Bewusstsein** für die stets vorhandene Gefahr menschen- und demokratiefeindlicher Gesellschaftsentwicklungen **schärfen**.
- Wir wollen verstärkt die **Zeit nach 1945 in den Blick nehmen**. Nur so lernen wir zu verstehen, dass es personelle und strukturelle Kontinuitäten gab, die sich folgenschwer auf die politische Entwicklung Schleswig-Holsteins ausgewirkt haben.

Kolonialgeschichte aufarbeiten

Wir stehen für eine fortgesetzte Aufarbeitung des Kolonialismus in der schleswig-holsteinischen Landesgeschichte und sehen diese beim neugegründeten Facharbeitskreis Kolonialismus des Landesdemokratiezentrums gut untergebracht. Wir wollen einen Austausch zwischen Landesregierung, zivilgesellschaftlichen Initiativen und BIPoC-Selbstvertretungen sichern.

In Schleswig-Holstein haben wir die besondere Situation, dass uns sowohl die deutsche als auch die dänische Kolonialgeschichte betrifft. Wir sehen den Kolonialismus als Teil unserer Regionalgeschichte an und fordern dazu auf, die Auseinandersetzung mit unserem kolonialgeschichtlichen Erbe nicht zu scheuen.

- Wir wollen mehr **grenzüberschreitende Austauschprogramme** in Forschung und Bildung, die historische Erkenntnisse wachsen lassen und Gedenkorte in der Ausgestaltung erweitern können.
- Wir wollen die **Aufarbeitung der Kolonialgeschichte** verstärken und die Themen laufend in Lehrplänen und Curricula verankern.
- Wir wollen ein Förderprogramm zur **transnationalen Aufarbeitung des kolonialen Erbes**. Wir setzen uns für eine deutsch-dänische Aufarbeitung der Kolonialgeschichte im Grenzland ein.
- Wir wollen uns für die Entwicklung dezentraler Lernorte, Denkmäler und Mahnmale zur **Erinnerung an das koloniale Erbe** im deutsch-dänischen Grenzland einsetzen.
- Wir wollen, dass der Landtag sich zu seiner historischen Verantwortung bekennt und weitere Möglichkeiten zur **Aufarbeitung der kolonialen Geschichte** des Landes Schleswig-Holstein schafft und verstetigt. Wir legen besonderen Wert auf die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Beteiligung gelegt und fordern die Einrichtung eines „Runden Tisches zur Aufarbeitung der kolonialen Geschichte des Landes“.
- Wir wollen uns für **Partnerschaften und Vernetzungen mit den Herkunftsgesellschaften der Exponate** stark machen.

Baukultur erhalten und fördern

Baukulturelle Leitbilder müssen entwickelt und gefördert werden. Sie müssen besondere Rücksicht auf den Charakter und die Identität unserer Städte und Orte nehmen.

- Wir wollen, dass das Land die Kommunen bei der Finanzierung von Architekturberatungen unterstützt, um **regionale Vielfalt**, örtliche Wiedererkennbarkeit und gemeinschaftliche Werte zu **sichern**.
- Wir wollen uns für **öffentliche Räume für Menschen** einsetzen, die einen Mehrwert schaffen. Wir fordern gezielte Förderprogramme für die Umgestaltung von städtischen Brach- und Freiflächen, die sich positiv auf die Lebensqualität auswirken.
- Wir wollen den **Fortbestand von regionalen und identitätsstiftenden Elementen** sichern und gleichzeitig Möglichkeiten schaffen, neue bauliche Strukturen zu entwickeln, die auch aus der Sicht kommender Generationen betrachtet werden.

2.13 Unsere Landwirtschaftspolitik: Landwirtschaft gemeinsam weiterbringen

Die Landwirtschaft ist ein prägender Wirtschaftsbereich in Schleswig-Holstein, doch sie steht seit Jahrzehnten unter einem massiven Druck. Der Strukturwandel und das Höfesterben greifen um sich. Wer nicht wachsen will, muss weichen. Dazu kommt der politische und der gesellschaftliche Wunsch nach Veränderungen in der landwirtschaftlichen Produktion.

Die Diskussionen um mehr Tierwohl und Umweltbelastungen aus Dünge- und Pflanzenschutzmitteln schaffen Verunsicherungen in der Landwirtschaft. Auch der Klimawandel wirkt sich insbesondere durch Wetterextreme negativ aus. Gleichzeitig sind die Preise für landwirtschaftliche Produkte nicht immer auskömmlich. Dieser Druck gipfelte in bundesweiten Protesten und Aktionen der Landwirt:innen.

Dies war ein Weckruf an die Politik und die Gesellschaft, nicht länger nur über die Landwirtschaft, sondern vor allem mit der Landwirtschaft zu sprechen. In Schleswig-Holstein begann ein breiter Dialogprozess, an dem Akteur:innen aus der Landwirtschaft, dem Naturschutz und der Forschung beteiligt waren.

Alle Akteur:innen einte das Ziel, die Herausforderungen zu meistern, vor denen die Landwirtschaft steht, und zu klären, wie der Klimawandel und die Biodiversitätskrise bewältigt werden können. In einem zweieinhalb Jahre langen Prozess wurden gemeinsam Thesen erarbeitet, wie Landwirtschaft in Schleswig-Holstein im Jahr 2040 aussehen soll. Wir unterstützen diesen Dialogprozess – er darf mit den Zielformulierungen aber nicht beendet sein, sondern muss fortgeführt werden.

Wir wollen so schnell wie möglich eine bäuerlich geprägte Landwirtschaft, die ressourcenschonend und nachhaltig arbeitet, Aspekte des Tierwohls, der Biodiversität, des Gewässer- und des Bodenschutzes stärker berücksichtigt und es mit den Herausforderungen des Klimawandels und der Wetterextreme aufnehmen kann. Insbesondere das Tierwohl muss im Mittelpunkt stehen. Konzepte dazu liegen bereits vor und müssen zügig umgesetzt werden.

Außerdem muss die Landwirtschaft für die Landwirt:innen auch existenzsichernd sein, was derzeit leider oft nicht der Fall ist. Es muss sich einiges ändern. Maßgeblich ist hier die EU-Agrarförderung, die einer echten Reform und einer anderen Förderpolitik bedarf. Soziale Aspekte und der gesellschaftliche Wunsch nach mehr Umwelt- und Klimaschutz und Tierwohl müssen in den Fokus der EU-Zahlungen rücken.

Das wollen wir erreichen:

Landwirtschaft nachhaltig gestalten

- Wir wollen, dass die **bäuerliche Landwirtschaft** ein wichtiger **Teil unserer Gesellschaft** in Schleswig-Holstein ist.
- Wir wollen **Düngeeinträge** in unsere Gewässer **minimieren**. Wir wollen eine moderne Düngeverordnung und Untersuchungsmethoden sowie Warnstufen, die frühzeitig anschlagen.
- Wir wollen das **Grund- und Oberflächenwasser** besser **schützen**. Dafür benötigen wir Regeln, wie Düngeüberschüsse aus Stickstoff und Phosphat reduziert werden sollen. Die Ausbringung der Nährstoffe muss effizienter werden, um Eutrophierung (Nährstoffüberangebot in Gewässern) zu verhindern. Gleichzeitig müssen die

notwendigen Investitionen der Landwirtschaft in Techniken zur besseren Ausbringung und Einarbeitung von Düngemitteln bezahlbar sein.

- Wir wollen den **Vertragsnaturschutz stärken**, um Anreize für landschafts-pflegerische Maßnahmen zu schaffen und naturnahe Kulturlandschaften besser zu schützen.
- Wir wollen, dass **Maßnahmen des Natur- und Umweltschutzes finanziell kompensiert** werden, um einen Anreiz für die Landwirt:innen zu schaffen, diese umzusetzen.
- Wir wollen das **Grünland** weiter **stärken**, auch weil es als biologische CO_2-Senke einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leistet.
- Wir wollen die **Nutzung von Niederungsbereichen und Moorflächen anpassen** und sie wieder in einen Zustand versetzen, in dem sie ihre Funktion als **CO_2-Speicher** besser wahrnehmen können. Zum Erhalt dieser Flächen brauchen wir Klimaschutz- und Flächenprogramme.
- Wir wollen, dass **Biodiversität in der Landwirtschaft** stärker berücksichtigt wird. Dafür muss das Thema auch in der landwirtschaftlichen Ausbildung gestärkt werden.
- Wir wollen einen **besseren Insektenschutz**. Programme für Blühflächen müssen verstärkt werden.
- Wir wollen **keinen Einsatz von Glyphosat**, weder im Privat- noch im Agrarbereich. Pflanzenschutzmittel dürfen nicht gesundheitsgefährdend sein. Mechanische und ökologische Bewirtschaftungsformen müssen stärker in Betracht gezogen werden.
- Wir wollen, dass der Einsatz von **Antibiotika, Hormonen und Medikamenten in der Tierproduktion** auf ein verantwortliches Maß **reduziert** wird, denn wir benötigen lebensrettende Reserveantibiotika für die Humanmedizin, um die weitere Zunahme von Resistenzen zu vermeiden.
- Wir wollen, dass die **EU-Agrarförderung** sich stärker an **sozialen und ökologischen Standards** orientiert. Dafür brauchen wir eine Reform der EU-Agrarzahlungen.
- Wir wollen, dass **sowohl** die **konventionelle als auch die ökologische Landwirtschaft** unterstützt werden. Beide haben ihre Berechtigung. Die Umstellung hin zu einer ökologischen Landwirtschaft muss verbessert werden.
- Wir wollen den **Erhalt seltener Nutztierrassen und Kulturpflanzen** verstärkt fördern.
- Wir wollen die Wertschöpfung und Wertschätzung landwirtschaftlicher Produkte stärken. Die **regionale Vermarktung** landwirtschaftlicher Produkte muss gestärkt werden. In Vermarktungsstrategien müssen Regionalität, Nachhaltigkeit und fairer Handel berücksichtigt werden.
- Wir wollen die **Veredlung landwirtschaftlicher Produkte** in den Regionen fördern. Der Transport von Lebensmitteln muss auf ein Minimum reduziert werden. Dies trägt auch zu mehr Klimaschutz bei und schafft qualifizierte Arbeitsplätze vor Ort.
- Wir wollen, dass alle Verbraucher:innen **Zugang zu hochwertigen und bezahlbaren Lebensmitteln** haben. Bioprodukte sowie nachhaltig und regional produzierte Nahrungsmittel müssen auch für Geringverdiener erschwinglich sein.

- Wir wollen, dass der **Verbraucherschutz gestärkt** wird. Deklarationen und Qualitätssiegel auf Lebensmitteln müssen leicht verständlich sein.
- Wir wollen den **Transport von lebenden Tieren** national und international **begrenzen**. Das stärkt die regionalen Veredlungsbetriebe, schafft qualifizierte Arbeitsplätze und erhöht das Vertrauen der Verbraucher:innen. Mindeststandards für Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Fleischproduktion müssen eingehalten werden – unsoziale Beschäftigungsverhältnisse oder Leiharbeit dürfen kein Geschäftsmodell sein.

Fischerei als Traditionsberuf in Schleswig-Holstein erhalten

Die schleswig-holsteinische Fischerei ist ein Traditionsberuf und in vielen Küstenstädten verankert. Sie ist auch aus touristischer Sicht ein Gewinn für die Standorte. Wir setzen uns weiterhin für den Erhalt der traditionellen und nachhaltigen Fischerei ein. Auch die Fischerei muss die Belange des Umwelt- und Naturschutzes berücksichtigen. Die Fischer:innen tragen auf der Basis freiwilliger Vereinbarungen zum Schutz von Schweinswalen und tauchenden Meeresenten bei.

Gleichwohl müssen die Interessen der Fischerei gewahrt bleiben, damit dieser Wirtschaftszweig nicht verschwindet. Die scharfen Restriktionen und Quotenregelungen sind die Folge einer jahrzehntelangen verfehlten und falsch gelenkten EU-Fischereipolitik, die nicht auf Nachhaltigkeit ausgerichtet war. Heute werden den Fischer:innen knallhart Quoten vorgeschrieben, die zum Teil existenzgefährdend sind.

- Wir wollen die handwerkliche und traditionelle **Fischerei sichern und fördern**; ihre wirtschaftliche Existenz darf nicht gefährdet werden. Überlebensfähige Fischbestände sind dafür die Voraussetzung, darum setzen wir uns für nachhaltige Fangmethoden ein und lehnen die industrielle Überfischung ab.
- Wir wollen, dass **Fischbestände** sich **reproduzieren** können. Dafür benötigen wir auf einer wissenschaftlichen Grundlage festgelegte Fangquoten, deren Einhaltung besser überwacht wird.
- Wir wollen **gemeinsam** mit den Fischereibetrieben und Fischereigenossenschaften **tragfähige Lösungen** erarbeiten, um wirtschaftliche Herausforderungen zu überstehen.
- Wir wollen **keine schwere Schleppnetzfischerei** oder anderes schweres Geschirr **in** ökologisch **sensiblen Gebieten**.
- Wir wollen, dass die erfolgreiche **freiwillige Vereinbarung zum Schutz von Schweinswalen und Meeresenten** fortgesetzt wird.
- Wir wollen die **nachhaltige Fischerei** in deutschen Gewässern **stärken**. Das bestehende MSC-Siegel (Marine Stewardship Council) für eine zertifizierte und nachhaltige Fischerei muss weiterentwickelt werden.
- Wir wollen die **regionale Vermarktung** von Fischereiprodukten stärken. Das erhöht die Wertschöpfung auch für die handwerkliche Fischerei.
- Wir wollen die kontrollierte und nachhaltige Aufzucht von Fischen, Muscheln, Krebsen oder Algen durch **Aquakultur** weiter **stärken**.

- Wir wollen Projekte zum **Erhalt gefährdeter Fischbestände** weiter unterstützen. Die Aktion **„Aalutsetten in de Schlie“** ist so erfolgreich, dass es mittlerweile entlang der gesamten schleswig-holsteinische Ostseeküste durchgeführt wird.
- Wir wollen die **Kormoranverordnung evaluieren** und gegebenenfalls weiter anpassen. Mit einem entsprechenden Monitoring können Daten und Erkenntnisse gewonnen werden. Schäden durch Kormoranfraß müssen finanziell ausgeglichen werden.

2.14 Unsere Umweltpolitik: Konsequenter Schutz für Mensch und Natur

Die fortschreitende Klimaerwärmung ist eine Realität, vor der wir nicht die Augen verschließen dürfen. Für Mensch und Natur ist es eminent wichtig, die große Bandbreite an Ökosystemen und Lebensräumen sowie die Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten zu sichern und weiterzuentwickeln.

In Schleswig-Holstein haben wir deshalb ein Landesnaturschutzgesetz verabschiedet, das die Nachhaltigkeit und die Bewahrung der Biodiversität in den Mittelpunkt stellt. Dieses Gesetz muss konsequent weiterentwickelt werden.

Wir Menschen tragen die Verantwortung für den Erhalt und die Wiederherstellung unserer Natur. Darum ist ein höheres Umweltbewusstsein der Menschen der Schlüssel, um Umweltschäden zu verhindern und Risiken zu minimieren. Umweltkriminalität darf sich nicht lohnen und muss mit harten Strafen belegt werden. Um die katastrophalen Folgen des Klimawandels aufzuhalten, müssen wir ebenso wie alle anderen Industriestaaten den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase schnellstmöglich komplett einstellen.

Das wollen wir erreichen:

Mehr Umwelt- und Naturschutz

Das Artensterben und die Zerstörung von Natur und Landschaft sowie wichtiger Lebensräume setzen sich fort. Die biologische Vielfalt nimmt ab. Das Artensterben und der Rückgang von Arten kann immer wieder darauf zurückgeführt werden, dass Lebensräume und Lebensgrundlagen vernichtet werden oder gefährdet sind. Diese Entwicklung darf sich nicht länger fortsetzen, der Flächenfraß muss gestoppt werden. Naturschutzfachlich bedeutsame Lebensräume müssen besser geschützt werden.

Schleswig-Holstein ist das waldärmste Flächenland. Seit Jahren wird politisch angestrebt, den Waldanteil zu erhöhen. Wälder haben unterschiedlichste Funktionen für den Naturhaushalt. Zudem tragen Wälder, Moore, Niederungsbereiche und Grünlandflächen als CO_2-Senken maßgeblich zum Klimaschutz bei und müssen besser geschützt werden.

- Wir wollen, dass die Strategie zur **Verringerung des Flächenverbrauchs** im Land effektiv umgesetzt wird.
- Wir wollen auf Bundesebene den **§ 13b im Baugesetzbuch novellieren**. Hier muss ein größerer Schwerpunkt auf der Umweltprüfung liegen, **um** den **Flächenfraß einzudämmen**, denn Boden ist nicht unendlich.
- Wir wollen, dass der **Moorschutz** sowie der **Schutz der Niederungsbereiche** und des **Grünlandes verstärkt** werden. Entsprechende Programme müssen auf ihren Erfolg hin evaluiert und gegebenenfalls verbessert werden.
- Wir wollen den **Waldanteil** des Landes weiter **erhöhen**. Die bisherigen Anstrengungen waren nicht ausreichend. Für die Neuwaldbildung brauchen wir weitere Ansätze und Anstrengungen.
- Wir wollen den **Schutz der Wälder** weiter **verbessern**. Es darf künftig keine illegalen Rodungen von Waldflächen geben.

- Wir wollen, dass unsere **Wälder** den **Herausforderungen** des Klimawandels und den Wetterextremen **standhalten**. Dafür müssen wir sie auf entsprechende Baumarten und Altersstrukturen umstellen.
- Wir wollen einen **biologischen Klimaschutz** als Landschaftspflegemaßnahme in Feuchtwiesen und Mooren ohne landwirtschaftliche Nutzung ermöglichen.

Bürger:innen aktiv in den Naturschutz einbinden

Naturschutzpolitik ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, nicht nur eine Aufgabe der Landwirtschaft. Bürger:innen, Firmen, Kommunen, Vereine und Stiftungen sind in diesem Bereich aktiv oder möchten aktiv werden, da sie sich verpflichtet fühlen, einen Beitrag zum Erhalt der Natur zu leisten.

- Wir wollen den **Einsatz für regionalen Naturschutz stärken** und entsprechende Initiativen unterstützen. Der **freiwillige Einsatz**, beispielsweise für das Anlegen oder Renaturieren von Moor-, Wald- oder Trockenrasenbiotopen, muss gestärkt werden.
- Wir wollen das Landesprogramm zur **Schaffung von Blühwiesen** weiter fördern.

Müll reduzieren und Ressourcen schonen

Der sogenannte „Earth Overshoot Day“, der Welt-Erschöpfungstag, macht jedes Jahr deutlich, wann das globale Ressourcenbudget für das jeweilige Jahr aufgebraucht ist. Dieser Jedes Jahr ist dieser Tag früher. Inzwischen bräuchten wir rund 1,6 Erden, damit sich die Ökosysteme regenerieren können, darum müssen wir Müll reduzieren und Ressourcen schonen.

- Wir wollen, dass die **Mehrweg- und Pfandsysteme** weiter **ausgebaut** werden. Der Gebrauch von Einwegplastik muss der Vergangenheit angehören.
- Wir wollen, dass der **Nachhaltigkeitsgedanke** auch **in der Bauwirtschaft** stärker Berücksichtigung findet, um unsere Deponien zu entlasten.
- Wir wollen, dass recycelte Baustoffe und Abbruchabfälle aus der Bauwirtschaft wieder genutzt und verwertet werden. Das **Recyclingpotenzial von Baustoffen** muss genutzt werden.
- Wir wollen einen **Ressourcenschutz** bei der Nutzung der endlichen **Sand- und Kiesvorkommen**.
- Wir wollen die Wirtschaft darin unterstützen, **nachhaltige und innovative Produktionsketten und -wege für Baumaterial** zu finden.
- Wir wollen, dass **Biomüll und Kompost frei von Fremdstoffen**, z. B. Plastik, sind – es darf dafür keine Mindestmengenregelung geben.

Gewässer schützen

Unser Wasser ist eine lebenswichtige Ressource, darum muss der Gewässerschutz weiter verbessert werden. Grundwasser, Oberflächengewässer und Meere sind durch verschiedene Einflüsse beeinträchtigt: Es finden sich dort Arzneimittelrückstände, Abwasser, Pflanzenschutzmittel, Phosphat, Nitrat, Mikro- und Nanoplastik. Trotz schärferer Umweltstandards

verzeichnen wir weiterhin Verschlechterungen in den verschiedenen Gewässern. Auch das Grundwasser ist zum Teil durch Nährstoffeinträge belastet. Wasserwerker:innen weisen bereits seit Jahren auf die Problematik bei der Trinkwassergewinnung hin.

Am Beispiel der Schlei werden die Missstände deutlich: Erhöhte Nährstoffeinträge aus umliegenden Flächen, ungewollte Einträge aus Abwässern oder durch Industrie verseuchte Böden belasten das Gewässer. Das integrierte Modellprojekt der Schlei zeigt Wege auf, die Situation zu verbessern.

- Wir wollen das **Modellprojekt Schlei** mit Unterstützung des Landes **verstetigen**.
- Wir wollen Maßnahmen der Schleiregion auch auf **andere Küstengewässer** anwenden, z. B. in der Flensburger Förde. Dafür streben wir die **Zusammenarbeit** mit den dänischen Anrainern an.
- Wir wollen **keine Plastikeinträge** in unsere Gewässer. Hierfür benötigen unsere Kläranlagen entsprechende Filtersysteme und Reinigungsstufen, die auch Mikroplastik herausfiltern können und so Plastikeinträge verhindern. Auch das Einleiten von Arzneimittelrückständen in die Gewässer kann so verhindert werden.
- Wir wollen eine konsequente Umsetzung der **„Strategie für das Wattenmeer 2100“**. Es geht uns um den Erhalt des einmaligen Naturraums Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer und der Inseln und Halligen als wesentliche Strukturen im Nationalpark Wattenmeer. Der Schutz und die Lebensqualität der Insel- und Halligbewohner:innen müssen gesichert werden.
- Wir wollen, dass die **Ölförderung** im Wattenmeer **beendet** wird. Es ist absurd, dass in einem solch sensiblen Lebensraum überhaupt nach Öl gebohrt werden darf. Es darf keine weitere Verlängerung der Laufzeit geben.
- Wir wollen einen umfassenden Schutz der Meere nach dem Vorsorgeprinzip und **lehnen** eine weitere **Verklappung des Hamburger Hafenschlicks in der Nordsee ab**. Die Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) verbietet dies schon jetzt; sie muss auch in der Nordsee konsequent angewendet werden.
- Wir wollen, dass die **Weltkriegsmunition** aus Nord- und Ostsee **geborgen** und sicher **entsorgt** wird. Neben dem Land sehen wir gerade den Bund in der Pflicht, zügig hieran mitzuwirken. Auch unsere Binnengewässer sind zum Teil davon betroffen, und es ist bereits zu Unfällen beim Einsammeln angespülter Phosphor-ablagerungen gekommen. Je mehr Zeit vergeht, desto schwieriger wird die Bergung der Munition.

2.15 Unsere Wirtschaftspolitik: Starke Unternehmen und gute Arbeit in allen Regionen des Landes

Unsere Wirtschaft steht vor großen Herausforderungen: Die digitale Transformation verändert die Wirtschafts- und Arbeitswelt grundlegend. Auch der konsequente Schutz des Klimas verlangt gravierende Veränderungen. Gleichzeitig erschwert der demografische Wandel die Gewinnung von Fachkräften und fordert die sozialen Sicherungssysteme. Darum setzen wir uns für gute Rahmenbedingungen für Unternehmen und Beschäftigte ein. Trotz großer Herausforderungen, nicht zuletzt durch die Coronakrise, wollen wir solide Wertschöpfung ermöglichen. Gleichzeitig müssen alle Menschen von ihrer Arbeit gut und sicher leben können.

Die schleswig-holsteinische Wirtschaft ist geprägt von ihren kleinen und mittleren Unternehmen. Dies sehen wir gerade vor dem Hintergrund der Coronapandemie als Stärke an, denn diese Unternehmen sind besonders flexibel, innovativ und spezialisiert und damit oft krisenfester als Großunternehmen. Darin wollen wir sie weiter unterstützen. In den erneuerbaren Energien, der maritimen Wirtschaft, der modernen Medizintechnik und der Gesundheitswirtschaft, aber auch in der Ernährungswirtschaft und im Tourismus liegen die Stärken des Landes. Wir wollen in diesen Bereichen noch bessere Rahmenbedingungen schaffen und die Unternehmen und Betriebe tatkräftig unterstützen. Vor allem geht es darum, sie bei der Transformation auf dem Weg zu mehr Klimaschutz zu begleiten. Denn nur so – und nur gemeinsam – schaffen wir die Voraussetzungen für eine wirklich zukunftsfähige Wirtschaft.

Der Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein hat großes Potenzial: Die geografische Nähe zur Metropole Hamburg und die Verbindungen in den Nord- und Ostseeraum bieten hervorragende Möglichkeiten. Unser Land ist Dreh- und Angelpunkt für wirtschaftliche Verbindungen in alle Himmelsrichtungen. Wir wollen die gute Nachbarschaft zu den nordischen Ländern vertiefen. Gerade in Bereichen, die beim Klimaschutz eine Rolle spielen – Produktion erneuerbarer Energien, Energiespeicherung, Energieeffizienz, regionale Lebensmittelproduktion oder Ökolandwirtschaft – bieten sich viele Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Das wollen wir erreichen:

Unternehmen stärken, Arbeitsplätze sichern

Kleine und mittlere Unternehmen bilden die Basis unserer erfolgreichen Wirtschaft. Sie sind Treiber von Innovationen, stellen in hohem Maß Arbeits- und Ausbildungsplätze bereit und spielen gerade in ländlichen Räumen auch eine bedeutende soziale, gesellschaftliche und kulturelle Rolle. Hierin wollen wir sie noch stärker unterstützen, beispielsweise durch den Abbau von unnötiger Regulierung und Bürokratie. Gleichzeitig wollen wir dafür sorgen, dass die Industriebetriebe im Land mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen weiterhin Wachstum schaffen und Arbeitsplätze sichern.

- Wir wollen die wirtschafts- und strukturpolitischen Rahmenbedingungen so setzen, dass **kleinere und mittlere Unternehmen** faire Wettbewerbsbedingungen erhalten.
- Wir wollen unsere Unternehmen bei der **Digitalisierung der Wirtschaft** und auf dem Weg zu **mehr Klimaschutz** begleiten und unterstützen.

- Wir wollen eine **nachhaltige Industriepolitik** und setzen uns dafür ein, den industriellen Bereich als maßgeblichen Treiber von Forschung und Entwicklung auszubauen.
- Wir wollen die **wirtschaftliche Kooperation mit Dänemark** und anderen nordischen Ländern und eine gemeinsame industriepolitische Ausrichtung vorantreiben.
- Wir wollen die **Innovationsberatung stärken**, mehr Beratungsangebote für Unternehmen zu Forschung und Entwicklung schaffen und Kooperationen mit der Wissenschaft erleichtern.
- Wir wollen den **Technologie- und Wissenstransfer zwischen Forschung und Wirtscha**ft ankurbeln – durch Forschungsförderung, aber auch durch neue Kompetenzzentren und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Unser besonderes Augenmerk liegt hier auf den Universitäten und Fachhochschulen in Flensburg, Heide und Lübeck sowie den Einrichtungen in der Landeshauptstadt Kiel. Sie wollen wir weiter stärken, weil sie für die Zukunft der Unternehmen im Land von entscheidender Bedeutung sind.
- Wir wollen die **Maritime Forschung** und das **Cluster maritime Wirtschaft** weiter voranbringen und als Marke für Schleswig-Holstein noch stärker etablieren. Dazu gehört eine **aktive Werftenpolitik**, damit Schiffbau und der Bau von maritimen Anlagen in Schleswig-Holstein eine Basis haben und Arbeitsplätze erhalten bleiben. Werften, die emissionsarme Schiffe produzieren wollen, wie die Flensburger Schiffbau-Gesellschaft (FSG), sollen bei der Forschung und Entwicklung unterstützt werden.

Den Tourismus fördern

Der Tourismus ist eines der stärksten wirtschaftlichen Standbeine unseres Landes. Wir sehen hier unverändert großes Potenzial und wollen diesen Wirtschaftszweig auch in Zukunft tatkräftig unterstützen. Langfristiges Ziel der Tourismusförderung muss es sein, eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Wirtschaftsstruktur zu entwickeln. Das schafft und erhält Arbeitsplätze und erhöht die Attraktivität vor Ort. Investitionen des Landes in die touristische Infrastruktur ziehen oft private Investitionen im Gastronomie- und Hotelgewerbe nach sich. Genau diese Dynamik wollen wir fördern und damit nicht zuletzt auch unsere Wettbewerbsposition weiter verbessern.

- Wir wollen das **Sonderförderprogramm Tourismus** auch über das Jahr 2025 hinaus verstetigen. Damit können wir langfristig die touristische Infrastruktur, einzelbetriebliche Vorhaben, nichtinvestive Vorhaben und den Tourismus im ländlichen Raum stärken und den Fachkräften eine echte Perspektive bieten.
- Wir wollen eine Förderpolitik, welche die **energetische Optimierung touristischer Infrastruktur** und die nachhaltige Nutzung unserer Ressourcen im Blick hat.
- Wir wollen einen **nachhaltigen Tourismus** fördern und die **grenzüberschreitende Vernetzung** in diesem Bereich unterstützen.
- Wir wollen die **Sprachenvielfalt und die Vielfalt der Kulturen** in Schleswig-Holstein als Alleinstellungsmerkmal unseres Landes sichtbarer machen.
- Wir wollen die **Erreichbarkeit touristischer Destinationen** im Binnenland, insbesondere mit öffentlichen Verkehrsmitteln, weiter **verbessern**.

- Wir wollen den Stellenwert der **schleswig-holsteinischen Welterbestätten** (Weltkulturerbe Hansestadt Lübeck und Weltnaturerbe Wattenmeer) festigen, um sie als außergewöhnliche **touristische Regionen** weiterzuentwickeln.

Technologischen Wandel gestalten, gute Arbeit und Mitbestimmung sichern

Gesunde und motivierte Mitarbeiter:innen sind die wichtigste Ressource unserer Unternehmen. Motivierte Beschäftigte erhöhen die Profitabilität, die Produktivität, das Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit. Darum setzen wir uns für gut bezahlte und sichere Arbeit ein. Wir unterstützen Initiativen, welche die Arbeitsbelastung begrenzen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Außerdem wollen wir Möglichkeiten für Aufstieg und Weiterbildung verbessern und setzen uns für eine geschlechtergerechte Entlohnung ein. Den technologischen Wandel sehen wir als Chance und wollen sicherstellen, dass das Land zukünftig auch Fortbildungen für die Menschen fördert, deren Arbeitsplätze durch die fortschreitende Digitalisierung der Wirtschaft wegfallen könnten. Außerdem wollen wir neue Mitbestimmungsrechte zu Themen wie Umwelt- und Klimaschutz, Digitalisierung, künstlicher Intelligenz und Internationalisierung gesetzlich verankern.

- Wir wollen, dass **alle** unabhängig ihres Geschlechts mit ihrer Arbeit **gleich viel verdienen**. Den **Gender-Pay-Gap** wollen wir **schließen**.
- Wir wollen, dass es nicht nur ein **Recht** für Frauen und Männer geben muss, in **Teilzeit** arbeiten zu können, sondern ebenso das Recht, reduzierte Arbeitszeit wieder **in Vollzeit umzuwandeln**.
- Wir wollen, dass die Wirtschaftsförderung künftig auch die Kriterien des **Konzepts der „Guten Arbeit“** berücksichtigt.
- Wir wollen eine Erweiterung der **Mitbestimmungsmöglichkeiten von Mitarbeiter:innen**, wenn neue Technologien und Verfahren eingeführt werden. Diese Möglichkeiten müssen praxisorientiert sein und Folgeabschätzungen beinhalten.
- Wir wollen ein **Recht auf Weiterbildung**. Den Ansatz des **lebenslangen Lernens** soll stärker in der Arbeitswelt verankert werden.
- Wir wollen in neuen Berufsbildern, in der Transformation von Berufen und in der IT-Branche das Prinzip der **Geschlechtergerechtigkeit** verankern. Mädchen und Frauen müssen besonders gefördert werden, damit alle einen gleichberechtigten Zugang zu neuen Berufen erhalten.
- Wir wollen eine **flächendeckende Tarifbindung** und **mehr Mitbestimmungsrechte** der Beschäftigten. Um diese Stärke auch in Zeiten des Wandels erhalten zu können, brauchen wir bessere Rahmenbedingungen vom Gesetzgeber. Für Unternehmen und Beschäftigte sollen Anreize für einen Verbands- bzw. Gewerkschaftsbeitritt geschaffen werden.
- Wir wollen eine **ressortübergreifende Innovations-, Forschungs- und Transferstrategie**.
- Wir wollen **kleinere und mittlere Unternehmen** mit verlässlichen **digitalen Strukturen** versorgen. Dezentrale Beratungsangebote sind wichtig, um Start-Ups und Co-Working-Modelle vor allem in ländlichen Räumen zu sichern.
- Wir wollen die Finanzierung und Fördermöglichkeiten für **Kultur- und Kreativschaffende** ausbauen.

- Wir wollen **Innovation fördern** und **Infrastruktur für neue Netzwerke** wie Long Range Wide Area Network (LoRaWAN) auf öffentlichen Gebäuden zu Verfügung stellen. Diese Netzwerke sind ein wichtiger Faktor bei der Entwicklung von neuen Technologien für moderne Fabriken (Industrie 4.0) und im SmartHome Bereich. LoRaWAN ermöglicht es, mit einem minimalen Energieverbrauch hunderte Sensoren auszulesen und kann ein wichtiger Faktor bei der Sicherung Schleswig-Holsteins als Innovationsland sein.
- Wir wollen, dass **Menschenrechte und Umweltstandards bei der Produktion** beachtet und erfüllt werden. Bei Aufträgen oder Anschaffungen aus öffentlicher Hand fordern wir entsprechende Selbstverpflichtungen.
- Wir wollen einen gesetzlichen Rahmen für Unternehmen, die weltweit produzieren und unsere Märkte beliefern. Das derzeit geltende **Lieferkettengesetz** geht hier nicht weit genug.
- Wir wollen uns verstärkt für das besondere **Potenzial der Software- und Spiele-industrie** stark machen.
- Wir wollen das **Aufstiegs-BAföG** fortlaufend **weiterentwickeln**, um die Aufstiegs-möglichkeiten von Beschäftigten in allen Berufen zu fördern.
- Wir wollen, dass neue Arbeitszeit- und Arbeitsortformen in einen gesetzlichen Regelungsrahmen überführt werden. Dieser muss **vor Überforderung und Entgrenzung schützen**, aber genügend Freiraum für die individuelle Ausgestaltung der Arbeit lassen.

Digitale Spaltung verhindern, digitale Infrastruktur flächendeckend ausbauen

Die Digitalisierung prägt wie kaum eine andere Entwicklung das Leben im 21. Jahrhundert. Hierdurch entstehen neue Chancen, aber auch neue Formen der sozialen Ungleichheit. Es ist Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass alle Menschen Zugang zu digitaler Teilhabe haben. Für uns ist die digitale Daseinsvorsorge eine öffentliche Aufgabe. Durch die zunehmende Digitalisierung im Wirtschafts- und Privatleben besteht ein großes und drängendes Bedürfnis, die digitale Infrastruktur erheblich auszubauen. Breitbandversorgung ist ein entscheidender Standortfaktor für die Zukunftsfähigkeit der Gemeinden. Gerade im ländlichen Raum ist die schnelle Internetversorgung bei weitem noch nicht flächendeckend.

- Wir wollen den **Glasfaserausbau vorantreiben**. Die Versorgung muss bis 2028 flächendeckend sein.
- Wir wollen, dass alle Schulen und außerschulischen Lernorte wie **Bibliotheken und Volkshochschulen** schnellstmöglich mit Glasfaserkabeln an das **Breitbandnetz** angeschlossen werden. Diese Orte spielen für uns eine besondere Rolle, weil sie Kompetenzen im Umgang mit neuen Medien vermitteln.
- Wir wollen den **Ausbau von WLAN-Zugängen im öffentlichen Raum** überall, wo es sinnvoll ist, fördern. Neben der Unterstützung von WLAN-Zugängen von kommerziellen Anbietern setzen wir uns insbesondere für freie, öffentliche WLAN-Zugänge/Netze wie z. B. die Freifunkinitiative ein.
- Wir wollen, dass in und an öffentlichen Gebäuden **kostenloses WLAN** zur Verfügung gestellt wird. Vor allem an **Schulen und in Bibliotheken** muss es einen freien WLAN-Zugang geben.

- Wir wollen den **Ausbau von 5G-Netzen** weiter vorantreiben. Dabei müssen die Einhaltung gesetzlicher Grund- und Schutzrechte und die Minimierung der Strahlenbelastung für die Bevölkerung höchste Priorität haben.
- Wir wollen, dass der Bund seine Anstrengungen verstärkt, den **Ausbau des schnellen Internets** auch in den nächsten Jahren weiter voranzubringen und die Gemeinden dabei zu unterstützen, Lösungen vor Ort zu erarbeiten.
- Wir wollen eine weitgehende **Digitalisierung von Verwaltungsprozessen** auf allen staatlichen Ebenen, um einen besseren Service zu leisten und mehr Transparenz herzustellen. Dabei darf der Datenschutz nicht vernachlässigt werden.
- Wir wollen, dass die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung **persönlicher Daten** im Rahmen öffentlicher Aufgaben **nicht privatisiert** wird. Ein verlässlicher Datenschutz ist ebenfalls Teil der digitalen Daseinsvorsorge.

3. Deine Zweitstimme:
Für die Minderheiten und für den Norden

Der SSW gehört keinem der politischen Blöcke an. Wir übernehmen auf allen politischen Ebenen Verantwortung, um bestmögliche Lebensbedingungen für alle Menschen in Schleswig-Holstein zu erreichen. Dabei beruht politische Zusammenarbeit für uns auf inhaltlichen Gemeinsamkeiten und pragmatischen Lösungsansätzen, nicht auf machtpolitischen oder ideologischen Erwägungen.

Der SSW erhebt seit Jahrzehnten seine politische Stimme für die Menschen in Schleswig-Holstein, und wir haben schon vieles für unser Land bewirken können. Wir sind die einzige Partei, die es nur in Schleswig-Holstein gibt und die sich darum unverfälscht für die Interessen der Menschen in unserem Bundesland einsetzen kann.

Unsere Ausrichtung ist klar: Wir wollen einen solidarischen Wohlfahrtsstaat, in dem die Lasten gerecht verteilt werden und den Schwachen geholfen wird. Voraussetzung für Gerechtigkeit ist vor allem, dass alle Kinder Zugang zur bestmöglichen Bildung und Erziehung sowie die Erwachsenen gute Lebens- und Arbeitsbedingungen haben.

Gerechtigkeit ist auch, wenn die Politik alle Regionen im Land im Blick hat und die regionale wirtschaftliche Entwicklung fördert. Außerdem steht der SSW als Partei der dänischen Minderheit und friesischen Volksgruppe natürlich für eine fruchtbare Gemeinschaft und Zusammenarbeit von Deutschen, Dän:innen, Fries:innen und den Sinti:zze und Rom:nja im Land sowie mit allen Menschen, die aus verschiedenen Gründen in unser Land zuwandern.

Der Klimaschutz ist uns als Minderheitenpartei, die nur im Norden beheimatet ist, eine Herzensangelegenheit. Nur wenn wir jetzt die Erderwärmung begrenzen, können wir die Lebensgrundlagen in unserem schönen Schleswig-Holstein erhalten.

Der SSW kann mit seiner ganz eigenen Art dazu beitragen, dass die berechtigten Interessen der Menschen in Schleswig-Holstein besser berücksichtigt werden. Wir haben den Vorteil, nicht davon abhängig zu sein, was eine Bundespartei in Berlin will oder mit wem sie gerade koaliert. Der SSW kann sich voll und ganz darauf konzentrieren, was für die Menschen in Schleswig-Holstein am besten ist – und genau das tun wir.

Der SSW tritt traditionell nur im nördlichen Landesteil mit Wahlkreiskandidat:innen an. Aber mit der Zweitstimme können alle Bürger:innen in Schleswig-Holstein die Landesliste des SSW wählen und dazu beitragen, dass die Partei wieder stark in den Schleswig-Holsteinischen Landtag einzieht.

Mit Deiner Zweitstimme für den SSW kannst Du dafür sorgen, dass es in Schleswig-Holstein endlich gerechter zugeht.

Darum: Am 8. Mai 2022 den SSW wählen.